

Studie des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Autor*innen:

Kira Vinke^{1,2}, Marie Becher³, Abdullah Fahimi², Patrick Flamm⁴, Simon Ilse⁵, Stefan Kroll⁴, Caroline Kruckow⁶, Thomas Ritzer⁷, Liane Schalatek⁸, Jürgen Scheffran^{9,10}, Barbora Šedová^{1,11}, Anna Sperber², Nina Strumpf¹², Stefanie Wesch¹¹

¹ Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

² Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)

³ Brot für die Welt / Konsortium ZFD

⁴ PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

⁵ Heinrich-Böll Stiftung, Wien

⁶ Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) / Brot für die Welt

⁷ Berghof Foundation

⁸ Heinrich-Böll-Stiftung, Washington, DC

⁹ Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC), Universität Hamburg

¹⁰ Beirat Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

¹¹ Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

¹² Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) / Berghof Foundation / Plattform zivile Konfliktbearbeitung



Der Beirat der Bundesregierung
Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Zivile Krisenprävention durch Environmental Peacebuilding

UMWELT- UND KLIMASCHUTZORIENTIERTE
ANSÄTZE FÜR NACHHALTIGEN FRIEDEN

STUDIE 7 AUS DER STUDIENREIHE DES BEIRATS

Impressum

Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung
c/o Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Autor*innen:

Kira Vinke, Marie Becher, Abdullah Fahimi, Patrick Flamm, Simon Ilse, Stefan Kroll, Caroline Kruckow, Thomas Ritzer, Liane Schalatek, Jürgen Scheffran, Barbora Šedová, Anna Sperber, Nina Strumpf, Stefanie Wesch

Peer Review: Milena Berks und Dr. Antonia Witt

Redaktion: Dr. Kira Vinke

Zitierweise für diese Publikation:

Vinke, Kira; Becher, Marie; Fahimi, Abdullah; Flamm, Patrick; Ilse, Simon; Kroll, Stefan; Kruckow, Caroline; Ritzer, Thomas; Schalatek, Liane; Scheffran, Jürgen; Šedová, Barbora; Sperber, Anna; Strumpf, Nina; Wesch, Stefanie (2024): Zivile Krisenprävention durch Environmental Peacebuilding. Umwelt- und klimaschutzorientierte Ansätze für nachhaltigen Frieden. Herausgegeben vom Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Studie 7. Berlin.

Diese Studie wurde von Mitgliedern des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung und externen Expert*innen verfasst. Inhalte und Empfehlungen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Beirats oder einzelner Mitglieder wieder, sondern liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Lektorat: Dr. Agnes Przewozny

Layout: www.gradwanderung.com

Kontakt: Koordinierungsstelle des Beirats: koordination@beirat-zkp.org

Stand: November 2024

Vorwort

Die Bewältigung globaler Umweltprobleme und der sich verschärfenden Klimakrise stellt heute eine der größten Herausforderungen für Gesellschaften weltweit dar. Die zunehmende Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die Missachtung der Umwelt unseres Planeten und die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind nicht mehr nur ein ökologisches Problem, sondern gefährden zunehmend globalen Frieden und Sicherheit. Umwelt- und Klimafragen sind eng mit Konflikten und humanitären Krisen verbunden und die Anerkennung dessen ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines umfassenderen Sicherheitsverständnisses. Vor diesem Hintergrund befasst sich die Arbeitsgruppe Klima und Sicherheit des Beirats ausführlich mit Fragen der Wechselwirkung zwischen den Komplexen Umwelt und Klima sowie Frieden und Sicherheit, welche auch in der Formulierung von Strategien der Bundesregierung immer relevanter wird.

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 verwiesen bereits auf die Herausforderungen des Klimawandels für Außen- und Verteidigungspolitik und machten deutlich, dass Frieden, Sicherheit und Entwicklung dringend auf ein stabiles Weltklima angewiesen sind. Im Rahmen der 2024 begonnenen Weiterentwicklung der Leitlinien sollte die Relevanz des Nexus von Klima und Sicherheit noch einmal besonders hervorgehoben werden, nicht zuletzt aufgrund der zunehmend besorgniserregenden Veränderungen im Erdsystem, welche häufig als Katalysator für bestehende Spannungen und Konflikte wirkt. Insofern ist der Bedarf nach innovativen Ansätzen der Konfliktbearbeitung unter Einbeziehungen von Umwelt- und Klimafaktoren gewaltig.

Das Feld des Environmental Peacebuilding bietet in dieser Hinsicht großes Potenzial. Ansätze des Environmental Peacebuilding gehen davon aus, dass die gemeinsame Bewältigung von Umwelt- und Klimaherausforderungen sowie der Schutz natürlicher Ressourcen nicht nur ökologische, sondern auch soziale und politische Krisen überwinden, Konflikte entschärfen und langfristig Frieden fördern kann. Insbesondere in Konfliktregionen bietet das Management von Ressourcen die Chance, Vertrauen zwischen ehemaligen Konfliktparteien aufzubauen und langfristige Kooperationen zu fördern. Dies erfordert jedoch eine enge Verknüpfung von Umwelt- und Klimapolitik mit Friedensprozessen und vice versa. Auch die internationale Klimafinanzierung sollte als wichtiges Instrument konfliktensibel gestaltet werden.

In dieser Studie werden die Potenziale von Environmental Peacebuilding diskutiert und aufgezeigt, welche Rolle Deutschland, insbesondere durch die Förderung innovativer Ansätze in den Bereichen Klima und Sicherheit, übernehmen kann. In der Studie werden bestehende Lernerfahrungen aus verschiedenen Environmental Peacebuilding Projekten aufgezeigt. Der Schutz der Umwelt und die Bekämpfung der Klimakrise ist nicht nur eine Frage der ökologischen Nachhaltigkeit, sondern dient auch der Sicherung des globalen Friedens. Die Studie formuliert abschließend Empfehlungen zur Gestaltung nachhaltiger Lösungsansätze im Rahmen des Environmental Peacebuilding.

Wir danken der Arbeitsgruppe des Beirats „Klimawandel und Sicherheit“ für die Erstellung der Studie und freuen uns auf den weiteren Dialog.



Dr. Kira Vinke
Co-Vorsitzende



LKD a.D. Dipl. Krim. Lars Wagner
Co-Vorsitzender

Danksagung der Autor*innen

Wir danken dem Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung und insbesondere den beiden Gutachterinnen Milena Berks (Bonn International Centre for Conflict Studies) und Dr. Antonia Witt (Leibniz Institut für Friedens- und Konfliktforschung) für die Kommentierung der Studie. Außerdem danken wir Laura Berger und Tom Wilms von der Koordinierungsstelle des Beirats für die aktive Unterstützung der Arbeitsgruppe. Abschließend danken die Autor*innen Frau Dr. Agnes Przewozny für das Lektorat und dem Team von Gradwanderung für das Layout der Studie.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	8
Executive Summary	10
1 Einleitung	12
2 Forschungsstand: Umwelt, Klimawandel, gewaltsame Konflikte und das Potenzial für den Ansatz des Environmental Peacebuilding	20
3 Lernerfahrungen aus Environmental-Peacebuilding-Projekten	28
3.1 EcoPeace und das „Good Water Neighbors“-Projekt	29
3.2 Konfliktprävention in Umweltprojekte integrieren: Lernerfahrungen aus der Förderung von Kleinwasserkraftwerken auf dem Balkan ...	32
3.3 Top-down vs. Bottom-up in Westafrika	35
3.4 Konflikttransformation durch Dialog: die Camel Caravan in Kenia (Ziviler Friedensdienst)	38
3.5 Tara Bandu – ökologische Friedensförderung in Timor-Leste	40
3.6 Internationale Bemühungen um die Stärkung der Rolle der Frauen im Energiesektor Afghanistans	41
4 Zerstörte Umwelt als Handlungsfeld: Potenziale des Environmental Peacebuilding in der Ukraine	45
5 Sektorenübergreifende Zusammenarbeit und Konfliktsensibilität	49
6 Ausblick & Empfehlungen: vom negativen zum positiven Nexus – Environmental Peacebuilding und Konflikttransformation zum nachhaltigen Frieden	57
7 Literaturverzeichnis	63
8 Anhang	79
Anhang 1: Auswahl von aktuellen Environmental-Peacebuilding-Projekten (Stand: Juli 2024)	80
Anhang 2: Interviewübersicht	86

Zusammenfassung

Zielsetzung

Diese Studie untersucht den Ansatz des Environmental Peacebuilding und dessen Potenzial zur Förderung von Frieden und Stabilität in verschiedenen Konfliktregionen. Der Grundgedanke von Environmental Peacebuilding besteht darin, dass Umweltprobleme, Ressourcenknappheit oder die Auswirkungen des Klimawandels als Handlungsfeld für Dialog und als Grund für Kooperation zwischen Akteur*innen genutzt werden können, um so gewaltsame Konflikte zu vermeiden, zu entschärfen und langfristigen Frieden zu fördern. Durch die gezielte Integration von Umwelt- und Klimafragen in die Friedensarbeit können gewaltsame Konflikte unter bestimmten Bedingungen entschärft, langfristige Friedensstrukturen gefördert und die Resilienz in betroffenen Gemeinschaften gestärkt werden. Im Kontext der Weiterentwicklung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ bietet die Studie einen Überblick über wissenschaftliche Erkenntnisse und Fallbeispiele und entwickelt daraus konkrete Handlungsempfehlungen.

Vorgehensweise

Die Studie basiert auf einem Überblick der wissenschaftlichen Literatur und einer Vielzahl internationaler Fallstudien, um die vielfältigen Ansätze und Wirkungen von Environmental Peacebuilding darzustellen. Zu den analysierten Projekten zählen Kooperationsinitiativen wie EcoPeace, Kleinwasserkraftwerke auf dem Balkan, Maßnahmen zum Environmental Peacebuilding in Westafrika, der Camel Caravan in Kenia, Tara Bandu in Timor-Leste und internationale Bemühungen um die Stärkung der Rolle der Frauen im Energiesektor Afghanistans. Die Fallstudien decken ein breites Spektrum von Regionen und Kontexten ab. Darüber hinaus wird zerstörte Umwelt im Rahmen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine als aktuelles Handlungsfeld dargelegt. Die Studie beleuchtet zudem die Bedeutung von Gender und Intersektionalität im Bereich von Environmental Peacebuilding für inklusive und langfristige Friedenslösungen. Zudem wird Klimafinanzierung als ein Hebel für den Aufbau von Environmental-Peacebuilding-Strukturen diskutiert, insbesondere im Hinblick auf den neu entstehenden Fonds für Verluste und Schäden.

Ergebnisse und Empfehlungen

Die Studie zeigt, dass Environmental Peacebuilding erfolgreich einen positiven Beitrag zur Krisenprävention leisten und zur Entschärfung von Konflikten beitragen kann, insbesondere wenn es auf die Bedürfnisse und Erfahrungen lokaler Gemeinschaften abgestimmt ist. Nachhaltige Umweltpraktiken und die Einbindung von Umweltaspekten in Friedensarbeit fördern nicht nur die Lösung unmittelbarer Konflikte, sondern wirken sich auch positiv auf soziale Stabilität aus. Dabei wird deutlich, dass partizipative und lokal verankerte Ansätze besonders effektiv sind. Die Studie empfiehlt eine stärkere Unterstützung für Environmental-Peacebuilding-Initiativen, die integrativ und kontextspezifisch ausgerichtet sind. Klima- und Umweltaspekte sollten konsequent mit Fragen sozialer Gerechtigkeit und Genderaspekten verknüpft werden, um das Friedenspotenzial langfristig zu maximieren. Die deutsche Bundesregierung und internationale Fördererinstitutionen sollten diese Projekte als wichtige Bestandteile der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung strategisch unterstützen, insbesondere im Kontext der Weiterentwicklung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Das Gelingen von Environmental Peacebuilding setzt die Einhaltung der Temperaturziele des Pariser Abkommens voraus. Nur durch radikale Emissionsenkungen können Möglichkeitsräume für Kooperation geschaffen werden, die es auch braucht, um mit den jetzt schon nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels umzugehen.

Executive Summary

Objective

This study examines the approach of Environmental Peacebuilding and its potential to foster peace and stability across various conflict regions. The core idea behind Environmental Peacebuilding is that environmental challenges, resource scarcity, and the effects of climate change can be utilised as a platform for dialogue and cooperation between stakeholders. This approach aims to prevent, de-escalate, and resolve violent conflicts, while supporting long-term peace. By purposefully integrating environmental and climate considerations into peace initiatives, violent conflicts can, under certain conditions, be alleviated, durable peace structures can be strengthened, and resilience within affected communities can be enhanced. Within the context of further developing the German government's policy guidelines "Preventing Crises, Resolving Conflicts, Building Peace", this study provides an overview of academic insights and illustrative exemplary cases, leading to actionable recommendations.

Approach

The study is based on a review of academic literature and an extensive array of international case studies to highlight the diverse methods and impacts of Environmental Peacebuilding. Projects analysed include cooperative initiatives such as EcoPeace, small hydropower projects in the Balkans, Environmental Peacebuilding measures in West Africa, the Camel Caravan in Kenya, Tara Bandu in Timor-Leste, and international efforts to strengthen the role of women within Afghanistan's energy sector. These case studies span a broad spectrum of regions and contexts, including the current example of environmental degradation in Ukraine caused by the ongoing Russian invasion. Additionally, the study underscores the importance of gender and intersectionality within Environmental Peacebuilding to achieve inclusive and sustainable peace solutions. Climate finance is also discussed as a lever for establishing Environmental Peacebuilding structures, especially considering the emerging Loss and Damage Fund.

Findings and Recommendations

The study shows that Environmental Peacebuilding can successfully contribute to crisis prevention and support conflict mitigation, particularly when tailored to the needs and experiences of local communities. Sustainable environmental practices and the integration of environmental considerations within peacebuilding efforts not only address immediate conflicts but also contribute positively to social stability. Participatory and locally rooted approaches are shown to be especially effective. The study recommends increased support for Environmental Peacebuilding initiatives that are inclusive and context-specific. Climate and environmental issues should be consistently linked with social justice and gender considerations to maximise the long-term peace potential. The German government and international funding bodies should strategically support these projects as key elements of civilian crisis prevention and peacebuilding, particularly within the framework of advancing Germany's policy guidelines "Preventing Crises, Resolving Conflicts, Building Peace". The success of Environmental Peacebuilding relies on achieving the temperature targets of the Paris Agreement. Only radical reductions in emissions can create the space for cooperation that is needed to deal with the already unavoidable consequences of climate change.

1 Einleitung



Einwohner versuchen, brauchbare Materialien aus ihren Häusern zu bergen, die durch einen Erdbeben nach schweren Regenfällen im Dorf Marayag, Mindanao, Südphilippinen, beschädigt wurden.

©picture alliance / dpa | Ritchie B. Tongo

Die gemeinsame nachhaltige Verwaltung und Regeneration natürlicher Ressourcen stellt Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Die sogenannte Tragik der Allmende¹³ offenbart sich vielfach an existenziell wichtigen Teilen des Erdsystems, wie der Atmosphäre, den Ozeanen und der Artenvielfalt, deren kaum regulierte Übernutzung zu gewaltigen und ungleich verteilten Schäden führt. Zwar wurde die Signifikanz der Erhaltung der Globalgüter für die menschlichen Lebensgrundlagen und die sozioökonomische Entwicklung vielfach belegt, doch wurden die Schutzmaßnahmen bisher nur ungenügend umgesetzt. Die Konsequenz sind kaskadierende und interagierende Risiken, die auch das Katastrophenmanagement von Industriestaaten zu überwältigen drohen. Die Praxis des „Environmental Peacebuilding“ (umweltbezogene Friedensförderung) versucht die Tragik der Allmende zu überwinden und in eine Tugend zu überführen: Durch die gemeinschaftliche Nutzung, Wahrung und Wiederherstellung natürlicher Ressourcen soll politisch polarisierten Gruppen (Smith et al. 2024) oder Konfliktparteien eine Wiederannäherung gelingen und gleichzeitig sollen die Lebensgrundlagen verbessert werden.

Im Jahr 2017 setzte sich die Bundesregierung Leitlinien zur zivilen Krisenprävention „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ und identifizierte umweltbezogene Sicherheitsrisiken als ein Handlungsfeld der Krisenprävention. Seit der Veröffentlichung dieses handlungsweisenden Rahmens für das deutsche Friedensengagement haben sich die globalen Umweltprobleme weiter dramatisch verschärft. Dies zeigt sich etwa an der nachweislichen Überschreitung planetarer Grenzen, dem rasanten Anstieg der globalen Mitteltemperatur, die über 12 Monate in Folge bereits die 1,5 °C-Marke übertrat (Copernicus Climate Change Service 2024), sowie in den lebensweltlichen

¹³Die Tragik der Allmende beschreibt das Problem, dass gemeinschaftlich genutzte Ressourcen durch individuelles Handeln übernutzt und zerstört werden, weil Einzelne mehr profitieren, als sie zum Erhalt beitragen. Sie muss jedoch nicht zwangsläufig eintreten, Menschen können auch Regeln zur nachhaltigen Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen entwickeln (Ostrom 1990).

Folgen: Todesopfer durch Stürme, Fluten oder Hitzeextreme, zerstörte Existenzen, Gesundheitskrisen und massive wirtschaftliche Schäden (Richardson et al. 2023). Diese negativen Folgen der Übernutzung natürlicher Ressourcen bedeuten eine Veränderung der Risikolandschaft, welche die Entstehung von Konflikten begünstigt, sowie eine Verschärfung humanitärer Krisen durch Ernteauffälle und physische Risiken von Extremwetterereignissen. Instrumente, durch die sowohl traditionelle als auch nicht traditionelle Sicherheitsrisiken adressiert werden, haben somit an Bedeutung gewonnen.

Die Ansätze des Environmental Peacebuilding werden oft von Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kohäsion begleitet und inzwischen von vielen unterschiedlichen Institutionen implementiert. Diese Studie nimmt die Anwendungsgebiete des Environmental Peacebuilding in den Blick und leitet Lernerfahrungen aus Projekten in verschiedenen Ländern ab. Dabei wird ein Schlaglicht auf das Thema Gender im Kontext von Environmental Peacebuilding geworfen. Zudem wird die Klimafinanzierung als ein Hebel für den Aufbau von Environmental-Peacebuilding-Strukturen diskutiert, insbesondere im Hinblick auf den neu entstehenden Fonds für Verluste und Schäden.

Des Weiteren werden Potenziale des grünen Wiederaufbaus („Green Recovery“) der Ukraine diskutiert. Diese Analyse erfolgt im Kontext von Environmental Peacebuilding unter dem Aspekt der Stärkung der innerstaatlichen gesellschaftlichen Zusammenarbeit, die den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs ausgesetzt ist. Schließlich formulieren die Autor*innen konkrete Handlungsempfehlungen für das deutsche Engagement in der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung. Ein Fokus ist hierbei auf die Weiterentwicklung der Krisenleitlinien der Bundesregierung gelegt, deren Implementierung auch vor dem Hintergrund weiterer strategischer Dokumente, wie der Nationalen Sicherheitsstrategie und der Klimaaußenpolitikstrategie, fortgeführt wird.

Was ist Environmental Peacebuilding?

Ursprünglich unter der Bezeichnung „Environmental Peacemaking“ bekannt geworden (Conca & Dabelko 2002), wird inzwischen vorherrschend der Begriff „Environmental Peacebuilding“ genutzt. Der Grundgedanke von Environmental Peacebuilding besteht darin, dass Umweltprobleme, Ressourcenknappheit oder die Auswirkungen des Klimawandels als Handlungsfeld für Dialog und als Grund für Kooperation zwischen Akteur*innen genutzt werden können, um so gewaltsame Konflikte zu vermeiden, zu entschärfen und langfristigen Frieden zu fördern (Conca & Dabelko 2002). Derzeit existieren verschiedene Definitionen (siehe Tabelle 1), die unterschiedlich stark Zusammenhänge zwischen Ressourcenmanagement und Friedensarbeit ausdifferenzieren.

Trotz erst kurzer Forschungshistorie hat die Literatur bereits einige Definitionen von Environmental Peacebuilding hervorgebracht. Die Definition der Environmental Peacebuilding Association (2024) wird dabei oft als Referenz genutzt. Demnach integriert Environmental Peacebuilding „das Management natürlicher Ressourcen in die Konfliktprävention, -minderung, -lösung und -bewältigung, um die Resilienz in von Konflikten betroffenen Gemeinschaften zu stärken“. Für den Zweck dieser Studie nutzen wir die folgende Erläuterung: Environmental Peacebuilding sind „Bemühungen, umweltbezogene Konflikte zu verhindern, Vertrauen aufzubauen und gemeinsame Identitäten zu schaffen, die Integration zwischen Konfliktparteien zu erleichtern und Fähigkeiten für eine resiliente und nachhaltige Lebensgrundlage aufzubauen“ (Bruch et al. 2022: S. 49, eigene Übersetzung). Dabei ist jedoch einzuschränken, dass die Realisierung der genannten Aspekte nicht in jedem Kontext gleichermaßen möglich ist. In Abhängigkeit von den spezifischen Rahmenbedingungen können bereits erste Dialoge, vertrauensbildende Aktivitäten oder gar die bloße Vermeidung bzw. Eskalation

gewaltsamer Konflikte als bedeutsame Erfolge betrachtet werden. Der Aufbau von gemeinsamen Identitäten zwischen Konfliktparteien, zusätzlich zu ihren bestehenden Zugehörigkeiten, stellt somit keine Voraussetzung für Environmental Peacebuilding dar, kann jedoch in Abhängigkeit vom Kontext ein Bestandteil dessen sein.

Die leitende Annahme des Environmental Peacebuilding ist, dass die Lösung von Umweltproblemen im Interesse aller Konfliktparteien ist, unabhängig von nationalen, lokalen und politischen Differenzen (Carius 2006; Hachmann et al. 2023).

Quelle	Definition
Environmental Peacebuilding Association 2024	„Environmental Peacebuilding integriert das Management natürlicher Ressourcen in die Konfliktprävention, -minderung, -lösung und -bewältigung, um die Resilienz in von Konflikten betroffenen Gemeinschaften zu stärken“
Bruch et al. 2022: S. 49	„[E]nvironmental Peacebuilding umfasst Bemühungen, umweltbezogene Konflikte zu verhindern, Vertrauen aufzubauen und gemeinsame Identitäten zu schaffen, die Integration zwischen Konfliktparteien zu erleichtern und Fähigkeiten für eine resiliente und nachhaltige Lebensgrundlage aufzubauen. Environmental Peacebuilding kann sowohl negativen Frieden schaffen (z. B. durch die Adressierung von Konfliktressourcen und andere Maßnahmen zur Beendigung von Konflikten) als auch positiven Frieden (z. B. durch die Schaffung eines Kontextes für Kooperation und Integration, der Konflikte undenkbar macht).“
Dresse et al. 2019: S. 104	„Environmental Peacebuilding ist der Prozess, durch den gemeinsame Umweltprobleme der (ehemaligen) Parteien eines gewaltsamen Konflikts in Chancen für eine dauerhafte Zusammenarbeit und Frieden umgewandelt werden.“
Ide et al. 2021a: S. 2f.	„Environmental Peacebuilding umfasst die vielfältigen Ansätze und Wege, durch die das Management von Umweltfragen in die Konfliktprävention, -minderung, -lösung und -bewältigung integriert werden und diese unterstützen kann.“
Ide 2019: S. 329	„Environmental Peacemaking bezieht sich auf alle Formen der Zusammenarbeit zu Umweltfragen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, die darauf abzielen und/oder erreichen, weniger gewalttätige und friedlichere Beziehungen zwischen diesen Gruppen zu schaffen.“
Krampe et al. 2021: S. 2	Im engeren Sinne: „[Environmental Peacebuilding] als konflikt-sensibles und nachhaltiges Management erneuerbarer natürlicher Ressourcen in von Konflikten betroffenen [Staaten] oder Staaten nach Konflikten – das die ökologische Grundlage für einen sozial, wirtschaftlich und politisch widerstandsfähigen Frieden unterstützt“ (siehe dazu auch Krampe 2017: S. 1) „Im weitesten Sinne kann Environmental Peacebuilding definiert werden als das nachhaltige Management natürlicher Ressourcen zur Prävention von Konflikten und Schaffung von Frieden – vor, während oder nach Konflikten – wobei das Potenzial der Umweltkooperation zur Unterstützung von Frieden und Stabilität hervorgehoben wird.“
Maas et al. 2012: S. 103	„[Environmental Peacebuilding] sollte als sein Oberbegriff betrachtet werden, der eine Vielzahl von Aspekten der Beziehungen zwischen Umwelt, Konflikt und Frieden abdeckt.“
UNEP 2016: S. 52	„[Environmental Peacebuilding] wird definiert als der Prozess der Verwaltung und des Managements der natürlichen Ressourcen und der Umwelt, um die Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.“

Tabelle 1. Übersicht zu verschiedenen Definitionen von Environmental Peacebuilding, eigene Übersetzung englischer Originale.

Trotz möglicher Spannungen, wie etwa im Fall des Renaissance-Damms zwischen Äthiopien und Ägypten, zeigen Studien zu transnationalen Flussläufen, dass die Wahrscheinlichkeit der Kooperation in solchen Fällen dennoch deutlich höher ist als die eines gewaltsamen Konflikts (Böhme et al. 2014; Dinar 2011; Link et al. 2016; Wolf 2007). Ansätze des Environmental Peacebuilding lassen sich dabei sowohl auf internationaler als auch auf intranationaler Ebene anwenden (Sommer & Fassbender 2024). Die Suche nach Lösungen für Umweltprobleme erfordert darüber hinaus eine langfristige und inhaltlich flexible Zusammenarbeit (Harari & Rosemann 2008). Kooperation zwischen beteiligten Akteur*innen kann dabei nicht nur zum Wissensaustausch und zur Lösungsfindung beitragen, sondern ebenso den persönlichen Austausch zwischen verschiedenen Gruppen fördern, die unter anderen Umständen nicht in Kontakt zueinander treten würden (Carius 2006). Durch die Kooperation können somit im Idealfall gewaltsame Konflikte vermieden und durch langfristige Kommunikation Vertrauen und Verständnis zwischen den beteiligten Personengruppen aufgebaut werden (Ide et al. 2021a). Die Zusammenarbeit kann sich in (formellen wie informellen) Institutionen verfestigen und sich auf weitere Themenfelder ausweiten (sogenannter Spill-over-Effekt). Damit werden wechselseitige Interdependenzen geschaffen, die wiederum die Entstehung von gewaltsamen Konflikten verhindern können. Langfristig kann dies unter bestimmten Voraussetzungen zur Transformation von Werten und Identitäten führen und zum Beispiel das Entstehen gruppenübergreifender Identitäten begünstigen (Ide & Scheffran 2013).

Environmental Peacebuilding im Politikfeld der zivilen Krisenprävention Deutschlands

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 erkennen die Bedrohung des Friedens durch nicht traditionelle Sicherheitsrisiken, wie etwa den Klimawandel, an. Der Verschärfung der Risiken durch die Klimakrise wird in dem 2021 erschienenen Umsetzungsbericht der Bundesregierung zu den Leitlinien Rechnung getragen, indem auf Klima und Sicherheit als eine von insgesamt vier politischen Akzentuierungen vertiefend eingegangen wird. Auch in der ersten deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023 wird Nachhaltigkeit, neben Wehrhaftigkeit und Resilienz, als eine Säule von Sicherheit hervorgehoben und auch die Risiken durch den Verlust der Artenvielfalt werden im größeren Zusammenhang der ineinander verschränkten Erdsystemrisiken gesehen. Unter dem Konzept der integrierten Sicherheit sollen die Verbindungen zwischen menschlicher Sicherheit und dem traditionellen Sicherheitsverständnis, welches den Schutz des Staates vor militärischen Bedrohungen in den Mittelpunkt stellt, stärker zusammengedacht werden.

In der ebenfalls 2023 verabschiedeten Klimaaußenpolitikstrategie wird das Thema Klima und Sicherheit ausführlich in einem Kapitel behandelt. Die Querschnittsthemen werden dabei von verschiedenen Seiten beleuchtet. Sowohl das Mainstreaming von Emissionsminderung und Klimaanpassung im Krisenengagement als auch die notwendige Konfliktsensibilität in Klimavorhaben werden benannt.

Zwar wird in diesen verschiedenen Regierungsdokumenten nicht explizit auf den Ansatz des Environmental Peacebuilding eingegangen, jedoch findet der Frieden-Sicherheit-Umwelt-Nexus sowohl in der jeweiligen Problemanalyse als auch in den handlungsleitenden Rahmensetzungen und den konkreten Implementierungsvorhaben Erwähnung. Dies bedeutet, dass es für die umweltbezogene Krisenprävention konkrete Anknüpfungspunkte gibt, die ihre verstärkte Anwendung für die Erreichung der strategischen Ziele der Bundesregierung als geeignet erscheinen lassen.

Dokument	Nennung des Frieden-Sicherheit-Umwelt-Nexus
<p>Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern (2017)</p>	<p>Problemanalyse</p> <p>Der Wandel der internationalen Ordnung, vielfach schwache staatliche Strukturen, ein in vielen Weltregionen extrem hohes Bevölkerungswachstum und die sich immer stärker auswirkenden Folgen des Klimawandels stellen unsere Politik der Friedensförderung vor große Herausforderungen. (S. 19)</p> <p>Handlungsprinzipien</p> <p>Wir müssen vielmehr an den Ursachen von Konflikten ansetzen. [...] Das beinhaltet die Eindämmung der Risiken des Klimawandels. (S. 13)</p> <p>Ziele des deutschen Engagements sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung und das Menschenrecht auf angemessene Nahrung als direkte Ausprägung der Würde des Menschen zu begreifen und ihre Umsetzung bestmöglich zu fördern; werden Wasserressourcen grenzüberschreitend genutzt, ist die Förderung des kooperativen Ressourcenmanagements von hoher Bedeutung für die regionale Sicherheit; (S. 96) • [...] • auf eine gerechte Verteilung der Einnahmen aus der Rohstoffförderung (z. B. Erdöl oder Diamanten) hinzuwirken. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass eine gerechte und inklusive Verteilung der Einnahmen im Rohstoffsektor Konfliktpotenzial in Gesellschaften reduziert beziehungsweise in akuten Krisensituationen den Profiteuren der Kriegsökonomie Ressourcen entzieht und so einer Konfliktverlängerung entgegenwirkt; (S. 97) <p>In den kommenden Jahren gilt es, Klimafragen noch systematischer in das deutsche Engagement zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung zu integrieren und potenziell betroffene Regionen widerstandsfähiger zu machen. Eine besondere Rolle spielen dabei Programme und Projekte zur Förderung der Anpassung an den Klimawandel in den vom Klimawandel bereits heute schon besonders betroffenen politisch fragilen Regionen und Staaten. (S. 133)</p> <p>Instrumente/Projekte/Implementierung</p> <p>Um diese Ziele zu erreichen, stehen der Bundesregierung eine Reihe von Handlungsansätzen und Instrumenten zur Verfügung, unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> • [...] • Projekte zur Landwirtschaft und Ernährungssicherung, wie zum Beispiel landwirtschaftliche Schulungen und Berufsausbildungsprogramme sind ein weiteres wichtiges Element zur Friedenssicherung. Die Entwicklung des ländlichen Raums ist für das Leben der Menschen vor Ort ein bedeutsamer Stabilitätsanker; (S. 100) • [...] • [...] Die durch die Bundesregierung initiierte Klimapartnerschaft unterstützt darüber hinaus Entwicklungsländer bei der Umsetzung von nationalen Klimaschutzbeiträgen, die neben Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasen auch solche zur Anpassung an den Klimawandel enthalten. In fragilen Staaten liegt eine besondere Aufmerksamkeit darauf, die Stärkung der Resilienz gegenüber den bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. (S. 102)
<p>Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern (2021)</p>	<p>Problemanalyse/Lagebild</p> <p>Wo der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Menschen bedroht, muss die internationale Gemeinschaft ansetzen, bevor politische Konflikte, z. B. zu Ressourcenfragen, gewaltsam eskalieren. (S. 184f.)</p> <p>Klimaresiliente Gesellschaften und Wirtschaftssysteme können besser mit politischer Fragilität und Konflikten umgehen, sonst drohen sich die Dynamiken gegenseitig zu verstärken. Daher fördert die deutsche EZ die Kapazitäten der Staaten und auch des Privatsektors zur Anpassung an den Klimawandel. (S. 96)</p>

Tabelle 2. Übersicht zu Nennungen des Frieden-Sicherheit-Umwelt-Nexus in verschiedenen deutschen Strategiedokumenten, eigene Zusammenstellung.

Dokument	Nennung des Frieden-Sicherheit-Umwelt-Nexus
	<p>Handlungsprinzipien</p> <p>Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren [...] die Wechselwirkung der Klimakrise mit Fragen von Frieden und Sicherheit im Blick behalten. (S. 8)</p> <p>Die Bundesregierung hat daher seit 2017 einen integrierten Ansatz entwickelt, der den Klimawandel in all seinen Facetten gleichermaßen als Umwelt-, Entwicklungs- und Sicherheitsproblem angeht. [...] Dies schließt eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Krisenfrüherkennung, Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ein. (S. 184)</p> <p>So hat das Reformkonzept für eine wirksamere und effizientere deutsche Entwicklungszusammenarbeit („BMZ 2030“) die Kernthemen „Verantwortung für unseren Planeten: Klima und Energie“ und „Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ als entwicklungspolitische Schwerpunktsetzungen hervorgehoben. (S. 187)</p> <p>Der neue Beirat [Zivile Krisenprävention und Friedensförderung] hat sich einen ambitionierten Arbeitsplan gegeben und sich seit 2019 mit den Themen friedenspolitische Kohärenz, Gender, Frieden und Sicherheit, öffentliche Kommunikation zu Krisenprävention sowie Klimawandel als Sicherheitsrisiko befasst. (S. 192)</p> <p>Instrumente/Projekte/Implementierung</p> <p>Als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnte die Bundesregierung in vielen Sitzungen einen Schwerpunkt auf Aspekte der Krisenprävention legen, insbesondere mit Blick auf die Wechselbeziehungen zwischen Klimakrise und Frieden/Sicherheit, auf die Rolle von Frauen bei der Konfliktbewältigung oder im Hinblick auf Fragen der Kleinwaffenkontrolle. (S. 170)</p> <p>Im Schulterchluss mit diesen Ländern hat Deutschland die Fähigkeit der Vereinten Nationen, Klima-Sicherheits-Risiken in ihren Analysen und Berichten systematisch zu berücksichtigen, vorangetrieben. [...] Des Weiteren fördert Deutschland als einer von vier Hauptgebern [...] den Klima-Sicherheits-Mechanismus. (S. 186)</p> <p>Die Bundesregierung unterstützt darüber hinaus die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, klimabedingten Konfliktrisiken vor Ort präventiv zu begegnen. (S. 186)</p> <p>Um für Entscheidungsträger weltweit die analytischen Grundlagen zu verbessern, hat das AA einen umfassenden Bericht zur Voraussage von Klima-Sicherheits-Risiken angestoßen [...] Weathering Risk: A Climate and Security Risk and Foresight Assessment [Zudem wurde ein] hochrangiges internationales Konferenzformat zu Klima und Sicherheit etabliert, die Berlin Climate and Security Conference. [...] Gemeinsam diskutieren sie konkrete, präventive Handlungsoptionen, um klimawandelbedingten Sicherheitsrisiken frühzeitig begegnen zu können. Auch das bilaterale Engagement der Bundesregierung für Krisenprävention und Stabilisierung nimmt das Thema Klima und Sicherheit seit 2017 immer stärker in den Blick. So hat beispielsweise das AA Dialog und Mediationsmaßnahmen in Somalia, in Nigerias Middle Belt und in Nord-Mali unterstützt, die dabei helfen sollen, für klima- und wetterbedingte Ressourcenkonflikte lokale Lösungen zu finden. (S. 187)</p>
<p>Nationale Sicherheitsstrategie. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland (2023)</p>	<p>Problemanalyse/Lagebild</p> <p>Die Eindämmung der Klimakrise und der Umgang mit ihren Auswirkungen ist eine der fundamentalen und zugleich drängendsten Aufgaben dieses Jahrhunderts. (S. 16)</p> <p>Handlungsprinzipien</p> <p>Die Bundesregierung wird ihr Engagement in einem integrierten Ansatz der internationalen Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung, humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit weiter verstärken. Dabei wird sie ihre Maßnahmen klimasensibel ausrichten und den Schutz des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen. (S. 42)</p> <p>Instrumente/Projekte/Implementierung</p> <p>Aus der Notwendigkeit regionaler und internationaler Zusammenarbeit zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ergeben sich auch Möglichkeiten für zwischenstaatliche Vertrauensbildung und Konfliktprävention. (S. 65)</p>

Dokument	Nennung des Frieden-Sicherheit-Umwelt-Nexus
<p>Klima- außen- politikstra- tegie der Bundes- regierung (2023)</p>	<p>Problemanalyse/Lagebild</p> <p>Eine klimateureale Wirtschaft muss nicht nur umweltschonender und ressourceneffizienter sein, sondern kann auch dazu beitragen, Konflikten vorzubeugen. (S. 11)</p> <p>Der Klimawandel verschärft vielerorts bestehende, multidimensionale Krisen. (S. 47)</p> <p>Handlungsprinzipien</p> <p>Wir denken bei unseren politischen Ansätzen den Nexus Klima-Sicherheit mit und richten Projekte der humanitären Hilfe, der Stabilisierung sowie der Entwicklungszusammenarbeit klimateureilient und klimateureisibel aus. (S. 9)</p> <p>Wir wollen Krisenprävention, vorausschauende humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie langfristige Kooperation zusammendenken und im Sinne des Nexus humanitäre Hilfe-EZ-Friedensförderung (HDP-Nexus) Silodenken überwinden. (S. 46)</p> <p>Wir bauen Kapazitäten und Expertise für die Prävention, Eindämmung und Bewältigung von klimateurebedingten Konflikten auf und aus. (S. 56)</p> <p>Wir wollen, dass Friedensmediationen verstärkt im Kontext einer Zusammenarbeit bei den Themen Wasser, Umwelt und Klima durchgeführt werden. (S. 56)</p> <p>Deutschland spielt eine entscheidende Rolle, um das Thema politisch und fachlich innerhalb der Vereinten Nationen weiter voranzubringen. (S. 57)</p> <p>Instrumente/Projekte/Implementierung</p> <p>Wir bringen das Thema Klima, Frieden und Sicherheit aktiv in den VN-Sicherheitsrat ein und werden es erneut zu einem zentralen Element unserer Kandidatur für die Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat 2027/2028 machen. (S. 15)</p> <p>Dazu stärken wir Organisationen der Krisennothilfe darin, Klimaschutz und Klimateureanpassung in ihre Arbeit zu integrieren. Wir stellen unsere Krisenprävention klimateureilient auf – mit besseren Risikovorhersagen, Klimadaten und Vulnerabilitätsanalysen, die humanitäre, sicherheitsrelevante und Klimadaten integrieren. (S. 46)</p> <p>Wir bauen unsere Unterstützung für eine vorausschauende humanitäre Hilfe als wichtiges Instrument aus, um die humanitären Folgen des Klimawandels abzumildern und Hilfe für die betroffenen Gemeinden effizienter zu gestalten. Wir planen, jedes Jahr mindestens 5 % der für humanitäre Hilfe vorgesehenen Mittel für vorausschauende humanitäre Hilfe einzusetzen, bei der wir Klimateureilienz immer mitdenken. (S. 47) Wir fördern in der entwicklungsorientierten Übergangshilfe gezielt Vorhaben zur Steigerung der Klimateureilienz, um vulnerablen Gruppen die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen und, wo nötig, die Transformation ihres Lebensunterhalts zu fördern. [...] Deshalb integrieren wir klimateureisibles Handeln in den multisektoralen Ansatz der strukturbildenden Übergangshilfe, um die Nachhaltigkeit von Investitionen zur Krisenbewältigung zu gewährleisten und künftige humanitäre Kosten zu reduzieren, denn: Die Weltbank hat vorgerechnet, dass ein in Resilienz investierter Dollar zukünftige humanitäre Kosten von mindestens vier Dollar einspart. (S. 47)</p> <p>Wir arbeiten mit VN-Fonds zusammen, um Investitionen in Krisenkontexten klimateureisibel und Klimaprojekte friedensfördernd zu gestalten. Mit der Etablierung von Klima- und Sicherheitsberaterinnen und -beratern in VN-Missionen u. a. in Somalia und am Horn von Afrika leisten wir zudem einen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung von konflikt- und klimateureandelbedingten Krisen. (S. 56)</p> <p>Aufbauend auf der Erklärung der G7-Außenministerinnen und Außenminister zu Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit in der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 haben wir gemeinsam mit Partnerländern die Climate for Peace Initiative gegründet, in der 28 engagierte Länder ihre Erfahrungen und Bedarfe zu Projekten mit Klima-, Friedens- und Sicherheitsbezug teilen und Herausforderungen multilateral angehen. (S. 56)</p> <p>Wir stärken unser Engagement in der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung im Hinblick auf Klimarisiken, um konfliktverschärfende Folgen des Klimawandels abzumildern, u. a. durch Pilotprojekte im Golf von Bengalen, Irak, Jemen, Nigeria und Somalia. Die Pilotprojekte bauen auf der von Deutschland initiierten Weathering Risk-Initiative auf, die Daten für Klimateuremodellierung und Konfliktanalysen aufbereitet. (S. 56)</p> <p>Wir unterstützen im Rahmen der Freundesgruppe der Vereinten Nationen zu Umweltmanagement in VN-Friedensmissionen den Einsatz von erneuerbaren Energien und Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks. Innerhalb des Peacekeeping-Reformprozesses setzen wir uns weiter für eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Stärkung der Einsatzbereitschaft und operativen Resilienz von VN-Friedensmissionen und Truppenstellern ein. (S. 57)</p>

2 Forschungsstand: Umwelt, Klimawandel, gewaltsame Konflikte und das Potenzial für den Ansatz des Environmental Peacebuilding

In den letzten Jahrzehnten sind die Verbindungen zwischen Umwelt, Klima, gewaltsamen Konflikten und Sicherheit immer weiter in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit und der wissenschaftlichen Forschung gerückt. Zunächst galt dabei der Fokus den Auswirkungen von bzw. den Wechselwirkungen zwischen gewaltsamen Konflikten und Umwelt. Der Fokus hat sich im letzten Jahrzehnt dahingehend verschoben, dass nunmehr auch Klimafragen und die positiven Zusammenhänge zwischen Umwelt und Frieden zunehmend aufgegriffen werden.

Das Zusammenspiel zwischen Umwelt und gewaltsamen Konflikten

Seit Jahrhunderten werden gewaltsame Konflikte um natürliche Ressourcen ausgetragen (Brown & Nicolucci-Altman 2022). Auch wenn diese selten die alleinige Ursache eines Konfliktes darstellen, haben natürliche Ressourcen einen Einfluss auf den Ausbruch, die Dauer und die Intensität von Konflikten (Rustad & Binningsbø 2012; Matthew et al. 2009). Natürliche Ressourcen können auch Auswirkungen auf die Situation nach Beendigung gewaltsamer innerstaatlicher Auseinandersetzungen haben. So waren Friedenszeiten nach innerstaatlichen Konflikten um natürliche Ressourcen zwischen 1946–2006 nur halb so lang wie vergleichbare Friedensperioden nach Konflikten mit anderen Konfliktursachen (Rustad & Binningsbø 2012). Mit wachsender Weltbevölkerung, zunehmendem Konsum und technologischem Fortschritt steigt auch die Nachfrage nach und die Konflikte um solche natürlichen Ressourcen (Rüttinger et al. 2015).

Ökosysteme und die damit verbundenen Ressourcen können zum einen Gegenstand von Konflikten werden, zum anderen sind sie aber auch akut von Zerstörung durch bewaffnete Konflikte bedroht. Von Menschen als „Waffe“ eingesetzt kann über die Umwelt, etwa durch die Umleitung von Flussläufen, erheblicher Schaden angerichtet werden (Bruch et al. 2024; Linke & Ruether 2021; Sowers et al. 2017). Die durch den russischen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachten Umweltschäden sowie mögliche Potenziale des Environmental-Peacebuilding-Ansatzes in diesem Kontext werden in dieser Publikation in Kapitel 4 analysiert. Umweltressourcen dienen Konfliktparteien zudem häufig als finanzielle Ressource und damit der Aufrechterhaltung von Konflikten (Bruch et al. 2024; Ide et al. 2021a). Umweltschäden zwingen darüber hinaus viele Menschen zur innerstaatlichen und teilweise internationalen Migration, was zu weiteren sozialen Spannungen und Konflikten führen kann (McClain et al. 2022; Bruch et al. 2024). Das Kapitel 3.3 dieser Publikation befasst sich unter anderem mit der Migration von Hirt*innen aus dem Norden in den Süden Nigerias, die durch das Austrocknen von Wasserquellen bedingt ist und den Konflikt um Land und Ressourcen weiter verschärft.

Der Kontext zählt:

Bei der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Umwelt und Konflikten ist die Berücksichtigung der spezifischen Umstände wichtig, wie z. B. sozioökonomische Ungleichheiten und ethnische oder ideologische Trennlinien. Auch die Art und Weise des Ressourcenmanagements (Matthew et al. 2009; Rustad & Binningsbø 2012) und der Typus natürlicher Ressourcen (Dresse et al. 2016) können einen wesentlichen Einfluss auf das Zusammenspiel von Konflikt und Umwelt haben. Konflikt- und kontextspezifisch ist auch zu beachten, dass die genannten Auswirkungen nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt sind. Oft sind marginalisierte Bevölkerungsgruppen überproportional betroffen, weil etwa ihr Zugang zu Ressourcen stärker eingeschränkt oder ihre finanzielle Absicherung gering ist (UNEP et al. 2020). Marginalisierung kann sowohl zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, etwa zwischen ländlichen und städtischen Gemeinschaften, als auch innerhalb einzelner Gemeinschaften auftreten. Eine ausgetrocknete Wasserquelle betrifft potenziell alle Individuen einer Gemeinschaft.

Für ältere Menschen, Frauen oder Menschen mit körperlichen Behinderungen kann die Beschaffung von Wasser aus alternativen Quellen jedoch eine schwerere körperliche Anstrengung sein (Karuga et al. 2023). Diese Schwierigkeiten ergeben sich nicht nur aus einer möglicherweise unzureichenden Infrastruktur, sondern auch aufgrund weiter Wege und des zu tragenden Gewichts. Zusätzlich sind alternative Wasserquellen oftmals mit finanziellen Kosten verbunden, wodurch der Zugang zu sauberem Wasser für Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln erheblich eingeschränkt wird. Die Benachteiligung bestimmter Gruppen ist somit oft das Ergebnis mehrerer Faktoren. Eingeschränkter Zugang zu Wasser kann dabei weitreichende Folgen haben, etwa auf die Gesundheit und Hygiene (ebd.). All diese Aspekte erschweren die Konfliktbearbeitung, die Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung und den Wiederaufbau nach gewaltsamen Konflikten (Sowers et al. 2017). Dagegen kann nachhaltiges Management der Umwelt und die Bereitstellung nachhaltiger Lebensgrundlagen einen positiven Effekt auf Frieden haben, sowohl innerhalb eines Staates als auch zwischen Staaten (Ide 2018; Johnson et al. 2021). Diese Wahrnehmung scheint sich auch auf politischer Ebene etabliert zu haben, sodass Friedensabkommen zunehmend Aspekte von Ressourcenmanagement und Umweltschutz berücksichtigen (Bruch et al. 2024).

Klimawandel und gewaltsame Konflikte

Lange wurde in der Forschung über einen möglichen linearen Kausalzusammenhang zwischen Klimawandel und gewaltsamen Konflikten debattiert, inzwischen ist die wissenschaftliche Debatte zum Thema vorangeschritten (Hsiang et al. 2013; Buhaug et al. 2014; Ide et al. 2020). Demnach wird der Klimawandel weithin als Risikomultiplikator angesehen, welcher kaskadisch negative sozioökonomische Folgen nach sich zieht und damit auch Einfluss auf die Entwicklung von Konflikten ausüben kann (Goodman & Baudu 2023). Die Klimakrise fördert eine Reihe von verketteten Risiken, etwa durch erhöhte Temperaturen, die Zunahme und Intensität von Extremwetterereignissen und den ansteigenden Meeresspiegel. Die Klimakrise kann dadurch die Verfügbarkeit und Qualität natürlicher Ressourcen beeinträchtigen und damit Ungleichheiten in verschiedensten räumlichen Dimensionen, politische Instabilität, Armut, Ernährungsunsicherheit sowie Vertreibung verursachen (Bruch et al. 2024; Rüttinger et al. 2015). Solche Entwicklungen können sich gegenseitig verstärken. Insgesamt werden durch sich häufende Extremwetterereignisse gleichzeitig auftretende ökologische, soziale, wirtschaftliche und politische Belastungen erhöht und deren Management erschwert (Gemenne et al. 2014). Klimafolgen und negative kaskadische Entwicklungen sind immer im Zusammenspiel mit Aspekten der Staatsführung zu betrachten, insbesondere bezüglich Ungleichheiten sowie ethnischer Fraktionalisierung (Scheffran et al. 2014; Schleussner et al. 2016). Können diese vielschichtigen Herausforderungen und Probleme nicht entsprechend gehandhabt werden, steigt das Risiko für gewaltsame Auseinandersetzungen. Die damit verbundenen Sicherheitsrisiken gehen über das traditionelle Sicherheitsverständnis hinaus und betreffen auch die menschliche Sicherheit (Vinke et al. 2021). Die wissenschaftliche Diskussion über die kaskadischen Auswirkungen des Klimawandels auf Konflikte hat viele Überschneidungen mit der Diskussion über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Konflikten, da sich der Klimawandel durch Veränderungen in der Umwelt manifestiert (Ide & Scheffran 2013).

Im direkten Zusammenhang mit Konflikten werden zwar andere Faktoren, wie etwa sozioökonomische Entwicklung oder die Qualität und Fähigkeiten von Staaten oder politischen Institutionen, immer noch als einflussreicher für die Entstehung von gewaltsamen Konflikten angesehen (Buhaug & von Uexkull 2021; Mach et al. 2019), jedoch können genau diese Faktoren durch den Klimawandel intensiviert werden. Vermehrt trifft der Klimawandel auf bereits fragile staatliche Strukturen. Dies kann die Vulnerabilität

des Staates aber auch einzelner Bevölkerungsgruppen erhöhen. Fragilität kann dabei definiert werden als „Kombination aus Risikoexposition und unzureichender Bewältigungskapazität des Staates, des Systems und/oder der Gemeinschaften zur Bewältigung, Absorption oder Abschwächung von [...] Risiken“ (Bruch et al. 2024: S. 5). Gewaltsame Konflikte und die damit häufig einhergehende Zerstörung von Infrastruktur können dazu beitragen, die Kapazitäten von Staaten zur Bewältigung von und zur Anpassung an Klima- und Wetterextreme zu beeinträchtigen (Buhaug & von Uexkull 2021; Ide 2023). Extremwetterereignisse können in fragilen Staaten höhere Opferzahlen verursachen und die Fragilität weiter verschärfen (Darwish et al. 2023). So werden nicht nur die Risikofaktoren für bewaffnete Konflikte durch den Klimawandel beeinflusst, sondern umgekehrt beeinflussen auch bewaffnete Konflikte die Fähigkeit von Staaten, angemessen auf klimabedingte Extremwetterereignisse zu reagieren. Demgegenüber können resiliente Staaten und Akteur*innen klimabedingte Belastungen friedlich bewältigen, dabei politische Stabilität wahren und die Anwendung von Gewalt verhindern (Rüttinger et al. 2015).

Wenn limitierte Anpassungskapazitäten auf Misswirtschaft, Korruption und die Marginalisierung einzelner Gruppen treffen, kann dies zu einer Abwärtsspirale führen und somit bereits existierende sozioökonomische Herausforderungen verschärfen. Zum Beispiel kann die Bevorteilung sesshafter Bevölkerungsgruppen nomadische oder seminomadische Gruppen marginalisieren. Diese divergierenden Lebensweisen gehen oftmals mit ethnischer Identität einher. Eine Benachteiligung bestimmter Gruppen kann somit bereits existierende ethnische Spannungen befeuern und Gewalt begünstigen. Auch die nicht gerechte oder gar korrupte Verteilung von Geldern zur Anpassung an die Klimakrise kann Konfliktpotenziale verschärfen (von Loeben et al. 2022).

Ungleichheiten bezüglich des Klima-Sicherheits-Nexus spielen auf vielen Ebenen eine große Rolle. Die klimabedingten Veränderungen werden weltweit nicht gleichermaßen zunehmen; vielmehr werden einige Staaten und Personengruppen deutlich stärker von



*Fridays for Future Aktivist*Innen in westbengalen demonstrieren friedlich gegen die Auswirkungen der Nutzung fossiler Brennstoffe und den Anstieg der globalen Erwärmung während des globalen Klimastreiks in Kolkata, Indien, am 25. März 2022.*

©picture alliance / NurPhoto | Debarchan Chatterjee

den Folgen des Klimawandels betroffen sein (Schleussner et al. 2018; Vinke et al. 2021). Besonders vulnerabel sind sowohl Staaten als auch Personengruppen, die direkt und überdurchschnittlich von natürlichen Ressourcen abhängig sind und die gleichzeitig nur über geringe Anpassungskapazitäten verfügen. Zu den Faktoren, die die Anpassungsfähigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen beeinflussen, gehören unter anderem der sozio-ökonomische Kontext, legale nationale Rahmenbedingungen, politische Teilhabe, Alter, Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit (IPCC 2023; UNEP et al. 2020). Insbesondere marginalisierte Personen mit geringen finanziellen Mitteln verfügen über vergleichsweise geringe Anpassungskapazitäten (Hallegatte et al. 2020). So erhöhen Dürreperioden die Vulnerabilität von landwirtschaftlich abhängigen oder politisch ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen in armen Ländern, was wiederum die Wahrscheinlichkeit anhaltender Gewalt vor Ort erhöht (Kelley et al. 2015; von Uexkull et al. 2016). Auf Ebene von Haushalten konnte zum Beispiel festgestellt werden, dass weniger resiliente Haushalte mit höherer Wahrscheinlichkeit politische Gewalt unterstützen (von Uexkull et al. 2020).

Aufbauend auf diesen Forschungserkenntnissen gab es in den letzten Jahren erste Anpassungen bei der Implementierung von internationalen (Friedens-)Missionen. So ist die Hilfsmision der Vereinten Nationen in Somalia (UNSOM) eine der ersten weltweit, die Klima- und Umweltfragen in ihr Mandat aufgenommen hat (Hodder 2021). Ein weiteres Beispiel: Im Rahmen der OSZE-Mission im Kosovo wurden verschiedenste Akteur*innen in der Bekämpfung von Umweltkriminalität ausgebildet (OSCE 2021).

Environmental Peacebuilding: Kooperation und Umwelt

Der Ansatz des Environmental Peacebuilding legt den Fokus auf die positiven Auswirkungen von Zusammenarbeit im Umweltbereich. Denn Ressourcenknappheit kann unter bestimmten Umständen Konflikte sowohl anheizen als auch als Katalysator für verstärkte Kooperation dienen (BenDor & Scheffran 2018; Link et al. 2016). Zusammenarbeit im Umweltbereich kann sich positiv auf verschiedene Dimensionen des Friedens auswirken. Dabei wird Frieden oft als Kontinuum verstanden, welches Abwesenheit direkter Gewalt (negativen Frieden), symbolische Annäherung (Veränderung der Wahrnehmung von Bedrohungen hin zu Verbundenheit, Vertrauen, Aufbau einer gemeinsamen Identität) und substanzielle Integration der jeweiligen Gemeinschaften (positiven Frieden, tiefgreifende Koordination) umfasst (Ide 2019). Dieses Verständnis von Frieden wurde von einigen Autor*innen um weitere Dimensionen erweitert. Johnson et al. (2021) argumentieren für die Einbeziehung von „Capabilities“ (Fähigkeiten) von Individuen und Gemeinschaften, um Bedrohungen ihrer menschlichen, umweltbezogenen und sozialen Rechte entgegenzuwirken. In ähnlicher Weise, jedoch mit stärkerem Fokus auf den Klimawandel, plädieren Sommer & Fassbender (2024) für die Aufnahme von „Climate Resilient Peace“ (Barnett 2018) als weitere Dimension von Frieden. Climate Resilient Peace wird als Widerstandsfähigkeit von Staaten und Gemeinschaften gegenüber Umweltveränderungen und als wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen und dauerhaften Friedens verstanden (Sommer & Fassbender 2024).

Ansätze des Environmental Peacebuilding, welche die Wechselwirkungen zwischen der Umwelt und ihren natürlichen Ressourcen sowie deren Potenzial für die Friedensförderung berücksichtigen, haben in den letzten zwanzig Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen und gleichzeitig eine Weiterentwicklung erfahren (Hardt & Scheffran 2019). Während Ende der 1990er-Jahre und Anfang der 2000er-Jahre noch staatszentrische Top-down-Prozesse dominierten, gibt es mittlerweile vermehrt einen Fokus auf lokale Gemeinschaften, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und damit einhergehende Bottom-up-Prozesse. Eine Auswertung der Literatur zu innerstaatlichem Ressourcenmanagement zeigt, dass Artikel, in denen eine insgesamt friedensfördernde

Wirkung („overall ‚positive‘ Peacebuilding effect“) festgestellt wurde, überwiegend Bottom-up-Initiativen behandelten (Johnson et al. 2021: S. 12). Bei Top-down-Initiativen, die vermehrt auf Förderung des Staatsaufbaus oder des Wirtschaftswachstums abzielen, wurden dagegen vermehrt negative Auswirkungen auf die Friedensförderung festgestellt (Johnson et al. 2021). Obwohl Environmental Peacebuilding als Konzept erst seit wenigen Jahren in der akademischen Forschung diskutiert wird, sind die Ansätze bereits seit Jahrhunderten etwa von indigenen Bevölkerungen praktisch umgesetzt worden (Brown & Nicolucci-Altman 2022). Dieses indigene Wissen sollte auch in Friedensprozessen von zentraler Bedeutung sein, um die Resilienz von Personen und Gruppen gegenüber sozialen und ökologischen Schocks zu stärken (Darwish 2022). In dieser Hinsicht spielen auch koloniale Machtverhältnisse eine große Rolle, die oft eine nachhaltige Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen beeinträchtigen (ebd.).

Herausforderungen und Risiken des Environmental Peacebuildings

Da sich das Forschungsfeld des Environmental Peacebuilding noch in der Entstehungsphase befindet, existiert noch kein fest etablierter Methodenapparat, was die Vergleichbarkeit der Studien erschwert. Entsprechend bestehen bei den theoretischen Grundlagen und empirischen Belegen noch Lücken (Johnson et al. 2021; Dresse et al. 2019). Darüber hinaus umfassen potenzielle negative Konsequenzen der praktischen Umsetzung verschiedene Aspekte. So besteht zum Beispiel die Gefahr, dass im Rahmen einer entpolitisierten Problemlösung, kontextspezifische Ungerechtigkeiten und Machtasymmetrien übersehen oder vernachlässigt werden (Ide 2020). Environmental-Peacebuilding-Projekte können zudem unter bestimmten Umständen zu Vertreibungen von Menschen führen, wenn größere Gebiete beispielsweise für Friedensparks genutzt werden sollen (ebd.). Scheitern Projekte oder werden als ungerecht wahrgenommen, kann dies zur Delegitimierung des Staates beitragen, indem das Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben wird (ebd.). Auch besteht die Gefahr der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (ebd.). Vor dem Hintergrund rassistischer, sexistischer und diskriminierender gesellschaftlicher Strukturen sind auch diese Projekte zu einem gewissen Grad von diesen Strukturen beeinflusst und spiegeln sie wider. Entgegen dem Ziel des Environmental Peacebuilding kann es bei unzureichender Planung im schlimmsten Fall zu einer Verschärfung von Konflikten beitragen oder Umweltaspekte verschlechtern (ebd.). Auch Maßnahmen zur Emissionsminderung und Anpassung an unvermeidbare Auswirkungen der Klimakrise können zu neuen Spannungen führen oder bereits bestehende verschärfen (Grzybowski & Hunnie 2021). Diese potenziellen negativen Auswirkungen und ihre Wechselwirkungen geschehen oft unbeabsichtigt. Umso wichtiger ist es, sie bei der Planung von Environmental-Peacebuilding-Projekten zu berücksichtigen, um sowohl ökologische Probleme effektiv zu lösen als auch Friedensprozesse nachhaltig zu fördern.

Trotz dieser Kritikpunkte birgt das Konzept des Environmental Peacebuilding aufgrund seines integrativen Ansatzes eine einzigartige Möglichkeit zur Friedensförderung, bei der verschiedene Konfliktursachen und deren Interdependenzen adressiert werden können (Ide 2020). Neben der Zusammenarbeit für einen nachhaltigen Frieden werden auch Konfliktpotenziale reduziert, indem Ressourcenmanagement und die Bewältigung der Klimakrise mitgedacht werden. Durch die Einbindung lokaler Gemeinschaften ist die Akzeptanz in der Bevölkerung oftmals größer als bei anderen internationalen Peacebuilding-Interventionen (Ide 2020). Die Klimakrise bietet aufgrund ihrer globalen Herausforderungen dabei auch die Möglichkeiten, friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten zu fördern, die keine gemeinsame Grenze oder Ressourcen teilen (Sommer & Fassbender 2024).

Gender und Environmental Peacebuilding: ein integrierter Ansatz für einen positiven und dauerhaften Frieden

Die Vulnerabilität von Menschen gegenüber Umweltaspekten und Konflikten wird maßgeblich von ihrem sozioökonomischen Status, ihrer Lebenssituation, geografischen und zeitlichen Aspekten, legalen Rahmenbedingungen sowie anderen Merkmalen der Vielfalt wie Alter, Behinderung, Religion, Sexualität, ethnische Herkunft, Hautfarbe, Migration oder Flüchtlingsstatus sowie Geschlecht beeinflusst. Dieses Konzept der Intersektionalität ist entscheidend für das Verständnis der unterschiedlichen Auswirkungen von Umweltproblemen und Konfliktdynamiken. Initiativen zur Friedenskonsolidierung sollten eine intersektionale Sichtweise einnehmen, um sicherzustellen, dass die Bemühungen integrativ sind und auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Rechte der betroffenen Gruppen eingehen (Yoshida et al. 2021).

Die Schnittstelle zwischen Gender und Environmental Peacebuilding stellt einen wichtigen Aspekt innerhalb des breiteren Diskurses zu nachhaltiger Entwicklung, Frieden und Konfliktbewältigung dar. Dabei bezieht sich der Begriff des Geschlechts auf die biologischen Charakteristiken, die einer Person bei Geburt zugewiesen wird, und der Begriff Gender auf „das Vorhandensein einer Reihe von Merkmalen [...], die mit dem (wahrgenommenen) Geschlecht assoziiert werden“ (Sjoberg 2012: S. 9; Sjoberg 2014), Gender kann somit als ein soziales Konstrukt verstanden werden, das je nach lokalem Kontext und Zeit variiert, dabei aber reale Auswirkungen auf das Leben von Menschen hat. Die aktive Einbeziehung von Gender ist dabei nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern auch von entscheidender Bedeutung für das Erreichen von nachhaltigem Frieden sowie für ökologische Nachhaltigkeit. Diese Herangehensweise ergänzt Ansätze des Environmental Peacebuilding um eine wesentliche Dimension. Sie erkennt an, dass Umweltprobleme und (Post-)Konfliktkontexte aufgrund gesellschaftlicher Rollen, Verantwortlichkeiten und des Zugangs zu Ressourcen geschlechtsspezifische Erfahrungen sind.

Da jeder Mensch den Kontext vor, während und nach gewaltsamen Konflikten unterschiedlich erlebt, ermöglicht die Einbeziehung verschiedener Perspektiven in die Friedensförderung ein umfassendes Verständnis. Auch wenn ein vereinbarter Waffenstillstand direkte und bewaffnete Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Gruppen beenden kann, bedeutet dies nicht, dass die Gewalt für alle endet – einige Formen der Gewalt bestehen auch in „friedlichen“ oder „Post-Konflikt“-Gesellschaften fort oder nehmen sogar zu, insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen (Porter 2016). Dennoch wurden und werden Friedensinitiativen überwiegend von Männern durchgeführt, wobei Frauen und andere marginalisierte Gruppen oft nur in geringem Maße beteiligt werden und daher geschlechtsspezifische Fragen nur begrenzt behandelt wurden (Council on Foreign Relations 2024). Dabei deuten verschiedene Forschungsergebnisse darauf hin, dass eine umfängliche Einbindung von Frauen die Wirksamkeit von Friedensförderungsinitiativen erhöht (Bjarnegård et al. 2015; Krause et al. 2018; O'Reilly et al. 2015; Paffenholz 2015; Paffenholz et al. 2015). Ähnliche Dynamiken lassen sich auch im Umgang mit natürlichen Ressourcen feststellen, wobei Frauen zwar oft direkter von Ressourcen abhängig sind, jedoch weniger Zugang zu diesen und den damit verbundenen Entscheidungsprozessen haben (UN Women, 2022). So sind in sieben von zehn Haushalten, die Wasser von außerhalb des eigenen Grundstücks beziehen, Frauen und Mädchen für die Wasserversorgung zuständig (UNICEF & WHO 2023). Dabei variiert die Dauer des Wasserholens je nach Kontext und erschwert den Zugang vor allem für Frauen und Mädchen. In Ländern, in denen die Verantwortung für das Wasserholen vornehmlich bei Frauen und Mädchen liegt, ist der Zeitaufwand dafür deutlich höher als in Ländern, in denen diese

Aufgabe von Männern und Jungen wahrgenommen wird (ebd.). Frauen haben aufgrund der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung jedoch oft spezifisches Wissen über erprobte Anpassungsstrategien, welche für Environmental-Peacebuilding-Initiativen von entscheidender Bedeutung sein können. Als vielerorts Hauptverantwortliche für die Wasserversorgung von Haushalten erwerben Frauen nicht nur fundierte Kenntnisse über lokale Wasserquellen, sondern auch wirksame Strategien für den Umgang mit Situationen von Knappheit der Ressourcen (UNEP et al. 2013). Durch die Einbeziehung von Genderperspektiven könnten – aufbauend auf diesem geschlechtsspezifischen Wissen – effektive Maßnahmen entwickelt, eine gerechtere Verteilung von Ressourcen gewährleistet und Ungleichheiten verringert werden.

Zahlreiche Studien befassen sich mit der besonderen Bedeutung und den Herausforderungen der verschiedenen Gender in Konflikt- und Friedensförderungskontexten, mit den weitergehenden Auswirkungen auf nachhaltigen Frieden und Entwicklung, oder Umwelt- und Klimainitiativen. Bisher fehlt es jedoch an einschlägiger Literatur und vor allem empirischen Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenspiel dieser beiden weitgehend getrennten Bereiche aus einer Genderperspektive befasst (siehe als Ausnahme z. B. Fröhlich & Gioli 2015; Mead & Jacobsson 2023; Yoshida & Céspedes-Báez 2021). Die Genderperspektive im Feld von Environmental Peacebuilding ist bisher wenig erforscht (Ide et al. 2021a).

In jüngeren Environmental-Peacebuilding-Projekten, wie etwa im Zuge der Pilotprojekte der „Weathering Risk Peace Pillar“-Initiative, werden Klimaaspekte und ihre Auswirkungen auf Konfliktodynamiken und lokale Bevölkerungen zunehmend mit Ansätzen der Friedensförderung verknüpft. Im Rahmen einiger dieser Pilotprojekte wurden Ziele zur Einbindung und Repräsentation von Frauen in den Projektprozessen formuliert, auch wenn dies oft nicht den zentralen Fokus der Projekte selbst darstellt (Anhang 2, A1-A7). Diese Einbindung ist je nach lokalem Kontext und vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen unterschiedlich stark ausgeprägt. Verwandte Themen, wie männliche Rollenbilder und männliche Vulnerabilitäten, spielen dagegen oftmals eine untergeordnete Rolle (ebd.). Darüber hinaus werden in den Projekten verschiedene andere Aspekte berücksichtigt, wie etwa die Repräsentation junger Menschen, von Menschen mit Behinderungen und Menschen aus verschiedenen lokalen Gemeinschaften (ebd.). Diese Aspekte überschneiden, verbinden und verstärken sich gegenseitig, was die Vulnerabilität und die Erfahrungen der Individuen auf komplexe Weise prägt.

Zwar gibt es bereits seit dem Jahr 2000 die mittlerweile gut etablierte und im Mainstream angekommene VN-Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS), diese berücksichtigt aber bislang nicht die Auswirkungen der Klimakrise für den Frieden und die Sicherheit von Frauen und Mädchen. Zentral ist die Sicherstellung der Beteiligung von Frauen und Mädchen an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt sowie die Integration von geschlechts- und umweltübergreifenden Perspektiven in Konflikt-, Sicherheits- und Friedensförderungsprojekte. Frauen und Mädchen spielen bei der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen eine wichtige Rolle, insbesondere in fragilen und konfliktbetroffenen Gemeinschaften (Yoshida et al. 2021). Organisationen, die sich für die Friedenskonsolidierung einsetzen, erkennen zunehmend an, wie wichtig es ist, Genderaspekte zu berücksichtigen, politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung von Frauen zu fördern und ihren Beitrag zum Frieden durch eine integrative Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu stärken. Dieser Ansatz hat zur Durchführung von Pilotprojekten in Ländern wie dem Sudan, Kolumbien und der Region der Großen Seen in Afrika geführt, die darauf abzielen, Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der Frauen bei der Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung zu erproben (UNEP et al. 2013).

3 Lernerfahrungen aus Environmental- Peacebuilding-Projekten

Das komplexe Zusammenspiel von Klimawandel und Sicherheit verlangt kontextspezifische Ansätze, die den sozioökonomischen Bedingungen vor Ort Rechnung tragen. Wenngleich die Klimakrise bereits alle bewohnten Gebiete der Welt betrifft, sind Auswirkungen, Risiken, Anpassungsmaßnahmen und Verwundbarkeiten von Region zu Region unterschiedlich (IPCC 2022). Inwiefern die Folgen des Klimawandels direkt oder indirekt Konfliktdynamiken beeinflussen, hat daher auch einen entscheidenden Einfluss auf mögliche Einstiegspunkte für die Friedensförderung.

Die folgenden Fallbeispiele dienen dazu, diverse Problemstellungen und Lösungsansätze von Environmental Peacebuilding zu verdeutlichen. Anhand eines Querschnitts durch verschiedene Regionen werden sowohl positive als auch negative Erfahrungswerte aufgezeigt.

3.1 EcoPeace und das „Good Water Neighbors“-Projekt

Hintergrund:

Zu den ersten Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Environmental Peacebuilding gehörte EcoPeace, die 1994 im Zuge des arabisch-israelischen Friedensprozesses gegründet wurde, um Umweltschutz und Friedensförderung in der von Konflikten besonders betroffenen Nahost-Region zu verbinden. Mit ihren Aktivitäten bringt EcoPeace israelische, palästinensische und jordanische Akteur*innen zusammen, um ökologische, soziale und politische Probleme gemeinsam anzugehen, die durch Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit verursacht werden. Die Arbeit umfasst verschiedene Ebenen des Engagements, von der Graswurzelbewegung bis zu politischen Verhandlungen auf der Ebene von Regierungen und der Vereinten Nationen.



Staudamm und Stausee im Wadi al-Mujib (bekannt als "Jordaniens Grand Canyon"), Jordanien.

©picture alliance / imageBROKER | Joachim Hiltmann

3.1

EcoPeace und das Good Water Neighbours Projekt

Ort: Israel, Jordanien, palästinensische Gebiete

Akteur*innen: EcoPeace Middle East, politische Akteur*innen, lokale Gemeinden
*Wasserkooperation
Umweltschutz*

3.2

Kleinwasserkraftwerke auf dem Balkan

Ort: Kosovo, Südserbien, Bosnien
Akteur*innen: Westbalkanstaaten, internationale Geber*innen (v.a. Europäische Union)
Klima- & Energieprojekte, Kleinwasserkraftwerke

3.5

Tara Bandu

Ort: Timor-Leste

Akteur*innen: lokale Gemeinschaften, internationale Akteur*innen
lokal-spezifische Praxis (bottom-up)

3.2

3.1

3.6

3.3

3.4

3.5

3.3

Top-Down vs. Bottom-Up in Westafrika

Ort: Mali, Nigeria, Niger

Akteur*innen: lokale Volksgruppen (Bäuer*innen und Hirt*innen), lokale und internationale Friedensinitiativen, djihadistische Gruppen
Weideland, Landwirtschaft, Dürre, Wasserknappheit

3.6

Die Rolle der Frau im Energiesektor

Ort: Afghanistan

Akteur*innen: Afghanische Regierung, internationale Entwicklungsorganisationen, Energieversorgungsinstitutionen, Frauen
Betrachteter Zeitraum: 2001 – August 2021 (bis zur Rückkehr der Taliban)
Energiesektorpartnerschaften

3.4

Camel Caravan

Ort: Kenia, Fluss Ewaso Ng'iro

Akteur*innen: NGOs und lokale Gemeinschaften
Gemeinschaftsinitiativen, Wasserknappheit, Dürre, Weideland

Praxis:

Ein Fokus in der wasserarmen Region liegt in der Zusammenarbeit für gemeinsame Lösungen bei der lebenswichtigen Ressource Wasser, deren geringe Verfügbarkeit und ungleiche Verteilung Konfliktpotenziale birgt, sofern kooperative Lösungen nicht gefunden werden. Hier konnte EcoPeace Middle East wichtige Impulse für eine gerechte und nachhaltige Wassernutzung leisten, die zur Konfliktminderung und Friedensbildung beitragen. Hierzu gehört das „Good Water Neighbors“-Projekt (GWN), das 2001 initiiert wurde, um das Bewusstsein für die gemeinsame Wasserversorgung in den Gebieten Jordaniens, Palästinas und Israels zu schärfen und den politischen Willen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Gemeinden in den Bereichen Wasser und Abwasserentsorgung zu stärken (EcoPeace 2012). Unabhängig von politischen Grenzen fördert GWN das Verständnis und das Vertrauen zwischen benachbarten Gemeinden, etwa durch gemeinsame Müllsammelaktionen, Umweltbildungsworkshops und Infrastrukturprojekte. Der Schwerpunkt liegt auf lokalen Maßnahmen wie Umwelterziehung mit jungen Menschen, Entwicklungshilfe für Gemeinden sowie koordinierter Einrichtung von Infrastruktur und Schutzgebieten.

Zugleich versucht EcoPeace, umweltfreundliche Politik zu ermutigen und durch öffentliche Aufklärung ein Umfeld zu schaffen, das den Dialog zwischen politischen Akteur*innen erleichtert, Spannungen abbaut und grenzüberschreitende Abkommen unterstützt. Persönliche Treffen dienen als Brücke, helfen Barrieren für eine gemeinsame Wasserbewirtschaftung zu überwinden und schaffen Vertrauen zwischen Bevölkerungsgruppen, die sich im Konflikt befinden. Erfolgsfaktoren sind professionelle Beziehungen zwischen lokalen Projektbeteiligten in kommunalen Strukturen und Gemeinden, Investitionen zur Lösung der Herausforderungen in der Wasserkooperation und die Verknüpfung ökologischer und wirtschaftlicher Interessen, von der Landwirtschaft bis zum Tourismus.

Der von EcoPeace 2020 vorgestellte Green Blue Deal für den Nahen Osten schlägt Maßnahmen in vier Schlüsselbereichen vor, durch welche die Risiken des Klimawandels eingedämmt und die Chancen in seiner Bewältigung durch Kooperation vervielfacht werden (Bromberg et al. 2020). Dazu sollen Synergien im Wasser-Energie-Nexus genutzt werden:

- Grenzübergreifende Zusammenarbeit zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit und Sicherheit hinsichtlich Wasser und erneuerbaren Energien,
- Fortschritte bei der Umverteilung natürlicher Wasserressourcen und Wasserbewirtschaftung zwischen den Gebieten Israels und Palästinas,
- Sanierung des Jordans und seiner einst reichen biologischen Vielfalt durch Investitionen in klimagerechte Initiativen in der gesamten Region und die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen,
- Förderung des öffentlichen Bewusstseins und von Bildungsprogrammen – insbesondere für Jugendliche – zur Resilienzdiplomatie in den Bereichen Wasser und Klima als Mittel zur Konfliktlösung und Friedensbildung.

Lernerfahrungen:

Trotz einiger Erfolge bei der Bewältigung akuter Umweltsicherheitsprobleme und der Stärkung der Resilienz der kooperierenden Gemeinden bewegen sich zivilgesellschaftliche Initiativen wie EcoPeace innerhalb der politischen Machtverhältnisse und Besatzungsstrukturen, die für Konflikte und wasserbezogene Probleme in palästinensischen Gebieten verantwortlich sind (Reynolds 2016; Aggestam & Sundell-Eklund 2014; Schilling et al. 2017). Top-down- und Bottom-up-Ansätze klaffen auseinander

und sind eher auf technokratische Problemlösungen zur Verbesserung der regionalen Wassersituation beschränkt. Angesichts des eskalierenden Konflikts, mit zahlreichen Todesopfern und auch schwerwiegenden Folgen für die Umwelt, geraten Aktivitäten für Environmental Peacebuilding weiter unter Druck. Die langfristige Umweltkooperation zur Bewältigung gemeinsamer Probleme für Spannungsabbau und Friedensbildung ist weiterhin dringend notwendig. EcoPeace hat das Potenzial, über die Region hinweg Ausstrahlungskraft zu entfalten und als Inspiration für andere zu dienen. Dies zeigt sich auch an Engagements bei den Vereinten Nationen und an der Nominierung von EcoPeace Middle East für den Friedensnobelpreis (EcoPeace 2024). So bleibt die Überzeugung hoch, dass Frieden und Nachhaltigkeit zusammengehören und Synergien für die Bewältigung der drängendsten Probleme entfalten können.

3.2 Konfliktprävention in Umweltprojekte integrieren: Lernerfahrungen aus der Förderung von Kleinwasserkraftwerken auf dem Balkan

Hintergrund:

Auf dem Balkan in Südosteuropa, zwischen Slowenien und Griechenland, schlägt das blaue Herz Europas. Hier verlaufen die letzten wilden Flüsse Europas mit einer enormen Dichte und Einzigartigkeit an Biodiversität (Schneider-Jacoby et al. 2010). Die Region, die aufgrund ihrer geografischen Lage westlich der Balkanbergkette bis zur Adria auch als „Westbalkan“ bezeichnet wird, hat besondere politische Bedeutung für Deutschland und Europa. Fünf der sechs Westbalkanstaaten sind EU-Beitrittskandidaten, drei von ihnen sind NATO-Mitglieder. Darüber hinaus hat die Region durch die jugoslawischen Zerfallskriege der 1990er-Jahre eine junge, europäische Konfliktgeschichte, deren Ursachen noch nicht gänzlich gelöst sind und die die EU durch Integration zu befrieden versucht. Russland, China und die Türkei nehmen ebenfalls verstärkt Einfluss auf die Region und versuchen diesen teilweise durch Verschärfung der ethnischen und politischen Spannungen zu maximieren. Die Region gewinnt Wärme und Elektrizität vornehmlich aus der Verbrennung von Braunkohle und Gas. Energiearmut ist weit verbreitet (Energy Community Secretariat 2020), sodass sich die Frage nach einer sozial verträglichen Energiewende stellt. Momentan bedrohen ca. 3200 Kleinwasserkraftwerke (Kapazität unter 10 MW) in ökologisch sensiblen Gebieten sowohl den natürlichen Reichtum als auch den sozialen Frieden in der Region. Die Notwendigkeit einer Energiewende, lokale Korruptionsstrukturen und europäische Vergabepaxis greifen hier ungut ineinander (mehr Daten siehe Schwarz & Vienna 2022).

Praxis:

Zahlreiche Kleinwasserkraftwerke wurden seit den 2010er-Jahren gebaut, nachdem alle sechs Westbalkanstaaten Einspeisevergütungen für Erneuerbare-Energie-Projekte gestartet hatten. Dies war von der Europäischen Union und Energiegemeinschaft analog zu entsprechenden Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten gefordert worden. Die Finanzierung der Kleinwasserkraftwerke erfolgte oft aus Mitteln des Instrument for Pre-accession Assistance (IPA) sowie dem EU-Wiederaufbaufonds, die im Nachgang der Covid-19-Pandemie bereitgestellt wurden. Schwache Governance-Strukturen ließen jedoch Korruption und Veruntreuung öffentlicher Mittel entstehen. So entstanden tausende Projekte meist von unerfahrenen, lokalen Entwickler*innen, vereinzelt auch durch europäische Firmen (siehe z. B. Kelag in Kosovo).

Als Reaktion auf die teilweise irreversible Verwüstung lokaler Ökosysteme bei geringer Energiegewinnung durch die Kleinwasserkraftwerke, bildeten sich – oft auch über Ländergrenzen hinweg – Bürgerinitiativen, die tausende Menschen mobilisierten (The Nature Conservancy 2023). Von einer Peacebuilding-Perspektive aus gedacht, haben also nicht etwa die Kleinwasserkraftwerke zur dringend benötigten Befriedung und Aussöhnung zwischen den Volksgruppen auf dem Balkan beigetragen, sondern vielmehr der Widerstand dagegen. Das bekannteste Beispiel kommt aus Štrpce im Südkosovo (BBC 2019).

Konfliktprävention bei Kelag-Kleinwasserkraftwerken im Kosovo

Unternehmen:

Die **Kelag** (Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) ist ein österreichisches Energieunternehmen, das im Kosovo über die Tochterfirma **KelKos** registriert ist.

Projekte:

Wasserkraftwerke Belaja, Deçani, Lumbardhi 2 im Nationalpark Bjeshkët e Nemuna

Finanzierung:

Kelag, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)

Umweltauflagen:

EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeit (z. B. Wasserökosysteme, Biodiversität)

Konflikte:

Umweltschäden, fehlende Umweltgutachten, Proteste

Gerichtsurteil:

Der Oberste Gerichtshof ordnete 2021 die Schließung an.

SLAPP-Fälle:

Die Kelag zog umstrittene Klagen gegen Umweltaktivist*innen (Strategic Lawsuits against Public Participation, SLAPP) zurück.

Folgen:

Stilllegung, anhaltende Proteste (Save the Blue Heart of Europe 2020; Spasić 2021).

Lernerfahrungen:

Eine Lehre, die man daraus ziehen sollte, ist, dass von internationalen Gebern finanzierte Klima- und Energieprojekte auf dem Balkan, stets im regionalen Rahmen geplant und umgesetzt werden sollten. Ankerpunkte wären etwa der Berlin Prozess oder Vorhaben der Energiegemeinschaft. Der Berlin Prozess ist ein von der deutschen Bundesregierung initiiertes Prozess, der über den EU-Beitrittsprozess hinaus ein Zusammenwachsen anhand bestimmter Themen (z. B. Handel, Visa, Energie) und Projekte der Westbalkanregion zum Ziel hat. Die Energiegemeinschaft mit Sitz in Wien assistiert den EU-Beitrittskandidaten bei der Transposition des EU-Aquis im Bereich Energiepolitik.



Stausee Peruako Jezero, Tara-Nationalpark, Rastite, Serbien.
©picture alliance / imageBROKER | Sascha Selli-Grabowski

In deutschen Förderrichtlinien sollten daher enge Kriterien zur Finanzierung von kleinen Wasserkraftwerken mit deutschem Steuergeld angelegt werden. Vor allem in Bezug auf die Einhaltung der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), Beihilfenvorschriften und soziale Verantwortung der Projekte. Dies bezieht sich sowohl auf direkt geförderte Projekte durch bspw. die KfW/GIZ als auch Projekte der Weltbank, der EU oder von EBRD/EIB. Handlungsweisend sollten dabei die Leitlinien des Sekretariats der Energiegemeinschaft zur Förderung von kleinen Wasserkraftwerken sein (Energy Community Secretariat 2020). Ein positiver Beitrag zur leistbaren Energieversorgung bei Instandhaltung der natürlichen Gegebenheiten, auf die etwa Landwirte angewiesen sind, wirkt langfristig konfliktpräventiv. Dies gilt besonders für die südosteuropäische Region, wo viele Haushalte überproportional hohe Anteile ihres Einkommens für Strom und Heizkosten aufwenden müssen.

Schließlich sollten die Lernerfahrungen aus den Herausforderungen um die Kleinwasserkraftwerke in die aktuelle Debatte um den Lithiumabbau in Westserbien einfließen (Šterić 2023). Dieser geschieht vor dem Hintergrund, kritische Rohstoffe für die Energiewende in der EU möglichst regional zu beschaffen, um Abhängigkeiten von Staaten wie China und Russland zu reduzieren (EU Critical Raw Materials Act, Europäische Kommission 2023). Die Bundesregierung sollte in ihrem Vorgehen eine Verschärfung der politischen Polarisierung vor Ort und eine indirekte Stärkung des autokratischen Präsidenten Vučić durch das Projekt vermeiden. Wie bei anderen Bergbauprojekten mit Auslandsinvestitionen würden Vučić und sein Umfeld durch fehlende Compliance-Mechanismen ökonomisch profitieren; die EU würde sich in einem strategischen Bereich von einer russlandfreundlichen Regierung in Europa abhängig machen. Dem kann im konkreten Fall nur durch eine strikte Minimierung von Umweltfolgekosten des Lithiumabbaus, durch Monitoring- und Compliance-Mechanismen, die Sicherstellung von lokaler Wertschöpfung und einen partizipativen Prozess vor Ort vorgebeugt werden. Die Bundesregierung kann über den hohen politischen Einsatz (siehe Besuch von BK Scholz in Belgrad im Juli 2024), die EU-Kommission sowie deutsche Unternehmen und Vorfeldorganisationen Einfluss geltend machen.

3.3 Top-down vs. Bottom-up in Westafrika

Hintergrund:

Die Sahelregion Westafrikas gehört heute zu den konfliktintensivsten der Welt. Die letzten Jahre waren geprägt von Militärputschen und einer Intensivierung dschihadistischer Aktivitäten. Seit 2020 haben sich in Mali, Burkina Faso und Niger Militärs an die Macht geputscht, die internationale Friedensmissionen (wie MINUSMA) und die Kooperation mit westlichen Staaten generell kritisch sehen. Deutschland hat sich an der Seite Frankreichs in verschiedenen UN- und EU-Missionen militärisch und mit zivilen, entwicklungspolitischen Projekten engagiert (für die Länderbeispiele Mali und Niger siehe Schnabel & Witt 2022). Deutsche Interessen waren dabei vor allem auf Kooperationen im Bereich Migration, natürliche Ressourcen und Sicherheit konzentriert. Das bisherige Engagement Deutschlands steht infolge der Militärputsche auf dem Prüfstand.

Die heutigen Konflikt dynamiken sind verwurzelt in der historischen Marginalisierung von nomadisch lebenden Gemeinschaften wie der Touareg und Fulani, die von der Kolonialzeit bis heute andauert (Brachet & Scheele 2019; International Crisis Group 2017; Magrin & de Montclos 2018). Nomadische Hirt*innen, wie die Volksgruppe der Fulani, erfahren oft Diskriminierung und sind in öffentlichen Ämtern weniger repräsentiert als sesshafte Bevölkerungen. In den letzten Jahren ist eine gefährliche Weiterentwicklung des Hirten-Bauern-Konflikts hin zu kommerziell orientiertem Banditentum im Nordwesten Nigerias zu beobachten. Bewaffnete Gruppen überfallen Dörfer, kidnappen Menschen und stehlen Vieh, um sich eine ökonomische Basis zu schaffen und politischen Einfluss zu gewinnen. In vielen Teilen der Region sind die lokalen staatlichen Strukturen zusammengebrochen oder waren nie präsent (Nathan 2023; Anhang 2, C1). Mediation zwischen Gemeinschaften sieht sich mit großen Herausforderungen konfrontiert, das Vertrauen vielerorts erodiert. Aktive Friedensinitiativen in Nigeria umfassen beispielsweise die Middle-Belt-Initiative und die Jireh Doo Foundation (Climate Diplomacy o. D.; Jireh Doo Foundation o. D.). Zuletzt gewann der Goldabbau als Einkommensquelle für dschihadistische Gruppen an Relevanz, was wiederum mit Umweltschäden einhergeht.

Das gewonnene Gold wird im Nachgang meist über den Umschlagplatz Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gewaschen, was die Notwendigkeit unterstreicht, einen umfassenden Ansatz anzuwenden und Außenpolitik vernetzt zu denken (Osasona 2023). Dies würde im konkreten Fall heißen, die Problematik im Rahmen der G7 Financial Action Task Force (FATF) mitzudenken und mit den VAE anzusprechen.

Klimafolgen, wie extreme Dürren, wirken konfliktverschärfend, da sie Lebensgrundlagen zunichtemachen (ICRC o. D.). Ein konkretes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung zwischen Bäuer*innen und Hirt*innen, die sowohl im Norden Nigerias wie auch Malis zu Fragilität und bewaffnetem Konflikt beiträgt. Dabei spielt die Transhumanz – die saisonale Wanderung von Hirt*innen auf der Suche nach Weideland und Wasser – eine zentrale Rolle. So zwingt beispielsweise die Austrocknung der Wasserquellen des Tschadsees Hirt*innen aus dem Norden Nigerias weiter nach Süden zu migrieren und verschärft somit den Konflikt um Land und Ressourcen mit der bäuerlichen Bevölkerung dort. Kriminelle, dschihadistische Gruppierungen profitieren oft von dieser Destabilisierung. Aus der Fallstudie der „Weathering Risk“-Initiative zu Mali (Nagarajan et al. 2022) geht hervor, dass die Erzählungen über klimabedingte Unsicherheit in Mali oft auf das Problem von Gewalt zwischen Bäuer*innen und Hirt*innen reduziert wird. Die Realität ist jedoch weitaus komplexer. Die Menschen haben sich historisch immer an Veränderungen in ihrer Umwelt angepasst, aber das Tempo des aktuellen Wandels in Verbindung mit anhaltender Gewalt macht eine effektive Anpassung für viele Gemeinschaften nahezu unmöglich.



Hirten mit Ziegenherde beim Übersetzen mit Pirogen über den Niger bei Mopti, Mali.

©picture-alliance / Herve Champollion / akg-images | / akg-images

Staat und andere Behörden behindern die Anpassung oft weiter durch Korruption und rentenorientierte Politik. Infolgedessen steigen die Spannungen um natürliche Ressourcen, und bestehende Ungleichheiten werden aufgrund der durch Klimawandel und Konflikte geschaffenen Belastungen weiter verschärft.

Praxis:

In der Sahelzone gibt es jedoch jahrhundertealte Traditionen, Konflikte zu lösen. Die Koexistenz und das Verhältnis verschiedener Gemeinschaften sollte somit nicht a priori als durch Gewalt geprägt wahrgenommen werden (Amnesty International 2018). Eine dem Environmental-Peacebuilding-Ansatz entsprechende Praxis ist die Wiederaufforstungstechnik „Farmer-managed Natural Regeneration“ (FMNR), die im Rahmen der „Green Wall of Africa“ Erfolge vorzuweisen hat. Die GIZ in Nigeria etwa unterstützt das Büro für Strategische Vorbereitung und Resilienz (OSPRES), eine konfliktpräventive Einrichtung der G5-Staaten im Rahmen der ECOWAS, welche regionalen Akteur*innen die Umsetzung von Resilienzmaßnahmen ermöglicht. Dabei werden etwa lokale Strukturen wie Bürgerämter und Community Centers im Norden Nigerias wieder aufgebaut. Weitere Kooperationen im Rahmen der G5 und ECOWAS müssen aber im Lichte der aktuellen politischen Entwicklungen evaluiert werden.

Lernerfahrungen:

Konfliktursachen sind in der Sahelregion Westafrikas stark mit vielschichtigen Gründen ökonomischer, politischer und sozialer Unsicherheit verwoben. Somit bietet sich das Konzept der menschlichen Sicherheit, wie in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, dem Strategischen Konzept der NATO 2022 oder in dem Strategischen Kompass 2030 der EU verankert, als analytischer Rahmen in der Konfliktbearbeitung an. Die deutsche und europäische Außenpolitik gegenüber der Sahelregion sollte in ihrer Fortentwicklung menschliche Sicherheit in den Fokus ihrer Aktivitäten nehmen. Dadurch könnten – ausgehend vom Individuum mit seinen Bedürfnissen, Ängsten und Nöten – gesamtgesellschaftliche Herausforderungen besser verstanden und adressiert werden. Dies trifft auch auf die Migrationsproblematik zu, die wie eingangs erwähnt oft handlungsleitend für die deutsche Sahelpolitik war. Nach der Aufkündigung des Migrationsabkommens im Niger beispielsweise könnten Environmental-Peacebuilding-Ansätze ein neues Angebot darstellen.

Zusammenfassend kann man gegenwärtig in der Suche nach Lösungsstrategien zwei Herangehensweisen beobachten: Eine, die die Viehwirtschaft und die Hirt*innen im Allgemeinen letztendlich als eine Gruppe ansieht, die Integration und Transformation benötigt, und eine, die die Viehwirtschaft als den Schlüssel zur Anpassung an den Klimawandel in den trockenen Gebieten Afrikas betrachtet. Letztere würde darauf abzielen, die Lebensgrundlagen der Hirtengemeinschaften zu stärken und zu schützen, während ersterer letztendlich versuchen würde, sie zu befrieden und zu verändern.

Eine konfliktpräventive und -lösende Politik sollte klimasensibler werden und umfassende, integrierte Antworten geben, wie es auch in der ersten deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie vorgesehen ist. So schlägt beispielsweise die nigerianische NGO „Surge Africa“ vor, den Zusammenhang zwischen Klima, Umwelt und Frieden in Sicherheitsinterventionen zu integrieren, um sozioökonomische und entwicklungsbedingte Ursachen bewaffneter Konflikte zu adressieren. Der Fokus sollte dabei auf der Renaturierung von Land, nachhaltiger Landwirtschaft und dem Management von Umweltressourcen liegen. Allerdings müssen auch strukturelle Ursachen, wie schwache Regierungsführung, mangelhafte Politikumsetzung sowie fehlende legale Rahmenbedingungen, mitgedacht werden (Surge Africa Organisation 2023).

Während die internationale Aufmerksamkeit tendenziell auf politische und sicherheitsrelevante Entwicklungen nach dem Militärputsch in Mali im August 2020 gerichtet war, sollte die internationale Gemeinschaft einen umfassenden Bottom-up-Ansatz für Sicherheits- und Governance-Herausforderungen in der Region verfolgen. Dies erfordert eine bessere Informationsweitergabe zur Unterstützung konfliktsensibler Klimaanpassung, eine inklusivere Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und Unterstützung für klimasmarte, konfliktsensible landwirtschaftliche Praktiken. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit relevanten Lokalperspektiven sollten in diesen Bereichen durch langfristige Finanzierung gestärkt werden. Ein neuer Finanzierungsstrang für Environmental Peacebuilding könnte hierfür einen Rahmen bilden. Wo Sicherheitskräfte in UN- und anderen internationalen Missionen eingesetzt werden, sollten sie Bevölkerungen helfen können, sich nachhaltig an den Klimawandel anzupassen, insbesondere jenen, die bereits sozial ausgegrenzt sind.

3.4 Konflikttransformation durch Dialog: die Camel Caravan in Kenia (Ziviler Friedensdienst)

Hintergrund:

Die Auswirkungen des Klimawandels in Kenia sind durch unzuverlässige Regenzeiten und eine der längsten Dürren seit Jahren stark spürbar. Besonders im Norden führt die Konkurrenz um natürliche Ressourcen wie Wasser und Weideland verstärkt zu Konflikten. Aufgrund der Dürre verschlechtern sich die Weidebedingungen für die Pastoralist*innen dramatisch. Weideland und Oberflächenwasser sind rar und Brunnen versiegen. Dies führt zu einer erhöhten Sterblichkeitsrate des Viehbestandes und in der Folge zur Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlagen, zu Ernährungsunsicherheit, Unterernährung, sozialer Ausgrenzung und Konflikten zwischen und innerhalb von Gruppen.

Praxis:

Im Norden Kenias organisieren die NGOs Indigenous Movement for Peace Advancement and Conflict Transformation, Regional Pastoralists Peace Link und Children Peace Initiative Kenya als Ergebnis einer partizipativen Konfliktanalyse jedes Jahr das Advocacy Event und die sogenannte Camel Caravan entlang des Flusses Ewaso Ng'iro. In der Vergangenheit konkurrierten die Anrainer*innen häufig um die Wassernutzung, was zu zahlreichen, oft gewaltvollen Konflikten führte. Während der Karawane besuchen verschiedene Interessengruppen Siedlungen entlang des Flusses und kommen miteinander ins Gespräch. Es handelt sich um Vertreter*innen von verschiedenen Communities, die im Einzugsgebiet des Ewaso Ng'iro leben, sowie Vertreter*innen von lokalen Wasserkomitees (WRUA: Water Resource User Associations), dabei auch Frauen aus den Komitees. Der Dialog hat Erfolg: Viele illegale Wasserleitungen wurden abgestellt, weniger Uferwälder abgeholzt und weniger Sand dem Flusslauf entnommen. Ein neues kommunales Forum ermöglicht Gemeinschaftsinitiativen wie das Pflanzen von Bäumen in Quellgebieten. Gemeinsam haben staatliche Stellen und Zivilgesellschaft den Lake-Managementplan ins Leben gerufen, der die Feuchtgebietsressourcen durch einen Multi-Stakeholder-Ansatz schützen und verwalten soll.

Den Empfehlungen der Camel Caravan der vergangenen Jahre folgend, hat die Regierung des Samburu County eine Richtlinie zum Sandabbau eingeführt, die die



Ein Mann trägt den Sand, den er mit einer Schaufel vom Grund des Viktoriasees holt, zu einem Boot beim Dorf Nyamware in Kisumu, Kenia.

©picture alliance / AA | Gerald Anderson

Aktivitäten informeller Sandhändler*innen regelt und Zusammenstöße zwischen Gemeinschaften am Ufer des Flusses Ewaso Ng'iro reduziert hat. Isiolo County ist dabei, eine ähnliche Richtlinie zu formulieren, um Gefährdungen entlang der Wasserläufe durch Sandabbau und Verschmutzung zu begegnen. All dies wurde durch planvolles Engagement der Organisator*innen der Camel Caravan ermöglicht. Die Camel Caravan hat das gegenseitige Verständnis zwischen Gemeinschaften am Ober- und Unterlauf des Flusssystemes gefördert und so weitere gewaltsame Konflikte verringert.

Lernerfahrungen:

Dieses Beispiel zeigt, dass es sich lohnt, Umwelt- und Klimaschutz mit Friedensförderung zu verbinden. Wenn dies gelingt, entwickeln sich doppelt positive Wirkungen: in Richtung der notwendigen ökologischen und wirtschaftlichen Transformation und in Richtung eines gerechten und nachhaltigen Friedens. Die meisten der vom Klimawandel besonders betroffenen Länder sind gleichzeitig fragil und von Gewaltkonflikten erschüttert. Für die auf Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 ausgerichtete Klima- wie auch Entwicklungspolitik ist es notwendig, Konfliktursachen zu adressieren und auf Widerstandsfähigkeit gegen klimainduzierte Effekte für die lokal Betroffenen und Beteiligten, sowie auf eine auf den Abbau von Ungleichheiten fußende Transformation hinzuarbeiten.

3.5 Tara Bandu – ökologische Friedensförderung in Timor-Leste

Es gibt nur wenige wissenschaftlich belegte Beispiele für erfolgreiche Bottom-up-Praktiken im Bereich des Environmental Peacebuilding (Johnson et al. 2021). Wissenschaftliche Analysen sind jedoch wichtig, um ein ausgewogeneres Bild über die ökologische Friedensförderung zu erhalten und Handlungsempfehlungen abzuleiten, die nachhaltig Frieden schaffen. Vor diesem Hintergrund stellen wir hier eine Bottom-up-Praxis der ökologischen Friedensförderung vor: Tara Bandu aus Timor-Leste (Ide et al. 2021b; Sändig et al. 2024).

Hintergrund:

Nach fast 500 Jahren als portugiesische Kolonie, japanischer Besatzung während des Zweiten Weltkriegs und einer indonesischen Okkupation zwischen 1975 und 1999 wurde Timor-Leste im Jahr 2002 unabhängig. Um einen reibungslosen Übergang in die Unabhängigkeit zu ermöglichen und eine timoresische Regierung einzusetzen wurde 1999 die sogenannte UN Transitional Administration in East Timor gegründet, die bis dahin umfangreichste Mission zur Friedenskonsolidierung der Geschichte. Nach dem Abzug der UN-Mission im Jahr 2006 eskalierten die nach wie vor bestehenden Spannungen jedoch so sehr, dass das Land am Rande eines Bürgerkriegs stand. Die UN-Administration kehrte zurück und blieb weitere sechs Jahre. Seitdem ist es in Timor-Leste nicht mehr zu einem Rückfall in die Gewalt gekommen und 2017 wurden die ersten nationalen Wahlen ohne UN-Präsenz abgehalten (Fitzpatrick 2002; Ide et al. 2021b; Krampe & Gignoux 2018).

Praxis:

Seit der Unabhängigkeit hat die Bevölkerung von Timor-Leste viele traditionelle Praktiken wie Tara Bandu, die während der indonesischen Besatzung unterdrückt worden waren, wieder eingeführt. Tara Bandu ist eine geografisch weit verbreitet, aber sehr lokalspezifische Praxis (z. B. in Dörfern oder Unterdörfern). Zentrales Element von Tara Bandu sind öffentliche Zeremonien, die von lokalen Würdenträgern wie beispielsweise Dorfvorstehern geleitet werden. Dort werden soziale und ökologische Normen definiert und schädliche Praktiken identifiziert, die dann durch einen heiligen Schwur verboten werden. Ziel ist es, die sozialen und ökologischen Beziehungen zu regeln, Konflikte zu vermeiden und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen zu verwalten. Tara-Bandu-Zeremonien finden in verschiedenen Kontexten statt. Häufig spielen Umweltfaktoren eine Rolle, wie der Schutz von Wasserressourcen oder Wäldern oder die Förderung einer verantwortungsvollen Viehhaltung, um Ernteschäden durch frei umherstreifende Tiere zu vermeiden. Tara Bandu kann aber auch dazu dienen Gewalt, inklusive sexueller und häuslicher Gewalt, zu unterbinden und zu verbieten. Die Forschung zeigt, dass weibliche Opfer in Timor-Leste zwar Möglichkeiten im Rahmen des staatlichen Rechts haben, viele jedoch das Tara-Bandu-System bevorzugen, was ihre Rolle im traditionellen Rechtssystem unterstreicht (Costa et al. 2017). Dennoch fehlt es Frauen oft an einer starken Position innerhalb des Tara Bandu, bedingt durch soziokulturelle und patriarchale Strukturen. Das System wird allerdings vom staatlichen Recht nicht offiziell als alternative Justizform zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen anerkannt (ebd.). Personen, die gegen die kommunalen Tara-Bandu-Normen und -Verbote verstoßen, müssen mit materiellen Strafen rechnen. Zudem wird in dem damit verbundenen Glaubenssystem auch von möglichen übernatürlichen Strafen, wie Krankheit und Tod, ausgegangen. Forschungen legen nahe, dass die kommunalen Sanktionen sowie die Verankerung im Glaubenssystem

zu einer viel höheren Einhaltung der Vorschriften führen als die Verhängung formeller Gesetze, insbesondere weil die Bedingungen gemeinsam erarbeitet und verabschiedet wurden (Ide et al. 2021b; McWilliam et al. 2020; Palmer & McWilliam, 2019).

Als Postkonfliktland ist Timor-Leste mit erheblichen politischen und sozioökonomischen Problemen konfrontiert, darunter die Zerstörung des landwirtschaftlichen Kapitals, Landstreitigkeiten und Gewalt auf kommunaler Ebene. Diese Herausforderungen erforderten eine Antwort, die der neue Staat nicht in ausreichendem Maße geben konnte, was die lokalen Würdenträger dazu veranlasste, die Tara Bandu wieder einzuführen. Mit Erfolg, wie Feldforschungen in den Dörfern der Gemeinde Baucau nahelegen. Dort hat Tara Bandu beispielsweise dazu beigetragen, Landstreitigkeiten und Konflikte innerhalb von Familien und Gemeinschaften zu lösen, die durch Zwangsumsiedlung während der indonesischen Besatzung entstanden sind. Insgesamt wird Tara Bandu als ein erfolgreiches Instrument angesehen, das sowohl den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärkt als auch Streitigkeiten über natürliche Ressourcen, einschließlich Land, löst; sie findet auch Unterstützung vom Staat (Ide et al. 2021b).

Lernerfahrungen:

In Kontexten, in denen Ressourcen begrenzt sind, könnte eine internationale Unterstützung vergleichbarer Praktiken relevant sein und auch einen möglichen Ansatzpunkt für die deutsche internationale Zusammenarbeit bieten. Hybride Formate, bei denen sich internationale Unterstützung mit lokalen Traditionen vermischt, sind jedoch auch mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Zwar können religiöse Amtsträger effektive Multiplikatoren zur Sensibilisierung für Themen wie Umweltschutz sein, jedoch kann die Furcht vor übernatürlicher Vergeltung auch instrumentalisiert und somit Religiosität missbraucht werden. Vor allem haben externe Akteur*innen nur begrenzte Kapazitäten, um lokale Komplexitäten zu verstehen, und stark lokalisierte Praktiken wie Tara Bandu bleiben für sie schwer fassbare Phänomene. Dies war auch in Timor-Leste der Fall, was dazu führte, dass solche hybriden Tara-Bandu-Praktiken bestenfalls vorübergehend wirksam waren. Um die hybride ökologische Friedensförderung erfolgreicher zu machen, bedarf es eines besseren Verständnisses der lokalen gesellschaftlichen Dynamik sowie einer flexibleren und nuancierteren Sichtweise auf lokale Traditionen und Gegebenheiten (Ide et al. 2021b; Scambary & Wassel 2018).

3.6 Internationale Bemühungen um die Stärkung der Rolle der Frauen im Energiesektor Afghanistans

Hintergrund:

Seitdem Daten erhoben werden, schneidet Afghanistan im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter schlecht ab (siehe z. B. Gender Inequality Index, UNDP (o. D.)). Mit der Rückkehr der Taliban im August 2021 hat sich die Situation für Frauen drastisch verschlechtert, da sie systematisch diskriminiert und sie in ihren Grundrechten und -freiheiten verletzt werden (Qazi Zada & Qazi Zada 2024). Allerdings gab es in der Vergangenheit, beispielsweise zwischen 2001 und 2021, Bemühungen, die Situation zu verbessern, sodass Frauen in verschiedenen Bereichen eine aktivere Rolle spielen konnten. Zwischen dem Sturz des ersten Taliban-Regimes im Jahr 2001 und der erneuten Übernahme des Landes durch die Taliban im Jahr 2021 gelangten beträchtliche finanzielle Mittel und zahlreiche internationale

Entwicklungsorganisationen nach Afghanistan, um den Wiederaufbau des Landes, einschließlich des Energiesektors, zu unterstützen. In diesem Zeitraum haben die afghanische Regierung und internationale Entwicklungsorganisationen, trotz anhaltender Aufstände und Drohungen gegen Infrastrukturprojekte, verschiedene Dimensionen der Entwicklung des Energiesystems vorangetrieben. Im Folgenden werden einige dieser Bemühungen zur Stärkung der Rolle von Frauen im Energiesektor Afghanistans näher beschrieben, insbesondere die Schaffung eines Netzwerks.

Praxis:

Obwohl die umwelt- und energiebezogenen Projekte in Afghanistan nicht unter dem Label des Environmental Peacebuilding geführt wurden, so gab es doch verschiedene praktische Verbindungen. In Bezug auf die institutionellen und organisatorischen Veränderungen im Energiesektor hat Afghanistan trotz aller Herausforderungen erhebliche Fortschritte erzielt.

Internationale Entwicklungsorganisationen förderten aktiv die Gleichstellung der Geschlechter durch Politikberatung und Projektumsetzung. Studien zeigen, dass internationale Entwicklungsorganisationen aktiv versucht haben, die Einstellung, den Aufbau von Kapazitäten und den Beitrag von Frauen zu fördern (Fahimi et al. 2024). Die Bemühungen reichten vom Eintreten für Geschlechterquoten in der Gesetzgebung bis hin zur Sicherstellung der Vertretung von Frauen in kommunalen Entwicklungsprojekten (Beath et al. 2015; Bush 2011). Unmittelbar nach dem Sturz des ersten Taliban-Regimes unterstützte die internationale Gemeinschaft die Einrichtung eines Frauenministeriums. Daraufhin ratifizierte Afghanistan mehrere internationale Menschenrechts- und



Eine afghanische Frau formt während der Evakuierung von Zivilisten am Hamid Karzai International Airport im Rahmen der Operation "Allies Refuge" am 20. August 2021 in Kabul, Afghanistan, das Friedenszeichen.

©picture alliance / ZUMAPRESS.com | 1lt. Mark Andries/U.S. Marine

Frauenrechtsdokumente. Im Energiesektor wie auch in anderen Sektoren wurden von Entwicklungsorganisationen konkrete Maßnahmen ergriffen, um die Beteiligung von Frauen zu fördern und zu unterstützen. So wurde beispielsweise in einigen Fällen von den lokalen Partnern, die mit internationalen Gebern zusammenarbeiten oder deren Projekte durchführen, verlangt, dass ein bestimmter Prozentsatz ihres Arbeitsteams aus Frauen besteht. Darüber hinaus wurden Programme zum Aufbau von Kapazitäten, Vernetzungsreisen in benachbarte und regionale Länder sowie Bildungsworkshops ausschließlich für Frauen organisiert. Die Weltbank half beispielsweise bei der Gründung von WePOWER, einem Netzwerk von Frauen im Energiesektor in Südasien, und unterstützte den afghanischen Energieversorger DABS dabei, ein institutioneller Partner zu werden (World Bank 2018). Im Rahmen dieser Zusammenarbeit verpflichtete sich DABS 2021, 50 Praktikantinnen auszubilden, 100 Frauen zu beschäftigen – darunter 15 Hochschulabsolventinnen, in zwei Provinzen Kindergärten einzurichten, in allen 34 Provinzen separate Gebetsräume und Toiletten für Frauen einzurichten sowie die Regelung (Policy) des dreimonatigen Mutterschaftsurlaubs und der flexiblen Arbeitszeiten für Mitarbeiterinnen fortzusetzen. Das WePOWER-Netzwerk ermöglichte eine breitere Zusammenarbeit und den Aufbau von Kapazitäten für Frauen im Energiesektor. Im Jahr 2019 hat der Energieversorger auch eine Genderabteilung innerhalb seiner Strukturen eingerichtet. Die Weitergabe solcher Normen durch transnationale Akteur*innen, die das Empowerment der Menschen und die Stärkung der Zivilgesellschaft unterstützen, hat positive Auswirkungen auf den Frieden in Postkonfliktkontexten (Krampe et al. 2021).

Lernerfahrungen:

Die rasche Übernahme Afghanistans durch die Taliban und der Rückzug der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der meisten Entwicklungsorganisationen, im August 2021 führten zu einer Umkehrung vieler der seit 2001 erzielten Fortschritte. Die Tatsache, dass einige Strategien und Projekte nicht auf den afghanischen Kontext zugeschnitten und angepasst waren, beschleunigte ihren Zusammenbruch (Hassan 2023; SIGAR 2021). Einige Projekte wurden jedoch nicht nur fortgeführt, sondern auch von den Zielgemeinden übernommen. Bei denjenigen, die weitergeführt wurden, waren die lokalen Gemeinschaften in die Planungs-, Durchführungs- und Überwachungsphasen eingebunden (Strand et al. 2022). Ein solches Projekt war das National Solidarity Programme (NSP), ein von den Gemeinden getragenes Programm, in dessen Rahmen landesweit 35.000 geschlechterparitätisch besetzte Community Development Councils (CDCs) gewählt wurden (UN Habitat 2017). Die CDCs legten dann Vorschläge für Entwicklungsprojekte für ihr Dorf fest und bereiteten diese vor, wobei die Finanzierung durch Geber und die Zentralregierung erfolgte.

Zu den Lehren gehören die Notwendigkeit umfassender rechtlicher Rahmenbedingungen, die Einbeziehung von Interessengruppen und der Aufbau von Kapazitäten. Aufbauend auf der Agenda für Women, Peace and Security (WPS) werden die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft ermutigt, Gender-Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen, wobei Afghanistan ein typisches Beispiel ist (Akbari & True 2024). Abschließend unterstreicht das Beispiel des internationalen Engagements in Afghanistan die Bedeutung holistischer Ansätze, der Einbeziehung von Interessengruppen und anpassungsfähiger Strategien bei der Bewältigung komplexer Entwicklungsaufgaben. Institutionelle Veränderungen und Initiativen zur Stärkung der Rolle der Frauen erfordern langfristiges Engagement, Zusammenarbeit und ein Eingehen auf lokale Gegebenheiten, um eine echte Wirkung und Nachhaltigkeit zu erzielen. Kurzfristige Engagements sind nicht nur nicht nachhaltig, sondern in manchen Fällen wird auch das Prinzip „Do No Harm“ infrage gestellt, da die Frauen, die mit internationalen Organisationen zusammengearbeitet haben, nach deren plötzlichem Rückzug gefährdet sind.

Von Lernerfahrungen zur strategischen Umsetzung

Die soeben dargestellten Fallbeispiele zeigen die komplexen Zusammenhänge von Klima und Frieden und unterstreichen die Bedeutung holistischer Ansätze. Gerade in Regionen, die sowohl unter den Folgen des Klimawandels als auch unter Instabilität leiden, ist ein integriertes Vorgehen unerlässlich, um langfristig positive Resultate zu erzielen; zu engmaschig sind Klima- und Konfliktfaktoren oft verbunden, um sie separat zu bearbeiten.

Dabei sollten sich Akteur*innen an örtlichen Gegebenheiten und Traditionen orientieren. Wie die Beispiele aus dem Sahel und Timor-Leste verdeutlichen, haben sich lokale Bevölkerungen oft bereits seit Generationen an die sich verändernde Umwelt angepasst und Praktiken entwickelt, die zu einem gewissen Grad friedliche Lösungen ermöglichen. Selbst wenn der sich beschleunigende Klimawandel bestehende Ansätze überfordert, können diese eine gute Grundlage für zu entwickelnde, innovative Lösungen bieten. Internationale Akteur*innen sollten sich ein detailliertes Bild lokaler Gegebenheiten machen und es vermeiden, schablonenartige Ideen und Ansätze auf teils kontraproduktive Weise zu importieren.

Die Erfahrungen von EcoPeace Middle East sowie jene mit Kleinwasserkraftwerken auf dem Westbalkan zeigen in diesem Zusammenhang, dass die Einbeziehung verschiedener Interessengruppen, insbesondere der lokalen Zivilgesellschaft, ein Schlüsselfaktor ist, um deren breitgefächerte Bedürfnisse zu verstehen und zu adressieren. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf Frauen, Jugendliche und andere oft marginalisierte Gruppen gelegt werden, die speziell im Globalen Süden aufgrund ihrer sozialen Stellung häufig besonders auf die Umwelt und natürliche Ressourcen zum Lebensunterhalt angewiesen sind und daher nicht nur von Veränderungen stärker betroffen sind, sondern gleichzeitig auch einzigartig positioniert sind, Ideen für Lösungen zu entwickeln. Nur durch langfristiges Engagement und den Aufbau einer Vertrauensbeziehung können diese Gruppen angesprochen sowie in die Gestaltung und Umsetzung von Projekten einbezogen werden.

Die Fallbeispiele Afghanistan und EcoPeace Middle East demonstrieren darüber hinaus die Notwendigkeit, lokale Ansätze mit Aktivitäten auf politischer Ebene zu verknüpfen. Die Wirkung und Nachhaltigkeit von Projekten, die es nicht schaffen, politische Wirkung zu entfalten, ist zwangsläufig limitiert. Dabei kann es sich um Engagement mit sub-nationalen oder nationalen Regierungseinheiten ebenso handeln wie mit Akteur*innen auf der politischen Weltbühne.

Zusammengefasst unterstreichen die Fallbeispiele die Notwendigkeit von umfassenden, maßgeschneiderten Ansätzen, um das komplexe Zusammenspiel von Klima und Konflikt zu bearbeiten. Nachhaltige Resultate mit positiven Effekten sowohl für Klima- als auch Friedenspolitik entstehen nicht zufällig, sondern sind nur möglich als Resultat von gezielten Maßnahmen, die bewusst multidisziplinäre Ansätze fördern. Dies sollte von vornherein mitgedacht und in allen Projekten an der Schnittstelle von Klima und Frieden umgesetzt werden.

4 Zerstörte Umwelt als Handlungsfeld: Potenziale des Environmental Peacebuilding in der Ukraine

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bereits hunderttausende von Menschenleben gefordert und Millionen vertrieben.¹⁴ Schwerste Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen wurden dokumentiert (Independent International Commission of Inquiry on Ukraine 2023; 2024). Über die unmittelbar wirksame Gewalt hinaus, wird menschliches Leid auch durch massive Umweltschäden verursacht. Langfristig wird hierdurch die Gesundheit der Menschen in der Ukraine geschädigt und ihre Entwicklungschancen werden geschmälert. Die gravierenden Umweltschäden sind nur zum Teil unbeabsichtigte Folgen der Kämpfe, Umweltschäden werden auch gezielt als Waffe eingesetzt. Ein Beispiel, das zu großflächiger Zerstörung führte, ist die Sprengung des Kachowka-Staudamms im Juni 2023, die wahrscheinlich auf russische Kräfte zurückzuführen ist.

Auch wenn der Krieg andauert, stellt sich schon jetzt die Frage des Wiederaufbaus. Es fehlt nicht an Hinweisen darauf, dass dies ein „grüner Wiederaufbau“ sein sollte. Im Juni 2024 fand in Berlin eine Wiederaufbaukonferenz statt, an der mehr als 60 Länder teilnahmen, und bei der der grüne Wiederaufbau ein zentrales Thema war. Im Februar 2024 veröffentlichte die durch die Ukraine ins Leben gerufene internationale



Luftaufnahme einer modernen Agrarmaschine in einem Weizenfeld bei Odessa, Ukraine, am 17. Juni 2022, während der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine weitergeht.

©picture alliance / AA | Metin Aktas

¹⁴ Der folgende Abschnitt basiert auf Flamm & Kroll (2024).

High-Level Working Group on the Environmental Consequences of War einen Bericht, der die verschiedenen Ebenen des grünen Wiederaufbaus beschreibt (High-Level Working Group on the Environmental Consequences of the War 2024). Bereits der Friedensplan von Präsident Selenskyj betont den Schutz der Umwelt als eine Voraussetzung für den Frieden (Ukraine 2023). Anders als in anderen Konflikten ist die Umwelt im Russland-Ukraine-Krieg also kein stilles Opfer. Es wurde vielmehr bereits früh anerkannt, dass ein nachhaltiger Frieden – verstanden als ein sozial, wirtschaftlich und politisch belastbarer Frieden, der die ökologischen Grundlagen einschließt (Krampe & Swain 2021; Krampe 2017) – in der Ukraine nur erreicht werden kann, wenn die Folgen der mit dem Krieg verbundenen Umweltkatastrophen berücksichtigt werden.

Nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen der Umweltschäden reichen über den Angriff seit dem Februar 2022 und auch die Kämpfe seit 2014 hinaus. Sie sind vielmehr eingebettet in einen längeren historischen Kontext von imperialen Ambitionen Russlands und anderer Länder gegenüber der Ukraine, die bis in das späte 18. Jahrhundert zurückreichen. Zu erwähnen ist insbesondere Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus. Hitlers Interesse in der Ukraine galt u. a. der Gewinnung ressourcenreicher Territorien. Sieben Millionen Ukrainer*innen, darunter eine Million Jüdinnen und Juden, wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges getötet (Flamm & Kroll 2024).

Die reichen landwirtschaftlichen und fossilen Ressourcen in der Ukraine waren wichtig für die Zentren der Industrialisierung in Russland und der Sowjetunion, aber auch für andere Teile Europas. Der Südosten des Landes entwickelte sich zu einem Zentrum der Kohle- und Stahlindustrie im imperialen Russland des 19. Jahrhunderts. Die extraktivistischen Interessen Russlands setzten sich im frühen 20. Jahrhundert fort, jetzt mit der Ukraine als Teil der Sowjetunion. Ein Kernstück von Stalins erstem Fünfjahresplan (1928–1933) war das Dnipro-Wasserkraftwerk in Saporischschja. In jüngerer Vergangenheit, im Jahr 1986, veranschaulicht die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ebenfalls die imperiale Beziehung zwischen Moskau und der Peripherie in den nichtrussischen Republiken (Kuzio 2002: S. 241). Die Geheimhaltung und Untätigkeit der Kremelführung im Zusammenhang mit dem Unfall führten dazu, die Kernkraft als ein weiteres „Instrument Moskaus zur Beherrschung ihrer Republik“ zu nutzen (Plochy 2015: S. 312).

Dieser kurze historische Hintergrund zur imperialen Herrschaft Russlands über die Ukraine, insbesondere im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen und die Industrialisierung, zeigt, wie die heutigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen tief durch den Extraktivismus geprägt wurden. Die reichen natürlichen Ressourcen in der Ukraine werden seit Langem durch externe Akteur*innen ausgebeutet, wobei die lokale Bevölkerung häufig nicht nur von der Wertschöpfung weitestgehend ausgeschlossen wird, sondern auch unter den daraus resultierenden negativen Umweltfolgen leidet. Beispiel hierfür ist der jahrhundertalte, umweltschädigende Abbau von Kohle im Donbass für den Export in das russische Zarenreich sowie später die Sowjetunion, welcher seit der Unabhängigkeit oftmals auch illegal durch mafiöse Strukturen betrieben wurde. Viele Orte der historischen russischen Kolonisierung und Industrialisierung im Staatsgebiet der Ukraine sind heute zu Schlachtfeldern geworden. Die russischen Angriffe auf diese Orte schreiben somit die lange imperiale Geschichte sowjetischer und russischer Ausbeutung auf dem Territorium der Ukraine fort. Es ist wichtig, diesen Hintergrund der kolonialen Gebietsansprüche Russlands sowie die Rolle der natürlichen Ressourcen in Konfliktanalysen und möglichen Pfaden zum Wiederaufbau sowie zur Beendigung des Kriegs zu berücksichtigen.

Auf der Ukraine Recovery Conference wurde 2023 und 2024 bereits über Finanzierungsmöglichkeiten für den Wiederaufbau und die Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen diskutiert. Für den Wiederaufbau existieren bereits verschiedene Pläne, etwa der ukrainischen Regierung, der EU und der OECD. Zwanzig dieser Pläne wurden unter den Aspekten des Bruchs mit den historischen Beziehungen zu Russland, der europäischen Integration der Ukraine und des inklusiven und partizipatorischen Charakters der Wiederaufbaubemühungen analysiert. Bezogen auf die Nachhaltigkeit lag ein Fokus auf den für in der extraktivistischen Vergangenheit wichtigen Bereichen Landwirtschaft und Energie (Flamm & Kroll 2024). Die europäischen und die ukrainischen Pläne unterscheiden sich wenig in ihrer Rhetorik und ihren Ambitionen im Hinblick auf einen grünen Wiederaufbau. Die politische und wirtschaftliche Zukunft der Ukraine wird in einer stärkeren Orientierung an und Integration in Europa gesehen.

Allerdings wird es bei der Ausrichtung auf eine stärkere europäische Integration darauf ankommen, von Beginn an neue Abhängigkeiten der Ukraine möglichst zu begrenzen, wenn es sich schon nicht ganz vermeiden lässt. Dies erfordert einen ambitionierten und fundamentalen Umbau der Wirtschaft in der Ukraine. Dem tragen Pläne der OECD, der G7 und des Umweltbundesamtes Rechnung, die ausdrücklich betonen, wie wichtig es ist, den Wiederaufbau lokal zu organisieren und die politischen Strukturen entsprechend zu dezentralisieren. Insgesamt müssen die Ukraine und ihre internationalen Partner zum einen eine schnelle wirtschaftliche Erholung organisieren und zum anderen die Voraussetzung dafür schaffen, alte Abhängigkeiten aufzulösen und neuen vorzubeugen.

Eine Voraussetzung für den grünen Wiederaufbau der Ukraine ist damit nicht nur die internationale Einbindung und Unterstützung. Vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit und dem Risiko neuer Asymmetrien ist die Rolle lokaler Initiativen besonders bedeutsam. Gerade in diesem Kontext ist der Einbezug von Forschungserkenntnissen zum Environmental Peacebuilding wertvoll. Zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt eine besondere Rolle bei der Übersetzung und Implementierung nachhaltiger Standards zu, die einen positiven Einfluss auch auf einen langfristigen Frieden haben. Die Ermächtigung zivilgesellschaftlicher Gruppen fördert die lokale Verankerung und Legitimation. Zugleich sind die Kapazitäten und Ressourcen lokaler Initiativen begrenzt, was sie anfällig macht für Instrumentalisierungen durch staatliche und internationale Geber. Ein konkreter Bereich, in dem dieser Konflikt besteht, ist die geplante Ausbeutung von Mineralrohstoffen wie Lithium und Seltenen Erden in der Ukraine für die europäische Dekarbonisierung und zukünftige Energiesicherheit des Kontinents (Conflict and Environment Observatory 2024). Bereits 2021 unterschrieben die EU und die Ukraine eine Absichtserklärung bezüglich kritischer Rohstoffe. Europäische Investoren, die ukrainische Zentralregierung sowie lokale Behörden haben im Zuge eines grünen Wiederaufbaus das gemeinsame strategisch-wirtschaftliche Interesse, einen solchen Rohstoffabbau zu realisieren, wobei für die lokale Bevölkerung, zumal unter geltendem Kriegsrecht, wenig Mitsprachemöglichkeiten bestehen. Eine wichtige Lehre des Environmental Peacebuilding, insbesondere für die Europäische Union und europäische Investoren, ist daher, die unabhängige Rolle und Handlungsfähigkeit lokaler Umweltinitiativen im Wiederaufbau abzusichern und zu stärken.

5 Sektorenübergreifende Zusammenarbeit und Konfliktsensibilität

*„It's time to go together“ oder „Wenn du weit kommen willst, gehe zusammen!“
(Sprichwort ungeklärten Ursprungs)*

„Silos überwinden, sektorenübergreifend arbeiten“: Diese Forderung ist angesichts der aktuellen multiplen Krisen in aller Munde. Bessere Kooperation und Koordination zwischen staatlichen Akteur*innen wurden auch bei der jährlichen Konferenz Berlin Peace Dialogue¹⁵ des Beirats Zivile Krisenprävention und der Berlin Climate and Security Conference 2023¹⁶ betont, allerdings gelingt die Zusammenarbeit zu selten (siehe u. a. Schnabel & Witt 2022). Verschiedene Akteur*innen müssten an einem Strang ziehen, damit eine gerechte Transformation möglich wird: lokale Betroffene und Zivilgesellschaft, Umwelt, Agrar, Klima, Friedens und Menschenrechts expert*innen, die unterschiedlichen international agierenden Ressorts¹⁷ der Bundesregierung und vergleichbare Akteur*innen in den jeweiligen Partnerländern und in manchen Fällen auch der Privatsektor und Finanzinstitutionen.

Im Folgenden werden Hindernisse für sektoren- und akteursübergreifende Zusammenarbeit und den Mehr-Ebenen-Ansatz erläutert. Zudem werden Ansätze für eine systematische Verknüpfung von Umweltschutz und Klimainitiativen mit Friedensförderung sowie umgekehrt von Friedensengagement mit Ansätzen zur Bewältigung der Klimakrise diskutiert.

Zugang zu Informationen und gemeinsame Kontextanalysen

Unter den Fachleuten der Friedensförderung, sowohl im In- als auch im Ausland, fehlt häufig das Wissen um Initiativen im Bereich Umwelt und Klima. So stellte der Zivile Friedensdienst z. B. anhand von Interviews mit Mitarbeiter*innen im Jahr 2023 fest, dass sein Personal und seine Partnerorganisationen in Kenia und Kolumbien, das sich aus ausgewiesenen Expert*innen für Frieden und Sicherheit zusammensetzt, kaum informiert ist über die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, welche die Bundesregierung mit beiden Ländern etabliert hat. Informationen zur Rechenschaftslegung, Beteiligungsmöglichkeiten und Steuerungsinstrumenten im Zusammenhang mit diesen Partnerschaften sind nur begrenzt öffentlich zugänglich. Informationen zum Engagement der Bundesregierung und zu multilateralen Initiativen im Bereich Friedensförderung einerseits, Klima und Umwelt andererseits müssten proaktiv sektorenübergreifend gestreut werden. Schlüsselpersonen, die einen Überblick über das Portfolio haben, wie Länderreferate in den Ministerien und verschiedene Referent*innen an den deutschen Auslandsvertretungen, könnten für diese Kommunikation eine wichtige Rolle spielen, z. B. die im Rahmen der Klimaaußenpolitikstrategie eingerichteten „Klimaschwerpunktvertretungen“ (Klima-Attachés) in Gewaltkontexten wie in Kinshasa, Addis Abeba, Bagdad und Mexiko-Stadt. Die Klimaschwerpunktvertretungen können mit Informationsveranstaltungen gezielt sektorenübergreifend Klima- und Friedensakteur*innen einladen und zur Vernetzung beitragen. Auch können sie lokale Expertise für gemeinsame Konfliktanalysen und Programme einholen.

¹⁵ [Berlin Peace Dialogue 2023 – Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung \(beirat-zivile-krisenpraevention.org\)](https://berlin-peace-dialogue.org/)

¹⁶ <https://climate-diplomacy.org/magazine/cooperation/berlin-climate-and-security-conference-2023-event-summary>

¹⁷ AA, BMZ, BMWK, BMVg, BMUV und BMEL

Kontextanalysen werden bisher zu selten sektorenübergreifend erstellt. Dabei müssten z. B. Konfliktanalysen standardmäßig auch Klimarisikoanalysen beinhalten und Umwelt- und Klimaanalysen müssten verpflichtend potenzielle (Gewalt-)Konflikte, die durch sie entstehen oder verschärft werden können, in den Blick nehmen. Breiter angelegte Analysen sind nicht nur wichtig, um die Qualität ihres Inhalts zu steigern, sondern auch, weil der Prozess selbst und die Art und Weise, wie er gestaltet ist, entscheidend sein kann: Wenn verschiedene Akteur*innen gemeinsam analysieren, kann ein Grundstein für Kooperation gelegt werden. Lokal Betroffene kennen den Kontext am besten, wissen etwa, welche Veränderungen der Klimawandel oder auch Landnutzungsveränderungen, wie etwa Abholzung, umweltschädigende landwirtschaftliche Praktiken oder großflächige Landkonzessionen an Unternehmen bereits mit sich gebracht haben, was Frieden und Konflikt für sie bedeuten und was sie zum Überleben benötigen. Der Einbezug von lokalen Akteur*innen, vor allem von Frauen und marginalisierten Gruppen, in Analysen, Planung und Monitoring ist deshalb unverzichtbar. Ihre Partizipation muss geplant, gestaltet und mit Ressourcen ausgestattet sein und bleibt bisher zu häufig ein Lippenbekenntnis. Beispielsweise ist bislang nicht geklärt, inwieweit Zivilgesellschaft in die Ausgestaltung der Programme im Rahmen von Klima-Schuldenumwandlungsmaßnahmen (Schulden-für-Klima-Swaps), einbezogen wird, für welche die Bundesregierung bis 2030 mindestens 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen will. Deutschland ist eines der wenigen Länder weltweit mit einem etablierten bilateralen Swap-Programm. Dabei tauscht ein verschuldetes Land einen Teil seiner Schulden gegen die Verpflichtung, Investitionen zu Klimaschutz- und Anpassung und einer sozialökologischen Transformation im gleichen Wert vorzunehmen (BMZ 2023).

Machtsensible Gestaltung von Aktivitäten

Um mit den Ansätzen der sektoren- und akteursübergreifenden Zusammenarbeit erfolgreich zu sein, müssen die extremen Machtasymmetrien, die einen gleichberechtigten Dialog zu Klimawandel, Umwelt und Ressourcen häufig verhindern, erkannt werden. Zum Beispiel, wenn Privatwirtschaft und betroffene Gemeinden über sogenannte Multiakteursformate gemeinsame Lösungen suchen. Verstärkt werden diese Hindernisse, wenn lokal Betroffene und marginalisierte Gruppen den Eindruck gewinnen, dass ihre Partizipation unter Zeitdruck, wenig inklusiv, nur sehr oberflächlich zur Zielerfüllung („Tick-the-Box“-Mechanismus) gedacht ist, oder sie als bloßes Durchführungsinstrument betrachtet wird. Einmalige Konsultationen mit lokaler Zivilgesellschaft, ohne dass klar wird, was aus dem Austausch folgt, erscheinen den lokalen Expert*innen wirkungslos und können einen „Disempowering“-Effekt auf diese haben. Formate der Beteiligung können positive Wirkung erzielen, wenn sie dem jeweiligen Kontext gerecht werden. Für die Teilhabe von Frauen, Klimaaktivist*innen und marginalisierten Gruppen ist es wichtig, sichere Räume zu schaffen, in denen sie frei und ungezwungen sprechen und ihre Bedarfe formulieren können (Brot für die Welt 2024).

Für indigene Gruppen gibt es – als eine wichtige Voraussetzung für ihre Mitentscheidung und Teilhabe – das Recht auf eine freie, frühzeitige und informierte Zustimmung (Free Prior Informed Consent, FPIC, ILO-Übereinkommen 169), wenn Maßnahmen oder Projekte von ihnen genutztes Land und Ressourcen betreffen. Dies bedeutet auch, dass sie das Recht haben, Maßnahmen abzulehnen, ohne anschließend Bedrohungen und Druck von mächtigen Akteur*innen ausgeliefert zu sein. Sinnvoll ist es, dieses Recht auch für andere marginalisierte lokale Gruppen anzuwenden. Wenn Einverständnis mit den lokalen Betroffenen erzielt worden ist, sind sie in die Analysen, Planungsschritte und auch in die Umsetzung kontinuierlich einzubeziehen. Ferner ist die Einbeziehung der Betroffenen in ein



Ein Überblick über die Abholzung des Waldes in der ländlichen Gegend von Puerto Rico, Caquetá, Kolumbien am 04. März 2023. Abholzung und Konflikte sind zwei der wichtigsten Probleme, die die kolumbianische Region Caquetá seit Jahrzehnten plagen.

©picture alliance / AA | Juancho Torres

regelmäßiges Monitoring der Wirkungen, auch der unbeabsichtigten, und die Möglichkeit Beschwerden einreichen zu können, von großem Vorteil für die Nachhaltigkeit und für die Gewaltprävention. Sensibel mit Machtverhältnissen umzugehen, bedeutet auch anzuerkennen, dass die Klimawandelrisiken bislang vor allem jene Bevölkerungsgruppen tragen, die am wenigsten zu ihrer Verursachung beitragen. Dem „Do no Harm“ und dem Verursacherprinzip folgend bedeutet es zudem, dass die Hauptverursacher – Industriestaaten und einige Schwellenländer – in der Verantwortung stehen, sich für Klimagerechtigkeit und Ressourcengerechtigkeit in besonderer Form einzusetzen.¹⁸

Vom Add-on zum Mainstreaming

Bisher ist Vernetzung und Kooperation mit anderen Sektoren und Akteursgruppen meist ein Add-on, das zu häufig depriorisiert wird angesichts des enormen Drucks, dem vor allem lokale Akteur*innen angesichts von Gewalt, Fragilität sowie Klima- und Umweltkrise ausgesetzt sind. Klima- und Umweltvorhaben sollten obligatorisch immer und flächendeckend konfliktsensibel geplant und umgesetzt werden. Die umfangreichen Safeguards der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) beinhalten zwar wichtige Vorgaben zu Umwelt- und Sozialstandards, Konfliktsensibilität ist in diesen jedoch nicht verankert.

Gemeinsame Kontextanalysen, die Klima- und Umweltbedingungen, aber auch Konflikte und Konfliktakteur*innen in den Blick nehmen, und vor allem die Reflexion darüber,

¹⁸Siehe das UNFCCC-Prinzip der „Common but Differentiated Responsibilities“ (UN 1992).

welche Konfliktdynamiken ein Projekt auslösen oder verschärfen könnte und wie damit umgegangen werden müsste, würden Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen erhöhen. So wäre die in der vergangenen Legislaturperiode angedachte Einführung des Qualitätsmerkmals Konfliktsensibilität im BMZ ein Schritt, um konfliktsensible Ansätze flächendeckend und für alle Themenbereiche verbindlich einzuführen.

Das Programm Financing Locally-Led Climate Action (FLLOCA), das von mehreren Gebern über die Weltbank unterstützt wird, ist ein Beispiel für Klimaprogramme, die von der Integration konfliktsensibler Ansätze zur Klimafinanzierung profitieren können. Die Friedensorganisation International Alert berät verschiedene Regierungsebenen (lokal und national) bei der konfliktsensiblen Gestaltung und Umsetzung von Klimaanpassungsplänen in Kenia. Sie haben diese Integration in einigen im Rahmen des FLLOCA-Programms entwickelten Plänen von Landkreisen und Kommunen unterstützt. Die Anpassungspläne wurden so konzipiert, dass sie über die Klimarisiken und stressoren sowie die Anpassungsstrategien hinausgehen und sich auch auf die Gender und Konfliktdynamik in diesen Kontexten konzentrieren. Das Verständnis des Kontexts durch eine Akteurs-/Konfliktanalyse ist die wichtigste Säule ihrer Arbeit, um mögliche Risiken zu identifizieren und auch marginalisierte Menschen in den Prozess einzubeziehen (Anhang 2, B1).

Auf der anderen Seite müssten Vorhaben im Bereich Friedensförderung, Stabilisierung und Sicherheit klimasensibel und klimaresilient sein. Auch die globale Privatwirtschaft muss verpflichtet werden, sich für Klimaneutralität zu engagieren und gleichzeitig konfliktsensibel zu agieren und damit ihre Unternehmensverantwortung in fragilen und von Konflikten belasteten Kontexten wahrzunehmen. Ein solches Mainstreaming muss ferner auch bedeuten, dass zum Beispiel Beschwerdeverfahren ernst genommen, für Abhilfe gesorgt und Kompensationen von Schäden aus unbeabsichtigten negativen Nebenwirkungen eingeplant und erfüllt werden.

Damit das Mainstreaming nicht auf das Formulieren eines entsprechenden Absatzes in Programmstrategiedokumenten beschränkt bleibt, bedarf es Kapazitäten für die sektoren- und akteurs-übergreifende Arbeit. Expert*innen aus den verschiedenen Sektoren und auf den verschiedenen Ebenen müssen ausreichend Ressourcen haben für die Zusammenarbeit. Insbesondere auch für lokal Betroffene müssen ausreichend Ressourcen und Unterstützung langfristig und flexibel vorgehalten werden, um ihre Teilhabe überhaupt zu ermöglichen. Ein Problem ist hier auch die Fragmentierung und mangelnde Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den deutschen Ressorts. Förderlich wäre hier, wenn die konstruktive Zusammenarbeit und Koordination zwischen Berlin/Bonn und den jeweiligen Einsatzorten, die Arbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen innerhalb und zwischen den Ressorts verbessert werden würden.

Die Bedeutung des Mehrebenen-Ansatzes

Während Environmental Peacebuilding in den 1990er-Jahren vor allem noch staatenzentriert gedacht war, ist es mittlerweile Common Sense, dass lokale Lösungsansätze und Transformationsmöglichkeiten genauso relevant sind (Ide et al. 2021a). Auch deshalb braucht es sowohl im Friedensförderungssektor als auch im Sektor Klima, Umwelt und Ressourcen Finanzierungsmodelle, die den direkten Zugang für lokal Betroffene und Finanzierung durch kleine Zuschüsse ermöglichen. Dass z. B. die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) als gemeinsames Programm von BMWK, AA und BMUV über die Jahre verstärkt projekt- und länderübergreifende Ansätze fördert, klingt einleuchtend, hat aber den Zugang für lokale und kleinere Organisationen erschwert. Es müssen Strukturen der Zusammenarbeit gefördert und geschaffen werden, in denen lokale Erfahrungen in Prozesse einfließen, die auch auf regionaler und nationaler Ebene dann etwas

bewirken können (Track II und I). Dafür bedarf es regionaler und globaler Zusammenarbeit: Nationale, aber auch multilaterale Akteur*innen müssen eingebunden werden. Ein gutes Beispiel liefert hierzu die Einrichtung eines UN-Klimasicherheitsberaters¹⁹ in Somalia. Es zeigt sich dabei, dass solche sektorenübergreifenden Beratungskapazitäten wichtige Brückenfunktionen erfüllen, Expertisen sowie Perspektiven von verschiedenen Seiten einbringen und Dialoge und Anliegen nach vorn bringen können. Neben den Dialogen auf politischer Ebene zeigt dieses Beispiel, dass die Vernetzung mit lokalen Schlüsselpersonen und Akteur*innen wichtige und positive Effekte erzielt. Darüber hinaus ist es entscheidend, diese lokalen Initiativen wiederum mit den politischen Prozessen zu verknüpfen und zu multiplizieren.

Gute Erfahrungen und Ergebnisse konnten auch über die Green Central Asia Initiative (Auswärtiges Amt 2020) erzielt werden (Anhang 2, B2). Diese Initiative wurde 2020 begonnen, um mit den zentralasiatischen Republiken eine gemeinsame Klimaanpassungsstrategie zu entwickeln und zu stärken sowie einen länderübergreifenden Dialog zu unterstützen. Ergänzt wurde die Initiative durch Forschungs- und Dialogkomponenten, die gleichzeitig Wissen erweitern und friedensfördernde Wirkungen erzielen sollen. So wurde das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) mit der Durchführung begleitender Forschungsvorhaben beauftragt; z. B. werden transnationale Dialoge zu gemeinsamen Analysen und Problemstellungen organisiert, um Forschungsergebnisse bekannt zu machen, zu diskutieren und gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten. Für eine Fortsetzung der Initiative ist eine Ausweitung und Anwendung der Komponenten zu Klimaanpassung und Friedensförderung für alle Ressorts der Bundesregierung in Planung, was eine sektorale und auf mehreren Ebenen notwendige Zusammenarbeit erforderlich machen würde und zu Nachhaltigkeit und Frieden beitragen kann.

Integrator*innen auf allen Ebenen fördern

Es gibt immer und auf allen Ebenen Menschen oder Organisationen, die bereits übergreifend arbeiten. Ihre „Convening Power“, d.h. ihr Potenzial, einflussreiche Akteur*innen zu friedensfördernden Dialog- und Austauschformaten zusammenzubringen, sollte systematisch gefördert werden. Insbesondere lokal und in der Praxis verankerte Friedensakteur*innen bringen einen Erfahrungsschatz mit, wie Analyse-, Allianz- und Dialogfähigkeit entstehen und gestärkt werden können. Es gibt positive Beispiele von internationalen und nationalen Plattformen auf politischer Ebene, in die zivilgesellschaftliche Akteur*innen und auch rechtsberatende Organisationen eingebunden sind, um an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen mitwirken zu können. So ist im internationalen Bereich beispielsweise der International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS)²⁰ ein Forum, in dem sich Vertreter*innen fragiler und von Konflikten betroffener Staaten mit Entwicklungspartnern und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen regelmäßig zum politischen Austausch treffen und sektorenübergreifend zusammenarbeiten. Auf nationaler Ebene engagieren sich beispielsweise im Landsektor seit mehreren Jahren die VN-Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) oder die International Land Coalition (ILC) gemeinsam mit internationalen Entwicklungsakteur*innen und lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken in verschiedenen Ländern. Die FAO fördert etwa in Sierra Leone Multi-Stakeholder-Plattformen auf nationaler wie auch auf kommunaler und Distrikt-Ebene für die Transformation der nationalen Landpolitik, die stärkere Einbindung von Frauen und die Anerkennung kollektiver Landrechte als wichtige Ansätze für Gewaltprävention durch inklusive Land-Governance (FAO 2021, 2024).

¹⁹Christopher Hodder ist der erste UN-Berater der Vereinten Nationen für Klimasicherheit und Umwelt in Somalia (Climate Diplomacy o. D.).

²⁰<https://www.pbsbdialogue.org/>.

Für diese integrierende, multisektorale Arbeit ist es wichtig, für Schutz und Sicherheit aller Beteiligten zu sorgen. Und es bedarf entsprechender Freiräume und Strukturen der Zusammenarbeit in und zwischen den Institutionen, die diese Arbeit fördern und unterstützen. Dafür sind einerseits Anreize hilfreich, die diese Zusammenarbeit fördern. Andererseits braucht es zusätzliche Ressourcen, die die Zusammenarbeit ermöglichen. Allerdings ist zu bedenken, dass die (Folge) Kosten von Gewaltkonflikten immer höher sind als die für die Prävention (FriEnt 2019). Darüber hinaus ist aber auch eine positive Grundeinstellung und Haltung gegenüber multisektoralen und Multiakteursansätzen auch auf individueller Ebene vorteilhaft.

Langfristig zahlen sich diese multisektoralen und Multiakteursansätze und der Einsatz der dafür notwendigen Ressourcen aus, da nachhaltigere Prozesse entstehen, die sich besser an fluide und sich ständig wandelnde Kontexte anpassen können und somit zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 beitragen.

Climate Financing: das Potenzial der Klimafinanzierung für Environmental Peacebuilding

Von Konflikten und Fragilität betroffene Entwicklungsländer, die gleichzeitig unter gravierenden Klimaauswirkungen leiden, werden derzeit von der internationalen Klimafinanzierung eher am Rande behandelt. Mangelnde Risikobereitschaft bei Fonds und Implementierungsagenturen, komplizierte und aufwendige Zugangs- und Finanzierungskriterien, fehlende Datensätze und schwache Institutionen in solchen Empfängerländern führen dazu, dass sie im Schnitt nur rund ein Drittel der Mittel pro Einwohner*in von Entwicklungsländern ohne Konflikte bekommen. Die am schwersten betroffenen Länder bekommen sogar nur rund ein Fünftel (International Crisis Group 2022). Zudem wird ein großer Anteil der Mittel nur als Kredit, und häufig nicht konzessionär zur Verfügung gestellt, was diese Länder immer tiefer in die Schuldenfalle treiben kann (Reeve & Walsh 2023; Zucker-Marques et al. 2024). Dies erschwert oder verhindert gänzlich Investitionen in nachhaltige Lebensgrundlagen inklusive Sozialversicherungs- und Anpassungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, die aber häufig die Grundlage zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung bilden (Johnson et al. 2021).

Dabei haben Klimafonds und Klimafinanzierungsmechanismen das Potenzial, positiv zur Bewältigung von Konflikten und Fragilität etwa durch Environmental Peacebuilding beizutragen. Dafür müssen Mittel für klimarelevante Investitionen im Kontext von Fragilität gezielt eingesetzt und entsprechende Vergabeverfahren beziehungsweise Förderrichtlinien angepasst werden. Angesichts ungenügender Klimafinanzierung insgesamt sollten die knappen konzessionären öffentlichen Mittel für Klimainvestitionen gezielter mit einem Blick auf Mehrfachnutzen (zum Beispiel im Nexus Klima-Entwicklung-Frieden) eingesetzt werden, anstatt primär auf Klimaziele zu fokussieren, denen willkommene positive, aber oftmals nicht eingeforderte, limitierte Nebenwirkungen (Co-Benefits) hierarchisch untergeordnet sind. Das erfordert eine Anpassung von Methoden zur Risikoanalyse, inklusive der Füllung von Datenlücken durch die bessere Einbeziehung von indigenem und lokalem Wissen, und von Investitionskriterien in Klimafinanzierungsmechanismen.

Zu den Schlüsseln zu einer gerechteren und nachhaltigen Klimafinanzierung gehören: ein verstärkter Fokus auf Menschenrechte, insbesondere auf indigene Rechte (UNDRIP) und Geschlechtergleichheit; eine stärkere Einbeziehung und Förderung lokaler Gemeinschaften; ein Fokus auf den Beitrag und die Bedürfnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen; sowie inklusive, partizipatorische, friedensfördernde Bottom-up-Prozesse. Dies gilt nicht nur für besonders von Konflikt und Fragilität betroffene Entwicklungsländer. Insbesondere braucht es einen vereinfachten und entbürokratisierten Zugang zu kleinen und mittelgroßen Finanzierungsvolumen, die vor allem subnationalen, lokalen Akteur*innen zugutekommen sollten. Diese könnten bessere Voraussetzungen haben, um marginalisierte Gruppen, wie Indigene, Frauen und LGBTQI-Individuen, direkt als Implementierungspartner in die Klimavorhaben internationaler Akteur*innen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität einzubinden. Das erfordert politischen Willen und eine neue Art von Risikobereitschaft in den Verwaltungsräten der Klimafonds, sowie die Abkehr von einer falsch verstandenen und im Ergebnis überbewerteten Kosteneffizienz im Verhältnis zur Effektivität zur Unterstützung Betroffener. Zudem ist es notwendig, die geförderten Maßnahmen in nationalen und lokalen Systemen und Gemeinschaften nachhaltig zu verankern.

Der beim Klimagipfel in Dubai (COP28) beschlossene neue Fonds für Verluste und Schäden bietet die Gelegenheit und hat das Potenzial, in diesem Sinne friedensstiftend zu wirken, wenn seine Operationalisierung durch vorausschauende und innovative Statuten und Prozesse in diesem Jahr gelingt. Sein Gründungsdokument lässt zwar eine starke Menschenrechtsverankerung vermissen, hat aber als erster Klimafonds von Anfang an das Mandat, kleine Zuschüsse als wichtige Zugangsmodalität für von Verlusten und Schäden betroffene lokale Gemeinschaften, Indigene und durch Marginalisierung vulnerable Bevölkerungsgruppen zu etablieren. Zudem listet er als erster Klimafonds Klimamigrant*innen explizit als relevante Stakeholder, deren Partizipation im Fondsprozess unterstützt werden muss. Er erkennt neben wirtschaftlichen auch nicht-ökonomische Verluste und Schäden an, wie zum Beispiel den Verlust von Biodiversität oder Kultur sowie psychologische Auswirkungen auf Betroffene. Im Gründungsdokument ist eine sektorenübergreifende Koordinierung und Zusammenarbeit festgeschrieben, zum Beispiel mit humanitären Akteur*innen und Entwicklungshilfeeinrichtungen. Ebenso genannt werden die Stärkung und Unterstützung von nationalen und subnationalen Institutionen und Prozessen, die zur Bewältigung von Verlusten und Schäden notwendig sind, wie etwa Sozialsicherungs- und Katastrophenschutzsysteme. Damit unterstreichen die Fonds-Statuten einen anvisierten Mehrfachnutzen der Finanzierung als Grundlage verbesserter, gerechterer und nachhaltigerer Finanzunterstützung auch im Hinblick auf konflikt-sensible Projektförderung und Ausschüttung.

6 Ausblick & Empfehlungen: vom negativen zum positiven Nexus – Environmental Peacebuilding und Konflikttransformation zum nachhaltigen Frieden

Die mit dem kolonialen und fossilen Zeitalter entstandenen Strukturen aus Wachstum, Macht, Gewalt und Ungleichheit verbinden sich heute in einem Teufelskreis vielfältiger Krisenerscheinungen, die zu Kriegen, Katastrophen und Ökoziden führen können (Buhaug & von Uexkull 2021; Pfaff 2023). Um den negativen Nexus von Klimakrise, Gewaltkonflikten und Vertreibung zu überwinden, braucht es eine sozialökologische Transformation zu einem positiven Nexus von Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden (Scheffran 2016; Nadiruzzaman et al. 2023). Integrierte Strategien vermeiden globale Risikoverstärker, negative Kipppunkte und Kaskaden und suchen positive Kipppunkte, in denen sich Synergien verschiedener Handlungsfelder verstärken (siehe Eker et al. 2023).

Hierzu gehören die Verbesserung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit menschlicher Gesellschaften und kritischer Infrastrukturen für Energie, Wasser, Nahrung, Gesundheit, Verkehr, Kommunikation usw. gegenüber Bedrohungen, eine konfliktensible Umwelt- und Klimapolitik, Migrationspolitik als transformative Kraft (Adger et al. 2024), Strukturen für kooperative Sicherheit im Kontext einer Friedenslogik und die Förderung einer nachhaltigen, solidarischen Wirtschafts- und Lebensweise.

Damit die sozialökologische Transformation auch ein Friedensprojekt ist, können zivile Konfliktbearbeitung und Konflikttransformation destruktive Konflikte bei der Agrar-, Verkehrs- und Energiewende mindern und den friedlichen Übergang in eine nachhaltige Welt fördern (Pastoors et al. 2022). So ist die doppelte Transformation für ein friedliches und nachhaltiges Zusammenleben im Haus der Erde ein gemeinsames Zukunftsprogramm für Umwelt- und Konfliktforschung. Um nach UN-Generalsekretär António Guterres vom „Krieg gegen die Natur“ zu einem „Frieden mit der Natur“ zu kommen (UNEP 2021), muss der „Frieden unter den Menschen“ mitgedacht werden.

Frieden und nachhaltige Entwicklung umfassen beide Erhaltungsbedürfnisse (für natürliche Ressourcen und menschliche Existenzgrundlagen) und Entfaltungschancen (Wohlbefinden und Entwicklung) des Lebens. Das Zukunftskonzept des



*Ein Mann reitet in einem Sandsturm aus der von Gewalt geplagten Region Darfur im Sudan in den Osten des Tschad.
@picture-alliance/ dpa | epa Stephen Morrison*

„nachhaltigen Friedens“ betrifft die „Gestaltung der erhaltenden Entfaltung“ (Froese et al. 2023). Solche Zusammenhänge zeigen sich in verschiedenen kulturellen Vorstellungen und Wissenskontexten, etwa von indigenen Gruppen, und verweisen auf mögliche Synergien von sozialökologischer Transformation und Konflikttransformation.

Die Herausforderung besteht darin, konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung des Friedens zu finden, die eine gerechte Ressourcenschonung und -nutzung ebenso umfasst wie Risikovermeidung und Resilienz, Effizienz und Suffizienz (Scheffran 1998). Hier kann auch Environmental Peacebuilding eine konstruktive Rolle spielen (Hardt & Scheffran 2019). Um eine Transformation zu erleichtern, sind wirksame Hebel zu finden, an denen gemeinsames Handeln ansetzen kann: durch Institutionen, Verhandlungsprozesse und Governance-Strukturen. Während die nachsorgende Schadensbekämpfung mit eingeschränkten Handlungsräumen zu tun hat, schafft präventive Risikovermeidung neue Gestaltungsspielräume.

Empfehlungen

Eine sozialökologische Transformation von der lokalen bis zur globalen Ebene umfasst die resiliente, effiziente, suffiziente und gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen. Sie erfordert anpassungsfähige Gesellschaften und Infrastrukturen sowie Umweltkooperation. Environmental Peacebuilding setzt genau an diesen Herausforderungen an und spielt daher eine zentrale Rolle in der Gestaltung nachhaltiger Lösungsansätze. Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ geben wir die folgenden Handlungsempfehlungen:

Förderung von Kapazitätsaufbau und Wissenstransfer

- Environmental Peacebuilding sollte als fester Bestandteil des Instrumentenkastens der zivilen Krisenprävention etabliert werden. Dazu gehört eine Ausweitung der Förderung von konkreten Environmental-Peacebuilding-Vorhaben und die Integration von Klimainformation und umweltbezogenen Maßnahmen in bestehende Peacebuilding-Projekte. Zudem sollten umgekehrt in Klimavorhaben, etwa im Bereich Anpassung in fragilen Staaten, auch friedenspolitische Anliegen in den Blick genommen werden. Konfliktanalysen, die Umweltfaktoren berücksichtigen, sollten als Teil des deutschen Krisenengagements und im Rahmen einer umfassenden Lagebilderfassung etwa bei UN-Missionen stärker etabliert werden.
- Die Umsetzung von integrativen Lösungen bedarf konkret auch Verbesserungen der Datenlage. So braucht es etwa eine gendersensible Aufschlüsselung der Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene soziale Gruppen.
- Es braucht eine Verstärkung der Partnerschaftsprojekte, die einen transdisziplinären Ansatz verfolgen und gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung mit naturwissenschaftlichen Perspektiven verbinden. Viele Environmental-Peacebuilding-Projekte brauchen naturwissenschaftliches und teils technisches Fachwissen, etwa im Bereich der Klimaanpassung. Insbesondere kann auch die Einbeziehung von Klimaprojektionen sinnvoll sein, um die mittelfristige Wirksamkeit zu erhöhen.

- Der Wissensaustausch zwischen existierenden Projekten sollte über gemeinsame Weiterbildungen und weitere Maßnahmen gefördert werden.
- Um ein umfassendes Verständnis von Konfliktodynamiken zu erlangen und potenzielle Lösungsansätze mit Umweltbezug zu identifizieren, braucht es einen verbesserten Zugang zu Klimainformationen, Weiterbildung von deutschen Entsandten (z. B. in Friedensoperationen) und bestimmten Fachkräften zu den Themen Klimawandel und Sicherheit und es braucht die Potenziale des Environmental Peacebuilding. So sind etwa auch bei der Ausbildung von Führungspersonal in Polizei und Bundeswehr mehr Seminare und Trainings zu Klimasicherheit erforderlich, um neue Risikolandschaften gerade auch bei Auslandseinsätzen adäquat erfassen und bewerten zu können.
- Zivile und entwicklungspolitische Projekte sollten darauf ausgerichtet werden, lokale Schlüsselakteur*innen in Streitschlichtungstechniken weiterzubilden und dabei traditionelle Ansätze in den Mittelpunkt stellen. Dabei sollten vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Bürger*innen, Gemeinschaften, lokalen Autoritäten und Sicherheitskräften unterstützt werden. In Konfliktkonstellationen um Landrechte kann dies etwa durch „Agro-pastoral Hubs“ zwischen bäuerlicher Bevölkerung und Hirtengemeinschaften geschehen.

Integrative Governance-Ansätze

- Integrierte Lösungsstrategien und Governance-Maßnahmen vermeiden die Risikoverstärker im negativen Nexus von Umweltkrisen, Gewaltkonflikten und sozialer Ungleichheit und fördern Synergien zu einem positiven Nexus von Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden und sollten somit breitere Anwendung finden. Holistischere Projekte, die den integrierten Ansatz verfolgen, sollten z. B. Konfliktanalysen mit Gender und intersektionalen Perspektiven verknüpfen, da sonst Diskriminierungen möglicherweise verstärkt werden könnten.
- Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit sollte verbindlich mittels ressortübergreifender Strukturen, systematischem Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Anreizen zur Zusammenarbeit über Sektoren und (inner-)institutionelle Grenzen hinweg etabliert werden. Nachhaltige Resultate mit positiven Effekten sowohl für die Klima- als auch die Friedenspolitik entstehen nicht zufällig, sondern sind nur möglich als Resultat von gezielten Maßnahmen, die bewusst multidisziplinäre Ansätze fördern. Dies sollte von vornherein mitgedacht und in allen Projekten an der Schnittstelle von Klima und Frieden umgesetzt werden. Zeitliche wie finanzielle Ressourcen sollten dafür in den jeweiligen Prozessen und Projektzyklen eingeplant werden, um eine Beteiligung der verschiedenen Akteur*innen zu ermöglichen. Zudem sollen lokale Partnerorganisationen mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden, um Multi-Stakeholder-Dialoge aufzusetzen und begleiten zu können. Dabei sind ihre Eigenständigkeit und ihre Sicherheit sowie ausreichende Handlungsspielräume zu wahren. Nur so können lokale Ansätze ausreichend Berücksichtigung finden.

- Die Verpflichtung zur Konfliktsensibilität sollte ausgeweitet werden und breitere Anwendung finden, etwa in den internationalen Förderlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, oder des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Dabei sollten Konfliktanalysen und die Ausgestaltung der Programme kontinuierlich mit Betroffenen zusammen geplant und durchgeführt werden.
- Programme des Environmental Peacebuilding sollten im Bereich Integration in Einwanderungsgesellschaften, wie in Deutschland, etabliert werden, um die soziale Kohäsion zwischen Anwohner*innen und Ankommenden zu stärken. Diese Projekte sollten auf die Erreichung verschiedener Entwicklungsziele ausgerichtet werden, wie etwa Renaturierung oder die Stärkung der Resilienz von Städten gegenüber Wetterextremen.
- Der Schutz von Umweltschützer*innen und Klimaaktivist*innen sollte gestärkt werden, da zivilgesellschaftliche Räume in vielen Industrie- und Entwicklungsstaaten schrumpfen. Dieses Thema könnte Deutschland unter anderem in internationalen Foren auf die Agenda setzen und sich in internationalen Abkommen für die Aufnahme spezifischer Schutzmechanismen einsetzen. Auch im Inland sollte dieser Schutz verstärkt werden (Climate Rights International 2024).

Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit

- In ressourcenbegrenzten Kontexten kann internationale Unterstützung für Bottom-up Environmental Peacebuilding wichtig sein. Für den Erfolg solcher hybriden Ansätze sind ein tiefes Verständnis der lokalen Dynamiken, eine flexible Sicht auf Traditionen und die Berücksichtigung potenzieller Risiken, die mit diesen Ansätzen verbunden sind, entscheidend. Darüber hinaus ist es wichtig, dass lokale Akteur*innen eine zentrale Rolle einnehmen und umfassend in die Analyse, Umsetzung und Finanzierung dieser Prozesse eingebunden werden. Die internationale Förderung von „Bottom-up Environmental Peacebuilding“-Prozessen kann auch negative Folgen, wie etwa eine verringerte Wirksamkeit, haben, wenn diese Faktoren keine Berücksichtigung finden.
- Die Bundesregierung sollte ihre Unterstützung für Resilienzprojekte, wie Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) und andere effektive Aufforstungsprojekte, ausweiten, insbesondere in sehr armen und vom Klimawandel schwer betroffenen Gebieten wie der Sahelzone. Neben Wiederbewaldung sollte die Finanzierung für die Renaturierung von Böden und landwirtschaftlichen Flächen besonders sichergestellt werden. Kleinbäuer*innen spielen dabei eine entscheidende Rolle. So weist eine Studie der Universität Bonn besonders auf viel Potenzial in diesem Bereich in Nigeria hin (Mirzabaev et al. 2022). Entscheidend dabei kann die Mobilisierung und Ausrichtung des Fonds für Verluste und Schäden sein, um klimabedingte Sicherheitsrisiken stärker in den Fokus zu nehmen.

- Die Bundesregierung sollte strukturelle Ursachen (wie z. B. Korruption, Marginalisierung, Klimawandel) in der Konfliktbearbeitung und im Austausch mit Partner-Regierungen thematisieren und eine strikte „Do No Harm“-Politik verfolgen.
- Gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten braucht es Möglichkeiten der flexibleren Finanzierung von Projekten. Insbesondere sich verändernde Umweltbedingungen und einsetzende Extremereignisse, wie Dürren oder Überflutungen, können die Rahmenbedingungen von Projekten rasch verändern. Dies kann auch bedeuten, eine langfristige und anpassungsfähige Planung von Projekten zu ermöglichen, die etwa Entwicklungen im Konfliktgeschehen berücksichtigt. Bei erfolgreichen Projekten, die im Rahmen von Friedensdialogen zwischen Konfliktparteien Mechanismen zur Konfliktbearbeitung gemeinsam entwickeln, braucht es oft zusätzliche Mittel, um die beschlossenen Aktivitäten dann umzusetzen.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Sicherheit sowie mögliche Lösungsansätze im Bereich des Environmental Peacebuilding sollten über eine ausgeweitete Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland erklärt werden. Insbesondere sollten Best Practices aufgezeigt und gleichzeitig über drohende Risiken aufgeklärt werden, um noch bestehende Handlungsoptionen zur Debatte zu stellen. Hierdurch könnte zudem die Unterstützung der Bevölkerung für das deutsche Krisenengagement gestärkt werden.

Voraussetzung für das Gelingen von Environmental Peacebuilding bleibt die Einhaltung der Temperaturgrenzen des Pariser Abkommens. Nur durch radikale Emissionssenkungen können Möglichkeitsräume für Kooperation geschaffen werden, die es braucht, um auch mit den nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels umzugehen. Dann können durch Environmental Peacebuilding Umweltprobleme in friedlicher Weise adressiert und abgemildert werden. Der schnellstmögliche Ausstieg aus den fossilen Energieträgern erfordert dabei die Schaffung eines gerechten, menschenrechtsbasierten und konfliktensensibel angelegten Übergangs. Um dies zu gewährleisten, ist ein entschlossener Einsatz der deutschen Bundesregierung für die Einhaltung der Klimaziele des Pariser Abkommens unerlässlich und setzt eine weitere Ambitionserhöhung in den kommenden Jahren voraus.

7 Literaturverzeichnis

Adger, W. N., Fransen, S., Safra De Campos, R., & Clark, W. C. (2024). Scientific Frontiers on Migration and Sustainability. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 121(3), e2321325121. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.2321325121> " \o "<https://doi.org/10.1073/pnas.2321325121> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Aggestam, K., & Sundell-Eklund, A. (2014). Situating Water in Peacebuilding: Revisiting the Middle East Peace Process. *Water International*, 39(1), 10–22. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/02508060.2013.848313> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Akbari, Farkhondeh, & True, Jacqui (2024). Bargaining with Patriarchy in Peacemaking: The Failure of Women, Peace, and Security in Afghanistan. *Global Studies Quarterly* 4, Nr. 1: ksae004. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/isagsq/ksae004> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

Amnesty International (2018). Conflict Prevention and Human Rights in the Sahel Region. Amnesty International, London. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/POL1067002018ENGLISH.pdf> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).

Auswärtiges Amt (2020). Launch of Green Central Asia: Regional Cooperation to Tackle the Impact of Climate Change. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/themen/KlimaEnergie/conference-green-central-asia/2296630> (letzter Zugriff: 01. August 2024).

Barnett, J. (2018). Global Environmental Change I: Climate Resilient Peace? *Progress in Human Geography*, 43(5), 927–936. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0309132518798077> (letzter Zugriff: 30. Juli 2024).

BBC (16. Oktober 2019). Borba za reke Kosova: Ko su Srbi i Albanci koji se zajedno suprotstavljaju hidroelektrana. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/serbian/lat/balkan-50063845> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

Beath, A., Christia, F., & Enikolopov, R. (2015). The National Solidarity Programme: Assessing the Effects of Community-Driven Development in Afghanistan. *International Peacekeeping*, 22(4), 302–320. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13533312.2015.1059287> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

BenDor, T. K., & Scheffran, J. (2018). *Agent-Based Modeling of Environmental Conflict and Cooperation* (1. Aufl.). CRC Press. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1201/9781351106252> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Berlin Climate and Security Conference (2023). Berlin Climate and Security Conference 2023: Event Summary. German Federal Foreign Office 6 October 2023. Verfügbar unter: https://climate-diplomacy.org/sites/default/files/2023-11/BCSC_2023_Conference_Summary.pdf (letzter Zugriff: 01. August 2024).

Bjarnegård, E., Melander, E., Bardall, G., Forsberg, E., Johansson, K., Muvumba, A., & Olsson, L. (2015). Gender, Peace and Armed Conflict. *SIPRI Yearbook*.

BMZ (08. Dezember 2023). Klima-Schuldenumwandlungen – Debt-for-Climate Swaps. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klimafinanzierung/klima-schuldenumwandlungen-195434> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

Böhmelt, T., Bernauer, T., Buhaug, H., Gleditsch, N. P., Tribaldos, T., & Wischnath, G. (2014). Demand, Supply, and Restraint: Determinants of Domestic Water Conflict and Cooperation. *Global Environmental Change*, 29, 337–348. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.11.018> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Brachet, Julien, & Scheele, Judith (2019). *The Value of Disorder: Autonomy, Prosperity, and Plunder in the Chadian Sahara*. African Studies Series 142. Cambridge (GB): Cambridge University Press, 2019.

Bromberg, G., Majdalani, N., & Taleb, Y. A. (2020). A Green Blue Deal for the Middle East. *EcoPeace Middle East*. Verfügbar unter: <https://ecopeaceme.org/wp-content/uploads/2021/03/A-Green-Blue-Deal-for-the-Middle-East-EcoPeace.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Brot für die Welt (2024). *Atlas der Zivilgesellschaft 2024*. Verfügbar unter: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Brown, O., & Nicolucci-Altman, G. (2022). *The Future of Environmental Peacebuilding: Nurturing an Ecosystem for Peace. A White paper and Compendium*. Geneva Peacebuilding Platform, International Union for Conservation of Nature, PeaceNexus Foundation, Environmental Law Institute, Environmental Peacebuilding Association. Verfügbar unter: <https://static1.squarespace.com/static/61dc05c236d4333322aa36f4/t/620a86b86f9e0c11dd3a9eb6/1644857069810/A+White+Paper+and+Compendium+on+the+Future+of+Environmental+Peacebuilding+%282022%29.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Bruch, C., Batra, G., Anand, A., Chowdhury, S., & Killian, S. (2024). *Conflict-Sensitive Conservation: Lessons from the Global Environment Facility*. Abingdon, Oxon; New York, NY: Routledge.

Bruch, C., Weinthal, E., Johnson, M. F., & Ide, T. (2022). *Towards a Definition of Environmental Peacebuilding*. In: Brown, O., & Nicolucci-Altman, G. (2022). *The Future of Environmental Peacebuilding: Nurturing an Ecosystem for Peace. A White paper and Compendium*. Geneva Peacebuilding Platform, International Union for Conservation of Nature, PeaceNexus Foundation, Environmental Law Institute, Environmental Peacebuilding Association. Verfügbar unter: <https://static1.squarespace.com/static/61dc05c236d4333322aa36f4/t/620a86b86f9e0c11dd3a9eb6/1644857069810/A+White+Paper+and+Compendium+on+the+Future+of+Environmental+Peacebuilding+%282022%29.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Buhaug, H., Nordkvelle, J., Bernauer, T., Böhmelt, T., Brzoska, M., Busby, J. W., Ciccone, A., Fjelde, H., Gartzke, E., Gleditsch, N. P., Goldstone, J. A., Hegre, H., Holtermann, H., Koubi, V., Link, J. S. A., Link, P. M., Lujala, P., O'Loughlin, J., Raleigh, C., et al. (2014). One Effect to Rule them All? A Comment on Climate and Conflict. *Climatic Change*, 127(3–4), 391–397. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10584-014-1266-1> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Buhaug, H., & von Uexkull, N. (2021). Vicious Circles: Violence, Vulnerability, and Climate Change. *Annual Review of Environment and Resources*, 46(Volume 46, 2021), 545–568. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-014708> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Bush, S. S. (2011). International Politics and the Spread of Quotas for Women in Legislatures. *International Organization*, 65(1), 103–137. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/S0020818310000287> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Carius, A. (2006). Environmental Peacebuilding. Environmental Cooperation as an Instrument of Crisis Prevention and Peacebuilding: Conditions for Success and Constraints. *Adelphi Report*, 3(07). Verfügbar unter: https://adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/us_503_-_carius_environmental_peacemaking_06-07-02_1.pdf (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Climate Diplomacy (o. D.). Christophe Hodder. Verfügbar unter: <https://climate-diplomacy.org/christophe-hodder> (letzter Zugriff: 01. August 2024).

Climate Diplomacy (o. D.). Peace Pillar: Multi-Level Approaches for Sustainable Peace in Nigeria's Middle Belt (Benue, Plateau and Nasarawa States). Verfügbar unter: <https://climate-diplomacy.org/peace-pillar-multi-level-approaches-sustainable-peace-nigerias-middle-belt-benue-plateau-and> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

Climate Rights International (2024). Climate Protesters Report. On Thin Ice. Disproportionate Responses to Climate Change Protesters in Democratic Countries. Verfügbar unter: <https://cri.org/reports/on-thin-ice/> (letzter Zugriff: 10. September 2024).

Conca, K., & Dabelko, G. D. (Hrsg.) (2002). *Environmental Peacemaking*. Woodrow Wilson Center Press; Johns Hopkins University Press.

Conflict and Environment Observatory (2024). The environmental risks from a critical minerals rush in Ukraine. Verfügbar unter: <https://ceobs.org/the-environmental-risks-from-a-critical-minerals-rush-in-ukraine/> (letzter Zugriff: 24. September 2024).

Copernicus Climate Change Service (C3S) (2024). June 2024 Marks 12th Month of Global Temperature Reaching 1.5°C above Pre-Industrial. Verfügbar unter: <https://climate.copernicus.eu/copernicus-june-2024-marks-12th-month-global-temperature-reaching-15degc-above-pre-industrial> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Costa, A. D., Irianto, S., & Siscawati, M. (2017). Women's Position in Tara Bandu Customary Law: Case Study on Violence against Women in Suco Tibar, Liquiçá Municipality, Timor-Leste. In: Adi, Isbandi Rukminto & Achwan, Rochman, (Hrsg.) *Competition and Cooperation in Social and Political Sciences*, 251–57, 1st ed. London: Routledge. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1201/9781315213620-31> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

Council on Foreign Relations (2024). Explore the Data: Explore data and read in-depth analysis of major peace processes from 1992 to present. Verfügbar unter: <https://www.cfr.org/womens-participation-in-peace-processes/explore-the-data> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Dabelko, G. D. (2006). From Threat to Opportunity: Exploiting Environmental Pathways to Peace. Prepared for: 'Environment, Peace and the Dialogue among Civilizations and Cultures', Tehran, Iran, 9–10 May. Verfügbar unter: <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/media/documents/article/pathways.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Darwish, S. (18. Januar 2022). Conference Brief Environmental Peacebuilding: Prospects for the Asia-Pacific Region - CDA Collaborative Learning - Practical Learning for International Action. Verfügbar unter: <https://www.cdacollaborative.org/blog/conference-brief-environmental-peacebuilding-prospects-for-the-asia-pacific-region/> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Darwish, S., Allen, R. R., & Lempke, M. (2023). Necessary Complexity in the Anthropocene: New Approaches in Socio-Ecological Systems Thinking, Do No Harm, and Fragility Integration. *Development in Practice*, 33(5), 534–547. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09614524.2023.2219042> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Dinar, S. (2011). *Beyond Resource Wars: Scarcity, Environmental Degradation, and International Cooperation*. MIT Press.

Dresse, A., Fischhendler, I., Nielsen, J. Ø., & Zikos, D. (2019). Environmental Peacebuilding: Towards a Theoretical Framework. *Cooperation and Conflict*, 54(1), 99–119. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0010836718808331> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Dresse, A., Nielsen, J. Ø., & Zikos, D. (2016). Moving Beyond Natural Resources as a Source of Conflict: Exploring the Human-Environment Nexus of Environmental Peacebuilding. THESys Discussion Paper No. 2016-2. Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Deutschland. 1–22. Verfügbar unter: <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/3785/2.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

EcoPeace (2012). Community Based Problem Solving on Water Issues: Cross-Border Priority Initiatives of the Good Water Neighbors Project. Amman/Bethlehem/Tel Aviv: EcoPeace. Verfügbar unter: <https://ecopeaceme.org/wp-content/uploads/2022/03/community-based-problem-solving-on-water-issues-cross-border-priority-initiatives-of-the-good-water-neighbors-project-2.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

EcoPeace (14. Januar 2024). EcoPeace Nominated for Nobel Peace Prize—EcoPeace Middle East. Verfügbar unter: <https://ecopeaceme.org/2024/01/14/ecopeace-nominated-for-nobel-prize/> (letzter Zugriff: 30. Juli 2024).

Eker, S., Scheffran, J., Lenton, T. M., Zimm, C., Smith, S. R., Swamy, D., & Powell, T. (2023). Positive Tipping Cascades (Chapter 4.5). In: Lenton, Timothy M., D.I. Armstrong McKay, S. Lariani, J. F. Abrams, S. J. Lade, J. F. Donges, M. Milkoreit, et al., (Hrsg.) *The Global Tipping Points Report 2023*, 348–352. Exeter, Großbritannien: University of Exeter. Verfügbar unter: <https://global-tipping-points.org> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Energy Community Secretariat (2020). Policy Guidelines on Small Hydropower Projects in the Energy Community. Verfügbar unter: https://www.energy-community.org/dam/jcr:91af0fb3-54e6-4755-8607-0c1c6e400917/HPP_PG_02-2020.pdf (letzter Zugriff: 07. August 2024).

Environmental Peacebuilding Association (2024). Welcome to Environmental Peacebuilding Knowledge Platform—Environmental Peacebuilding. Verfügbar unter: <https://www.environmentalPeacebuilding.org/> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Europäische Kommission (2023). European Critical Raw Materials Act. Verfügbar unter: https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/european-critical-raw-materials-act_en (letzter Zugriff: 22. August 2024).

Fahimi, A., Upham, P., & Pflitsch, G. (2024). Building energy institutions in a conflict zone: Interventions by international organisations in Afghanistan. *Energy Research & Social Science*, 116, 103711.

FAO (2021). FAO support of multi-stakeholder platforms on land tenure governance: Innovative practices from the field and building on experience. Second version. Verfügbar unter: <https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/93bdb04a-2754-401c-b411-989160a10048/content> (letzter Zugriff: 19. August 2024).

FAO (2024). Promoting responsible and inclusive land governance through MSP in Sierra Leone. Verfügbar unter: <https://www.fao.org/tenure/news-articles/promoting-responsible-and-inclusive-land-governance-through-msp-in-sierra-leone/en/> (letzter Zugriff: 19. August 2024).

Fitzpatrick, D. (2002). *Land Claims in East Timor*. Asia Pacific Press.

Flamm, P., & Kroll, S. (2024). Environmental (in)security, Peacebuilding and green economic recovery in the context of Russia's war against Ukraine. *Environment and Security*, 2(1), 21–46. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/27538796241231332> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

FriEnt (28. Januar 2019). Klima- und Friedenspolitik gehören zusammen! Verfügbar unter: <https://www.frient.de/artikel/klimawandel-und-zivile-konfliktbearbeitung-klima-und-friedenspolitik-gehoren-zusammen> (letzter Zugriff: 01. August 2024).

Froese, R., Hussak, M., Pastoors, D., & Scheffran, J. (2023). Erhalten, Entfalten, Gestalten: Mittel der Konflikttransformation für Wege aus der Klimakrise einsetzen. *Wissenschaft & Frieden* 4/23, 43–47.

Fröhlich, C., & Gioli, G. (2015). Gender, Conflict, and Global Environmental Change. *Peace Review*, 27(2), 137–146. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/10402659.2015.1037609> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Gemenne, F., Barnett, J., Adger, W. N., & Dabelko, G. D. (2014). Climate and Security: Evidence, Emerging Risks, and a New Agenda. *Climatic Change*, 123(1), 1–9. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10584-014-1074-7> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Goodman, S., & Baudu, P. (2023). Briefe: Climate Change as a “Threat Multiplier”: History, Uses and Future of the Concept - The Council on Strategic Risks. Center for Climate & Security. Council on Strategic Risks. Verfügbar unter: <https://councilson-strategicrisks.org/2023/01/03/briefer-climate-change-as-a-threat-multiplier-history-uses-and-future-of-the-concept/> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Grzybowski, A., & Hunnie, C. (2021). Mediating Peace with Climate Change. Integrating Mitigation and Adaptation Strategies into Peace Processes. *Pacific Resolutions*. Verfügbar unter: <https://ecopeaceme.org/wp-content/uploads/2022/03/mediating-peace-with-climate-change.pdf> (letzter Zugriff: 30. Juli 2024).

Hachmann, S., Löhr, K., Morales-Muñoz, H., Eufemia, L., Sieber, S., & Bonatti, M. (2023). Conceptualizing Community-based Environmental Peacebuilding in Cesar, Colombia. *Human Ecology*, 51(2), 221–235. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10745-023-00399-9> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Hallegatte, S., Vogt-Schilb, A., Rozenberg, J., Bangalore, M., & Beaudet, C. (2020). From Poverty to Disaster and Back: A Review of the Literature. *Economics of Disasters and Climate Change*, 4(1), 223–247. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s41885-020-00060-5> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Harari, N., & Roseman, J. (2008). Environmental Peacebuilding, Theory and Practice. Report. EcoPeace / Friends of the Earth Middle East. Verfügbar unter: <https://ecopeace.org/wp-content/uploads/2022/03/environmental-peacebuilding-theory-and-practice-a-case-study-of-the-good-water-neighbours-project-and-in-depth-analysis-of-the-wadi-fukin-tzur-hadassah-communities.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Hardt, J. N., & Scheffran, J. (2019). Environmental Peacebuilding and Climate Change. Peace and Conflict Studies at the Edge of Transformation. Policy Brief 68, Toda Peace Institute.

Hassan, O. (2023). Afghanistan: Lessons learnt from 20 years of supporting democracy, development and security. European Parliament. Verfügbar unter: https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/266950/Study%20on%20Afghanistan_final.pdf (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).

Heiba, S. (3. Februar 2021). How the EU Green Deal Perpetuates Climate Colonialism. Earth.Org. Verfügbar unter: <https://earth.org/eu-green-deal-perpetuates-climate-colonialism/> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

High-Level Working Group on the Environmental Consequences of the War (2024). An Environmental Compact for Ukraine. A Green Future: Recommendations for Accountability and Recovery, 9. Februar 2024. Verfügbar unter: https://www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/01/24/69/cc0dab040b3207268e5c8fb5275b22e4_1707492952.pdf (letzter Zugriff: 19. August 2024).

Hodder, Christophe (26. August 2021). Climate Change and Security in the United Nations Assistance Mission to Somalia | Climate-Diplomacy, 26. August 2021. Verfügbar unter: <https://climate-diplomacy.org/magazine/conflict/climate-change-and-security-united-nations-assistance-mission-somalia> (letzter Zugriff: 21. August 2024).

Hsiang, S. M., Burke, M., & Miguel, E. (2013). Quantifying the Influence of Climate on Human Conflict. *Science*, 341(6151), Verfügbar unter: <https://www.science.org/doi/10.1126/science.1235367> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

ICRC (o. D.). International humanitarian law and policy on climate and conflict. Verfügbar unter: <https://www.icrc.org/en/what-we-do/climate-change-conflict> (letzter Zugriff: 01. Juli 2024).

Ide, T. (2018). Does Environmental Peacemaking Between States Work? Insights on Cooperative Environmental Agreements and Reconciliation in International Rivalries. *Journal of Peace Research*, 55(3), 351–365. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0022343317750216> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T. (2019). The Impact of Environmental Cooperation on Peacemaking: Definitions, Mechanisms, and Empirical Evidence. *International Studies Review*, 21(3), 327–346. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/isr/viy014> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T. (2020). The Dark Side of Environmental Peacebuilding. *World Development*, 127, 104777. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2019.104777> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T. (2023). *Catastrophes, Confrontations, and Constraints: How Disasters Shape the Dynamics of Armed Conflicts*. MIT Press.

Ide, T., Bruch, C., Carius, A., Conca, K., Dabelko, G. D., Matthew, R., & Weinthal, E. (2021a). The Past and Future(s) of Environmental Peacebuilding. *International Affairs*, 97(1), 1–16. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ia/iiaa177> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T., Brzoska, M., Donges, J. F., & Schleussner, C.-F. (2020). Multi-Method Evidence for when and how Climate-Related Disasters Contribute to Armed Conflict Risk. *Global Environmental Change*, 62, 102063. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102063> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T., Palmer, L. R., & Barnett, J. (2021b). Environmental Peacebuilding from Below: Customary Approaches in Timor-Leste. *International Affairs*, 97(1), 103–117. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ia/iiaa059> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Ide, T., & Scheffran, J. (2013). Climate Change: Source of Conflict or Promoter of Cooperation? Submitted Working Paper CLISEC–26. Research Group Climate Change and Security. University of Hamburg. Verfügbar unter: <https://www.clisec.uni-hamburg.de/en/pdf/working-paper-clisec-26.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Independent International Commission of Inquiry on Ukraine (19. Oktober 2023). Report of the Independent International Commission of Inquiry on Ukraine. Report to the General Assembly. Dokumentennummer A/78/540. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A-78-540-AEV.pdf> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

Independent International Commission of Inquiry on Ukraine (5. März 2024). Report of the Independent International Commission of Inquiry on Ukraine. Report to the Human Rights Council. Dokumentennummer A/HRC/55/66. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/a-hrc-55-66-auv-en.pdf> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

International Crisis Group (2017). *Herders against Farmers: Nigeria's Expanding Deadly Conflict*. Report No. 252, International Crisis Group, Brussels.

International Crisis Group (2022). *Giving Countries in Conflict Their Fair Share of Climate Finance*. Verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/content/fair-share-of-climate-finance> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

IPCC (2022). *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Lösschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (Hrsg.)]. Cambridge University Press. Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA, 3056 pp., IPCC. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/9781009325844> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

- IPCC (2023). Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, H. Lee and J. Romero Hrsg.], 35–115, IPCC, Genf, Schweiz. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.59327/IPCC/AR6-9789291691647> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Jireh Doo Foundation (o. D.). Home. Verfügbar unter: <https://jirehdoo.org/> (letzter Zugriff: 25. September 2024).
- Johnson, M. F., Rodríguez, L. A., & Quijano Hoyos, M. (2021). Intrastate Environmental Peacebuilding: A Review of the Literature. *World Development*, 137, 105150. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105150> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Karuga, R., Kabaria, C., Chumo, I., Okoth, L., Njoroge, I., Otiso, L., Muturi, N., Karki, J., Dean, L., Tolhurst, R., Steege, R., Ozano, K., Theobald, S., & Mberu, B. (2023). Voices and Challenges of Marginalized and Vulnerable Groups in Urban Informal Settlements in Nairobi, Kenya: Building on a Spectrum of Community-Based Participatory Research Approaches. *Frontiers in Public Health*, 11, 1175326. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.3389/fpubh.2023.1175326> (letzter Zugriff: 24.07.2024).
- Kelley, C. P., Mohtadi, S., Cane, M. A., Seager, R., & Kushnir, Y. (2015). Climate Change in the Fertile Crescent and Implications of the Recent Syrian Drought. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 112(11), 3241–3246. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1421533112> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Krampe, F. (2017). Toward Sustainable Peace: A New Research Agenda for Post-Conflict Natural Resource Management. *Global Environmental Politics*, 17(4), 1–8. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1162/GLEP_a_00431 (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).
- Krampe, F., & Gignoux, S. (2018). Water Service Provision and Peacebuilding in East Timor: Exploring the Socioecological Determinants for Sustaining Peace. *Journal of Intervention and Statebuilding*, 12(2), 185–207. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/17502977.2018.1466945> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Krampe, F., Hegazi, F., & VanDeveer, S. D. (2021). Sustaining Peace Through Better Resource Governance: Three Potential Mechanisms for Environmental Peacebuilding. *World Development*, 144, 105508. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2021.105508> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Krampe, F., & Swain, A. (2021). Environmental Peacebuilding. In: Richmond O., & Visoka G. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Peacebuilding, Statebuilding, and Peace Formation*, 563–578. Oxford University Press. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190904418.013.40> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).
- Krause, J., Krause, W., & Bränfors, P. (2018). Women's Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace. *International Interactions*, 44(6), 985–1016. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03050629.2018.1492386> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Kuzio, T. (2002). History, Memory and Nation Building in the Post-Soviet Colonial Space. *Nationalities Papers*, 30(2), 241–264. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/00905990220140649> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

- Link, P. M., Scheffran, J., & Ide, T. (2016). Conflict and Cooperation in the Water-Security Nexus: A Global Comparative Analysis of River Basins under Climate Change. *WIREs Water*, 3(4), 495–515. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1002/wat2.1151> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Linke, A. M., & Ruether, B. (2021). Weather, Wheat, and War: Security Implications of Climate Variability for Conflict in Syria. *Journal of Peace Research*, 58(1), 114–131. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0022343320973070> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Maas, A., Carius, A., & Wittich, A. (2012). From Conflict to Cooperation? Environmental Cooperation as a Tool for Peace-Building. In: Floyd, R., & Matthew, R. (Hrsg.) *Environmental Security*, 102–120. London: Routledge.
- Mach, K. J., Kraan, C. M., Adger, W. N., Buhaug, H., Burke, M., Fearon, J. D., Field, C. B., Hendrix, C. S., Maystadt, J.-F., O’Loughlin, J., Roessler, P., Scheffran, J., Schultz, K. A., & von Uexkull, N. (2019). Climate as a Risk Factor for Armed Conflict. *Nature*, 571(7764), 193–197. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/s41586-019-1300-6> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Magrin, Géraud & de Montclos, Marc-Antoine Pérouse (2018). *Crise et développement: la région du lac Tchad à l’épreuve de Boko Haram*. Études de l’AFD. Paris: Agence française de développement.
- Matthew, R., Brown, O., & Jensen, D. (2009). From Conflict to Peacebuilding: The Role of Natural Resources and the Environment. UNEP/Earthprint. Verfügbar unter: https://www.iisd.org/system/files/publications/conflict_Peacebuilding.pdf (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- McClain, S. N., Bruch, C., & Fujii, M. (2022). The Methodology and Application of a Migration with Dignity Framework. *Journal of Disaster Research*, 17(3), 308–314. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.20965/jdr.2022.p0308> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- McWilliam, A., Wasson, R. J., Rouwenhorst, J., & Amaral, A. L. (2020). Disaster Risk Reduction, Modern Science and Local Knowledge: Perspectives from Timor-Leste. *International Journal of Disaster Risk Reduction*, 50, 101641. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.ijdrr.2020.101641> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Mead, S., & Jacobsson, M. (2023). Integrating Gender, Peace and Environment: The Gender Dimension of Environmental Peacebuilding. In: Dam-de Jong, D., & Sjöstedt, B. (Hrsg.), *Research Handbook on International Law and Environmental Peacebuilding*, 381–400. Edward Elgar Publishing. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4337/9781789906929.00026> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Mirzabaev, A., Sacande, M., Motlagh, F., Shyrokaya, A., & Martucci, A. (2022). Economic Efficiency and Targeting of the African Great Green Wall. *Nature Sustainability*, 5(1), 17–25. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/s41893-021-00801-8> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).
- Nadiruzzaman, Md., John, S., Muehlberger, V., & Scheffran, J. (2023). From a Climate-Security Nexus to Conflict-Sensitive Climate Actions for Peacebuilding and Human Security. *International Development Planning Review*, 45(4), 469–478. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.3828/idpr.2023.16> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

- Nagarajan, C., Binder, L., Destrijcker, L., Michelini, S., Rüttinger, L., Sangaré, B., Šedová, B., Vivekananda, J., & Zaatour, R. (2022). Weathering Risk Climate, Peace and Security Assessment: Mali. How Climate and Environmental Change Compound Conflict and inequality. adelphi. Verfügbar unter: <https://weatheringrisk.org/sites/default/files/document/Climate%2C%20peace%20and%20security%20assessment%20Mali%20Full%20Report.pdf> (letzter Zugriff: 07. August 2024).
- Nathan, Noah L. (2023). *The Scarce State: Inequality and Political Power in the Hinterland*. Cambridge Studies in Comparative Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Newman, E. (2011). A Human Security Peace-Building Agenda. *Third World Quarterly*, 32(10), 1737–1756. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/01436597.2011.610568> (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).
- Osasona, T. (2023). The Question of Definition: Armed banditry in Nigeria's North-West in the context of International Humanitarian Law. *International Review of the Red Cross*, 105(923), 735-749. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/S1816383122000455> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).
- OSCE (10. Dezember 2021). OSCE Mission supports Kosovo in the fight against environmental crime. Verfügbar unter: <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/507920> (letzter Zugriff: 22. August 2024).
- Ostrom, Elinor (1990). *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge University Press.
- O'Reilly, M., Súilleabháin, A. Ó., & Paffenholz, T. (2015). Reimagining Peacemaking: Women's Roles in Peace Processes. Verfügbar unter: https://cve-kenya.org/media/library/Reilly_et_al_2015_Reimagining_Peacemaking_Womens_Roles_in_Peace_Processes.pdf (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Paffenholz, T. (2015). Can Inclusive Peace Processes Work? New Evidence from a Multi-Year Research Project. Policy Brief. The Graduate Institute of International and Development Studies, Centre on Conflict, Development and Peacebuilding - Inclusive Peace and Transition Initiative. Verfügbar unter: <https://www.inclusivepeace.org/wp-content/uploads/2021/05/briefing-note-can-inclusive-processes-work-en.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Paffenholz, T., Potter Prentice, A., & Buchanan, C. (2015). Fresh Insights on the Quantity and Quality of Women's Inclusion in Peace Processes: Expert Views on Findings from the „Broadening Participation“ and „Civil Society and Peacebuilding“ Projects. Policy Brief. Crisis Management Initiative (CMI), The Graduate Institute of International and Development Studies, Centre on Conflict, Development and Peacebuilding - Inclusive Peace and Transition Initiative. Verfügbar unter: <https://www.peacewomen.org/sites/default/files/GenderPolicyBrief.pdf> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Palmer, L., & McWilliam, A. (2019). Spirit Ecologies and Customary Governance in Post-conflict Timor-Leste. *Bijdragen tot de taal-, land- en volkenkunde / Journal of the Humanities and Social Sciences of Southeast Asia*, 175(4), 474–505. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1163/22134379-17504003> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

- Pastoors, D., Drees, L., Fickel, T., & Scheffran, J. (2022). „Frieden verbessert das Klima“ – Zivile Konfliktbearbeitung als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 15, 283–305. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s12399-022-00911-x> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Pfaff, T. (Hrsg.) (2023). *Ökozid*. Oekom-Verlag, 323–340.
- Plochy, S. (2015). *The Gates of Europe: A History of Ukraine*. Basic Books.
- Porter, E. (2016). Feminists Building Peace and Reconciliation: Beyond Post-Conflict. *Peacebuilding*, 4(2), 210–225. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/21647259.2016.1192245> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Qazi Zada, Sebghatullah, & Qazi Zada, Mohd Ziaolhaq (2024). The Taliban and Women’s Human Rights in Afghanistan: The Way Forward. *The International Journal of Human Rights*, 1–36. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13642987.2024.2369584> (letzter Zugriff: 25. September 2024).
- Reeve, Thomas, & Walsh, Lyndsay (2023). *Forgotten Frontlines. Looking at the Climate Finance Going to Fragile and Conflict Affected States in 2019-20*. Oxfam International. Verfügbar unter: https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/2023-12/Media%20brief%20-%20Forgotten%20Frontlines_English.pdf (letzter Zugriff: 03. September 2024).
- Reynolds, K. M. (2016). Unpacking the Complex Nature of Cooperative Interactions: Case Studies of Israeli–Palestinian Environmental Cooperation in the Greater Bethlehem Area. *GeoJournal*, 82(4), 701–719. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10708-016-9708-0> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Richardson, K., Steffen, W., Lucht, W., Bendtsen, J., Cornell, S. E., Donges, J. F., Drüke, M., Fetzer, I., Bala, G., von Bloh, W., Feulner, G., Fiedler, S., Gerten, D., Gleeson, T., Hofmann, M., Huiskamp, W., Kummu, M., Mohan, C., Nogués-Bravo, D., et al. (2023). Earth Beyond Six of Nine Planetary Boundaries. *Science Advances*, 9(37), eadh2458. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Rustad, S. A., & Binningsbø, H. M. (2012). A Price Worth Fighting For? Natural Resources and Conflict Recurrence. *Journal of Peace Research*, 49(4), 531–546. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0022343312444942> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Rüttinger, L., Smith, D., Stang, G., Tänzler, D., & Vivekananda, J. (2015). *A New Climate for Peace – Taking Action on Climate and Fragility Risks*. adelphi. adelphi, International Alert, Woodrow Wilson International Center for Scholars, European Union Institute for Security Studies. Verfügbar unter: <https://adelphi.de/de/publikationen/a-new-climate-for-peace-taking-action-on-climate-and-fragility-risks> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Sändig, J., Dalmer, N., Ide, T., & Vogler, A. (2024). From Climate Conflicts to Environmental Peacebuilding: Exploring Local Dimensions. *Environment and Security*, 2(1), 3–20. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/27538796241231090> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Save the Blue Heart of Europe (03. Dezember 2020). *The Devastating Business of the Kelag in the Balkans*. Verfügbar unter: <https://www.balkanrivers.net/en/news/the-devastating-business-of-the-kelag-in-the-balkans> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

- Scambray, J., & Wassel, T. (2018). Hybrid Peacebuilding in Hybrid Communities: A Case Study of East Timor. In: Wallis, J., Kent, L., Forsyth, M., Dinnen, S., & Bose, S. (Hrsg.), *Hybridity on the Ground in Peacebuilding and Development: Critical Conversations*, 181–199. ANU Press. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.22459/HGPD.03.2018.11> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Scheffran, J. (1998). Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung des Friedens. In: Scheffran, J., & Vogt, W. (Hrsg.), *Kampf um die Natur – Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Scheffran, J. (2016). From a Climate of Complexity to Sustainable Peace: Viability Transformations and Adaptive Governance in the Anthropocene. In: Brauch, H. G., Oswald Spring, Ú., Grin, J., & Scheffran, J. (Hrsg.), *Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace* (Bd. 10), 305–347. Springer International Publishing. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-319-43884-9_13 (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Scheffran, J., Ide, T., & Schilling, J. (2014). Violent Climate or Climate of Violence? Concepts and Relations with Focus on Kenya and Sudan. *The International Journal of Human Rights*, 18(3), 369–390. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13642987.2014.914722> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Schilling, J., Nash, S. L., Ide, T., Scheffran, J., Froese, R., & von Prondzinski, P. (2017). Resilience and Environmental Security: Towards Joint Application in Peacebuilding. *Global Change, Peace & Security*, 29(2), 107–127. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/14781158.2017.1305347> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Schleussner, C.-F., Deryng, D., D'haen, S., Hare, W., Lissner, T., Ly, M., Nauels, A., Noblet, M., Pfliegerer, P., Pringle, P., Rokitzki, M., Saeed, F., Schaeffer, M., Serdeczny, O., & Thomas, A. (2018). 1.5°C Hotspots: Climate Hazards, Vulnerabilities, and Impacts. *Annual Review of Environment and Resources*, 43(1), 135–163. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-102017-025835> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Schleussner, C.-F., Donges, J. F., Donner, R. V., & Schellnhuber, H. J. (2016). Armed-Conflict Risks Enhanced by Climate-Related Disasters in Ethnically Fractionalized Countries. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 113(33), 9216–9221. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1601611113> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).
- Schnabel, Simone, & Witt, Antonia (2022). *Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Regierungshandeln: Lehren aus Mali und Niger*. Herausgegeben vom Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Studie 5. Berlin. Verfügbar unter: https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/wp-content/uploads/2022/09/Studie-des-Beirats-ZKP_Studie-5_Friedenspolitische-Kohaerenz-im-deutschen-Regierungshandeln_web.pdf (letzter Zugriff: 02. September 2024).
- Schneider-Jacoby, M., Stumberger, B., Schwarz, U., Sackl, P., Dhora, D., Saveljic, D., & Fremuth, W. (2010). "The importance of the Prespa National Park area (Albania/Macedonia) for the protection of the White Pelican *Pelecanus crispus* and other waterbirds." *International Journal of Waterbird Conservation*, 7(1), 1-20.
- Schwarz, Ulrich, & Vienna, Fluvius (2022). *Hydropower Projects on Balkan Rivers*. 2022 Update. Verfügbar unter: https://balkanrivers.net/uploads/files/3/Balkan_HPP_Update_2022.pdf (letzter Zugriff: 02. September 2024).

SIGAR (2021). What we Need to Learn: Lessons from Twenty Years of Afghanistan Reconstruction. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. Verfügbar unter: <https://www.sigar.mil/pdf/lessonslearned/SIGAR-21-46-LL.pdf> (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).

SIPRI (2020). Climate Change in Women, Peace and Security National Action Plans. SIPRI. Verfügbar unter: <https://www.sipri.org/publications/2020/sipri-insights-peace-and-security/climate-change-women-peace-and-security-national-action-plans> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Sjoberg, Laura (2012). Gender, Structure, and War: What Waltz Couldn't See. *International Theory* 4 (1), 1–38. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/S175297191100025X> (letzter Zugriff: 30. August 2024).

Sjoberg, Laura (2014). *Gender, War, and Conflict*. John Wiley & Sons.

Smith, L.G.E., Thomas, E.F., Bliuc, AM., & McGarty, Craig (2024). Polarization is the Psychological Foundation of Collective Engagement. *Commun Psychol* 2(41). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/s44271-024-00089-2> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

Sommer, U., & Fassbender, F. (2024). Environmental Peacebuilding: Moving Beyond Resolving Violence-Ridden Conflicts to Sustaining Peace. *World Development*, 178, 106555. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2024.106555> (letzter Zugriff: 30. Juli 2024).

Sowers, J. L., Weinthal, E., & Zawahri, N. (2017). Targeting Environmental Infrastructures, International Law, and Civilians in the New Middle Eastern Wars. *Security Dialogue*, 48(5), 410–430. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0967010617716615> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Spasić, Vladimir (19. Oktober 2021). Kosovo* Supreme Court: Three Kelag Small Hydropower Plants Must Be Shut Down. *Balkan Green Energy News*. Verfügbar unter: <https://balkangreenenergynews.com/kosovo-supreme-court-kelags-three-small-hydropower-plants-must-be-shut-down/> (letzter Zugriff: 25. September 2024).

Strand, A., Hatlebakk, M., Wimpelmann, T., & Wardak, M. (2022). Community-Driven Development or community-based development? Bergen: Chr. Michelsen Institute (CMI Report R 2022:3). Verfügbar unter: <https://www.cmi.no/publications/8331-community-driven-development-or-community-based-development> (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).

Šterić, Luka (2023). A Driver of Green Transition or a Colonial Tailings Dump: Political Discourse on the Jadar Project. *Belgrade Center for Security Policy*. Verfügbar unter: <https://rs.boell.org/sites/default/files/2023-12/green-transition-eng-06.pdf> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).

Surge Africa Organisation (2023). Climate Security Brief. Assessing Conflict and Fragility Risk in Nigeria. Verfügbar unter: <https://static1.squarespace.com/static/6557b5da1a29761554c52dec/t/65835ae0a7d8fa0a58ba22b5/1703107297920/Climate%2BSecurity%2BBrief.pdf> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

The Nature Conservancy (2023). Regional Coalition Aims to Protect Up to 400 Kilometres of Rivers Across Southeast Europe. Verfügbar unter: <https://www.nature.org/en-us/newsroom/regional-coalition-aims-to-protect-up-to-400-km-rivers-southeast-europe/> (letzter Zugriff: 07. August 2024).

Ukraine (2023). Was ist der 10-Punkte-Friedensplan von Selenskyj? Verfügbar unter: <https://war.ukraWarine.ua/de/faq/was-ist-der-10-punkte-friedensplan-von-selenskyj/> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).

UN (1992). United Nations Framework Convention on Climate Change. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf> (letzter Zugriff: 01. August 2024).

UN Habitat (2017). Analytic Closure Report. National Solidarity Programme (NSP). Verfügbar unter: <https://unhabitat.org/sites/default/files/download-manager-files/ANALYTIC%20CLOSURE%20REPORT%20-%20National%20Solidarity%20Programme%20%28NSP%29.pdf> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).

UN Women (2022). Explainer: How Gender Inequality and Climate Change are Interconnected. Verfügbar unter: <https://www.unwomen.org/en/news-stories/explainer/2022/02/explainer-how-gender-inequality-and-climate-change-are-interconnected> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

UNDP (o. D.). Gender Inequality Index (GII). Verfügbar unter: <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2024).

UNEP (2016). Evaluation of the Environmental Cooperation for Peacebuilding Programme. Verfügbar unter: <http://www.unep.org/resources/terminal-project-evaluations/evaluation-environmental-cooperation-Peacebuilding-programme> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

UNEP (2021). Frieden schließen mit der Natur. Report, United Nations Environment Programme. Verfügbar unter: https://dgvn.de/publications/PDFs/UN_Berichte/UNEP-Bericht-Frieden_schliessen_mit_de_Natur-Web.pdf (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).

UNEP, UN Women, UN PBSO & UNDP (2013). Women and Natural Resources Unlocking the Peacebuilding Potential. Verfügbar unter: https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/8373/-Women%20and%20natural%20resources_%20unlocking%20the%20peace%20building%20potential-2013Womenandnaturalresource_2013.pdf?sequence=3&BisAllowed= (letzter Zugriff: 30. August 2024).

UNEP, UN Women, UNDP & UNDP/PA/PBSO (2020). Gender, Climate and Security: Sustaining Inclusive Peace on the Frontlines of Climate Change. UN Women – Headquarters. Verfügbar unter: <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2020/06/gender-climate-and-security> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

UNICEF & WHO (2023). Progress on Household Drinking Water, Sanitation and Hygiene 2000–2022: Special Focus on Gender. New York: United Nations Children’s Fund (UNICEF) and World Health Organization (WHO). Verfügbar unter: https://cdn.who.int/media/docs/default-source/wash-documents/jmp-2023_layout_v3launch_5july_low-reswhoweb.pdf?sfvrsn=c52136f5_3&download=true (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

Vinke, Kira; Dröge, Susanne; Gießmann, Hans-Joachim; Hamm, Charlotte; Kroll, Stefan; Rheinbay, Janna; & Wesch, Stefanie (2021): Klimawandel und Konflikte. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Herausgegeben vom Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Studie 2. Berlin. Verfügbar unter: https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/wp-content/uploads/2021/01/Studie_2_Klimawandel_und_Konflikte_Beirat_Zivile_Krisenpraevention_WEB.pdf (letzter Zugriff: 02. September 2024).

von Loeben, S., Birner, J., Vinke, K., Gornott, C., et al. (2022). Moving from Reaction to Action: Anticipating Vulnerability Hotspots in the Sahel. Synthesis Report from the Sahel Predictive Analytics Project in Support of the United Nations Integrated Strategy for the Sahel (UNISS) and UNHCR, Geneva. Verfügbar unter: <https://www.unhcr.org/sites/default/files/legacy-pdf/63983f944.pdf> (letzter Zugriff: 30. August 2024).

von Uexkull, N., Croicu, M., Fjelde, H., & Buhaug, H. (2016). Civil Conflict Sensitivity to Growing-Season Drought. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 113(44), 12391–12396. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1607542113> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

von Uexkull, N., d’Errico, M., & Jackson, J. (2020). Drought, Resilience, and Support for Violence: Household Survey Evidence from DR Congo. *Journal of Conflict Resolution*, 64(10), 1994–2021. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0022002720923400> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Weinthal E., & Sowers, J. (2023). Targeting Libya’s rentier economy: The politics of energy, water, and infrastructural decay. *Environment and Security*, 1(3–4), 187–208.

Wolf, A. T. (2007). Shared Waters: Conflict and Cooperation. *Annual Review of Environment and Resources*, 32(1), 241–269. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1146/annurev.energy.32.041006.101434> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

World Bank (2018). WePOWER Story. The World Bank Group. Verfügbar unter: <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/215631600997795422-0310022020/original/Ourstory.pdf> (letzter Zugriff: 01. Oktober 2024).

World Bank (2023). Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment: February 2022 – February 2023. World Bank Group. Verfügbar unter: <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099184503212328877/pdf/P1801740d1177f03c0ab180057556615497.pdf> (letzter Zugriff: 25. Juli 2024).

Yoshida, K., Bond, H., & Kezie-Nwoha, H. (2021). Defending the Future: Gender, Conflict and Environmental Peace. London School of Economics and Political Science. Verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/women-peace-security/publications/Defending-the-Future-Gender-Conflict-and-Environmental-Peace.aspx> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Yoshida, K., & Céspedes-Báez, L. M. (2021). The Nature of Women, Peace and Security: A Colombian perspective. *International Affairs*, 97(1), 17–34. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ia/iaa173> (letzter Zugriff: 09. Juli 2024).

Zucker-Marques, Marina, Gallagher, Kevin P., and Volz, Ulrich with Shamshad Akhtar, Maria Fernanda Espinosa, Jörg Haas, Patrick Njoroge and Bogolo Kenewendo (2024). Defaulting on Development and Climate: Debt Sustainability and the Race for the 2030 Agenda and Paris Agreement. Boston, London, Berlin: Boston University Global Development Policy Center; Centre for Sustainable Finance, SOAS, University of London; Heinrich Böll Foundation. Verfügbar unter: <https://drgr.org/files/2024/04/DRGR-Report-2024-FIN.pdf> (letzter Zugriff: 03. September 2024).

8 Anhang

Anhang 1: Auswahl von aktuellen Environmental-Peacebuilding-Projekten (Stand: Juli 2024)

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Bay of Bengal maritime dialogue	Centre for Humanitarian Dialogue (HD)	Bay of Bengal	2022–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/peace-pillar-bay-bengal-maritime-dialogue
Konflikte um Ressourcen gemeinsam konstruktiv verhandeln	GIZ/ZFD Projektpartner: Cercle de réflexion et d'action pour un développement locale innovant (CercleDev), Développement pour un Mieux-Etre (Demi-E), Fédération des Unions de Groupements Paysans du Niger Mooriben (FUGPN Mooriben), Fédération Nationale des Eleveurs du Niger (FNEN Daddo), Groupe d'Echange et de Recherche pour la promotion de la Mutualité et de la Micro Entreprise (Germe), Groupe d'Etudes et de Recherches sur l'Environnement et de Développement (GERED), Potal Men	Benin, Niger, Sahel	2022–2024, Anschlussprojekt bewilligt	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/konflikte-um-ressourcen-gemeinsam-konstruktiv-verhandeln
Dialog schafft Aus- und Mitsprache	GIZ/ZFD Projektpartner: Apoyo para el campesino-indígena del Oriente boliviano (APCOB), Asociación de los Entes de Participación y Control Social del Departamento de Santa Cruz (ACOVICRUZ), Fundación Construir, Fundación Instituto Radiofónico Fe y Alegría (IRFA), Fundación para la Conservación del Bosque Chiquitano (FCBC), Fundación UNIR Bolivia, Instituto para el desarrollo rural de Sudamérica (IPDRS), Proceso Servicios Educativos, Universidad Núr	Bolivien	2023–2026	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/dialog-schafft-aus-und-mitsprache

²¹Viele der Projekte sind auf langfristige Zielsetzungen ausgelegt und umfassen die strategische Planung von sowie die Implementierung von Folgeprojekten.

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Programme to strengthen the resilience of pastoral and agro-pastoral households to climate crises and insecurity (RESILIA) Phase 1	Netherlands Development Organization (SNV)	Burkina Faso	2021–2024	https://climate-diplomacy.org/programme-strengthen-resilience-pastoral-and-agro-pastoral-households-climate-crisis-and-insecurity
Im Dialog Polarisierung überwinden und Konflikte bearbeiten	GIZ/ZFD Projektpartner: Alianza de Medios Comunicando a Honduras (AMCH), Asociación de Prensa Hondureña (APH), Comisión de Acción Social Menonita (CASM), Comisionado Nacional de los Derechos Humanos (CONADEH), Foro Social de la Deuda Externa y Desarrollo de Honduras (FOSDEH), La Voz de Zacate Grande, Play FM Honduras, Radio Cholula Triunfeña, Radio Exclusiva, Radio Marcala, Radio Morazanista, Radio ODECO, Radio Suyuguaire	Honduras	2022–2024, Anschlussprojekt bewilligt	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/im-dialog-polarisierung-ueberwinden-und-konflikte-bearbeiten
Climate-focused mediation and Peacebuilding in Iraq	Berghof Foundation	Irak	Juni 2022 – März 2025	https://berghof-foundation.org/work/projects/iraq-climate-conflict
Birds Know No Boundaries	BirdLife Israel	Israel	1980– gegenwärtig	https://www.birds.org.il/en/article/BirdLife-Israel
Arava Institute for Environmental Studies	Arava Institute for Environmental Studies	Israel	1996– gegenwärtig (Environmental studies seit 2012)	https://arava.org/
Environmental pathways for reconciliation Yemen	European Institute of Peace, adelphi	Jemen	2022–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/peace-pillar-environmental-pathways-reconciliation-yemen
Good Water Neighbors	EcoPeace Middle East	in den Gebieten Jordaniens, Palästinas und Israels	2001– gegenwärtig	https://ecopeace-me.org/
Zivil ist der Weg: Konflikte konstruktiv angehen	Weltfriedensdienst/ZFD Projektpartner: Children Peace Initiative Kenya (CPI), Indigenous Movement for Peace Advancement and Conflict Transformation (IMPACT), Regional Pastoralist Peace Link (RPPL)	Kenia	2020–2024, Anschlussprojekt bewilligt	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/zivil-ist-der-weg-konflikte-konstruktiv-angehen

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Dialog zwischen den Religionen und Bearbeitung von Ressourcenkonflikten	AGIAMONDO/ZFD Projektpartner: Association of Sisterhoods of Kenya (AOSK), Coast Interfaith Council of Clerics Trust (CICC), Institut „Interreligious Dialogue and Islamic Studies“ (IRDIS) am Tangaza University College, IRD-Kommission der Diözese Malindi, JPD Kakamega, Kenianische Bischofskonferenz (Kenya Conference of Catholic Bishops, KCCB): Kommission für Interreligiösen Dialog und Ökumene (CIRDE) sowie NJPD, Missionaries of Africa (MAfr), Sisters of St Joseph of Tarbes	Kenia	2022–2025	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/dialog-zwischen-den-religionen-und-bearbeitung-von-ressourcenkonflikten
Powering peace through climate action	International Alert und lokale Partner (UNOY)	Kenia und Nigeria	2022–2024	https://climate-diplomacy.org/powering-peace-through-climate-action https://unoy.org/powering-peace-through-climate-action-a-project-from-angel-support-foundation/
Perspektiven für den Frieden	Brot für die Welt/ZFD Projektpartner: Center for Justice and Peace Studies (CJPS), Conservation Society of Sierra Leone (CSSL), Council of Churches in Sierra Leone (CCSL), Culture Radio, Freetong Players International (FPI), Future in Our Hands (FIOH), Liberia Opportunities Industrialization Centers (LOIC), Liberian Council of Churches (LCC), Lutheran Church in Liberia – Trauma Healing and Reconciliation Program (LCL-THRP), Lutheran Development Service (LDS), Mankind's Activities for Development Accreditation Movement (MADAM), Men's Association for Gender Equality-Sierrra Leone (MAGE-SL), New African Research and Development Agency (NARDA), Sierra Leone Adult Education Organisation (SLADEA), Sierra Leone Network on the Right to Food (SiL-NoRF), Sierra Leone Opportunities Industrialization Centres (SLOIC), Young Men's Christian Association Liberia (YMCA-Liberia), Young Men's Christian Association Sierra Leone (YMCA-Sierra Leone), Young Women's Christian Association Sierra Leone (YWCA SL)	Liberia, Sierra Leone, Mano-River-Region	2024–2027	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/perspektiven-fuer-den-frieden

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Water, peace and security (WPS) in Mali	IHE Delft, World Resources Institute, Deltares, The Hague Centre for Strategic Studies, Wetlands International, International Alert	Mali	2018–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/water-peace-and-security-wps-partnership-mali
Gender-transformative and Equitable Natural Resource Management (GENRE) for Resilience, Social Cohesion and Peace (Phase II)	Care UK, Care Mali, Association Malienne pour la Promotion du Sahel (AMAPROS)	Mali	Februar 2023 – Dezember 2025	https://climate-diplomacy.org/gender-transformative-and-equitable-natural-resource-management-genre-resilience-social-cohesion
Justice and Stability in the Sahel (JASS)	Mercy Corps, Adam Smith International	Mali, Niger	August 2021 – März 2026	https://devtrackers.fcdo.gov.uk/programme/GB-GOV-1-301252/summary#
North West climate-peace hubs: A climate security approach to conflict prevention	TBA	Nigeria	2022–2025	https://climate-diplomacy.org/north-west-climate-peace-hubs-climate-security-approach-conflict-prevention
Environmental cooperation as a pathway to resolve Nigeria's deadly farmer-herder conflicts	Centre for Humanitarian Dialogue (HD)	Nigeria	2022–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/peace-pillar-multi-level-approaches-sustainable-peace-nigerias-middle-belt-benue-plateau-and
Water, peace and security (WPS) partnership: Ethiopia	IHE Delft, World Resources Institute, Deltares, The Hague Centre for Strategic Studies, Wetlands International and International Alert, Ethiopia Ministry of Water, Irrigation and Energy (MoWIE)	Omo-Gibe Basin, Äthiopien	2018–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/water-peace-and-security-wps-partnership-et-hiopia
Tara Bandu	lokale Praxis	Osttimor	gegenwärtig	

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Zivilgesellschaft stärken, um Frieden voranzubringen	Forum Ziviler Friedensdienst Projektpartner: Ateneo de Davao University (AdDU), Balay Mindanaw Foundation, Inc. (Balay Mindanaw), Bangsamoro Youth Commission (BYC), Commission on Higher Education (CHED) Regional Office XI, Confederated Descendants of Rajah Mamalu (CDORM), Davao del Norte State College (DNSC), Department of Education (DepEd), Father Saturnino Urios University (FSUU), Kutawato Multimedia Network (KuMuNet), Learned Kagan Muslim Foundation Inc. (LKMFI), Local Government Units in Caraga, MARIKA, MAMA-SANSISU, Media Educators Network Inc. (MEM), Mindanao Histories and Studies Advocacy Group, Mindanao Peacebuilding Institute Foundation Inc. (MPI), Ministry of Indigenous Peoples Affairs (MIPA), Ministry of Public Order and Safety (MPOS), Moro Women Development and Cultural Center (MWDECC), National Commission on Indigenous People, Panaghiusa Alang sa Kaugalingnan ug Kalingkawasan, Inc. (PASAKK), PAGTUKUSAN, Provinzregierung von Surigao del Norte, Responsible Young Leaders Organisation (RYLO), Samal Island Muslim Communities Development Center (SIMCDC), University of Mindanao-Main (UM Main), University of Mindanao Digos College (UM Digos), University of Mindanao-Tagum College (UM Tagum), Youth Formation Division (YFD) of the Office of the Schools Division Superintendent (SDS)	Philippinen	2020–2024, Folgeprojekt bewilligt	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/zivilgesellschaft-staerken-um-frieden-voranzubringen
Konstruktiver Umgang mit Ressourcenkonflikten	Weltfriedensdienst/ZFD Projektpartner: Centre for Conflict Management and Transformation (CCMT), Chikukwa Ecological Land Use Community Trust (CELUCT), Community Tolerance, Reconciliation and Development Trust (CO-TRAD), Zimbabwe Human Rights Association (ZimRights)	Simbabwe	2020–2025	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/konstruktiver-umgang-mit-ressourcenkonflikten
Infrastructures for peace and environmental Peacebuilding in Galmudug and Hirshabelle State, Somalia	Berghof Foundation	Somalia	2023–2025	https://berghof-foundation.org/work/projects/infrastructures-for-peace-and-environmental-Peacebuilding-in-galmudug-and-hirshabelle-state-somalia

Projektname	Organisation	Ort	Dauer · Zeitraum ²¹	Ggf. Internetpräsenz
Forging a Greener Peace in the Hirshabelle State of Somalia	IOM, UNEP, Berghof Foundation	Somalia	2023–2026	https://openaid.um.dk/project/XM-DAC-3-1-288365?appBase-Path=projects
Water, Peace and Security Partnership with Sudan	Hope and Friendship for Development (HOPE), Agriculture and Forestry Institute Nova Gorica, Radog Ltd., Geolab and Oliver Pavc IC	Sudan	2021–gegenwärtig	https://climate-diplomacy.org/water-peace-and-security-partnership-sudan
Honig für den Frieden	ZFD/Agiamondo mit FAPAD	Uganda	2020–2024, Anschlussprojekt bewilligt	https://www.agiamondo.de/detail/honig-fuer-den-frieden/ https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/aktuelles/uganda-honig-fuer-den-frieden https://fapaduganda.org/blog-main.html
Im Interesse aller: Landkonflikte im Dialog schlichten	GIZ/ZFD Projektpartner: Acholi Large Scale Investment Interest Group (ALSILG), Ateker Women Land Rights Partners (AWOLARIP), Formal Land Management (FLM), Interest Group on Environment and Protected Areas (EPA), Interest Group Protected Areas (IGPA), Karamoja Integrated Peace Initiative (KIPI), Karamoja Mining Interest Group (KAMIG), LANDnet Uganda, Teso Land Institutional Peace Actors (TOLIPA), Teso Land Management Advocates (TELAMA), Teso Natural Resources Interest Group (TENARIG), Teso Network on Conflicts on Borders and Settlements (TENCOBS), Traditional Land Management Systems (TrLaMs), Women Land Rights – Intra and Inter Clan Conflicts Interest Group (WOLRIC) ²²	Uganda	unklar	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/im-interesse-aller-landkonflikte-im-dialog-schlichten

²²Eine weitere Partnerorganisation soll im dritten Quartal des Jahres aufgenommen werden, um die Komponente Dealing with the Past abzudecken.

Anhang 2: Interviewübersicht

Interview-Nr.	Datum	Ort	Rolle/Name der interviewten Person	Dauer
A1	06.03.2024	Berlin	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	01:05:50
A2	07.03.2024	Online	Sebastian Kratzer, HD Centre for Humanitarian Dialogue (HD)	58:01
A3	12.03.2024	Online	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	46:23
A4	18.03.2024	Berlin	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	01:06:51
A5	17.04.2024	Berlin	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	55:43
A6	17.04.2024	Berlin	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	44:59
A7	23.04.2024	Online	Weathering Risk Peace Pillar Mitarbeitende/r	46:47
B1	28.11.2023	Nairobi	Emmy Auma/ Samson Swailwa, International Alert Kenya	53:51
B2	19.02.2024	Online	Stefanie Wesch, PIK	60:00
C1	22.03.2024	Online (Wien - Abuja)	Chris Ngwodo, Generaldirektor OSPRE	22:00

Der Beirat der Bundesregierung

Zivile Krisenprävention & Friedensförderung

Der Beirat bündelt zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertise zur Krisenprävention und Friedensförderung und berät die Arbeit der Bundesregierung. Er setzt sich aus 20 Expert:innen aus Wissenschaft, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, Polizei und Militär zusammen. Er begleitet die Umsetzung der 2017 von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Durch seine Arbeit fördert der Beirat aktiv den Austausch der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft. Zu übergreifenden strategischen Fragen kann der Beirat öffentlich Stellung beziehen.

Weitere Informationen zum Beirat sowie die Publikationen, finden sich auf:

<https://beirat-zivile-krisenpraevention.org>

Kontakt: koordination@beirat-zkp.org

Mitglieder des Beirats:

Dr. Kira Vinke

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Beiratsvorsitzende
Leitender Kriminaldirektor a.D.

LKD a.D. Dipl. Krim. Lars Wagner

Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol), Beiratsvorsitzender

Milena Berks

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Bodo von Borries

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Professor Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Berghof Foundation

Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz

Ehemaliger Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr sowie ehemaliger Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Melanie Hauenstein

United Nations Development Programme (UNDP)

Professor Dr. Andreas

Heinemann-Grüder

Global Public Policy Institute (GPPI)

Dr. habil. Julia Leininger

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

Dr. Jörg Lüer

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Dr. Jochen Motte

Forum Menschenrechte

Nora Müller

Körper-Stiftung

Winfried Nachtwei

MdB a.D.

Dr. Jana Puglierin

European Council on Foreign Relations (ECFR)

Dr. Matthias Ries

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

Dr. Sonja Schiffers

Heinrich-Böll-Stiftung

Ginger Schmitz

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Dr. Barbora Šedová

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Martin Vehrenberg

Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)/AGIAMONDO e.V

Dr. Antonia Witt

Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)